

Studie «Sicherheit 2024»

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Stefano De Rosa,
Thomas Ferst, Michael Honegger, Emanuela Rizzo, Jacques Robert

Bericht zur Medienkonferenz vom 26. März 2024

Dozentur Militärsoziologie
Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich
Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



ETH zürich

Rückfragen zum Bericht

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Herausgeber der Studie «Sicherheit»
Dozent Militärsoziologie
Militärakademie (MILAK) an der ETHZ
+41 58 484 82 32 / +41 79 333 22 51
tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation

Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Honegger, M., Rizzo, E., Robert, J. (2024). Sicherheit 2024. Bericht zur Medienkonferenz vom 26.03.2024 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Kurzzusammenfassung	7
Condensé	10
Sintesi	13
Executive Summary	16
1 Datenbasis und Ziele	19
2 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	22
2.1 <i>Allgemeines Sicherheitsempfinden</i>	22
2.2 <i>Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz</i>	24
2.3 <i>Einschätzung der weltpolitischen Lage</i>	26
3 Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden	28
4 Aussen- und Sicherheitspolitik: Öffnung versus Autonomie	32
4.1 <i>Bindung und Annäherung an die Europäische Union</i>	33
4.2 <i>Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen</i>	35
4.3 <i>Engagement für die UNO</i>	38
4.4 <i>Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der NATO</i>	41
4.5 <i>Kooperation mit der NATO</i>	44
4.6 <i>Betonung nationaler und militärischer Autonomie</i>	49
4.7 <i>Europäisches Bündnis im Bereich Luftverteidigung</i>	51
5 Neutralität	53
5.1 <i>Allgemeine Zustimmung zur Neutralität und ihrer Umsetzung</i>	54
5.2 <i>Solidaritäts- und Identitätsfunktion</i>	57
5.3 <i>Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität</i>	59
5.3 <i>Neutralität: ein Wert an sich oder ein Hindernis?</i>	62
5.4 <i>Neutralität und Schweizer Sanktionen gegenüber Russland</i>	65
6 Verteidigungspolitik: Das Verhältnis Armee und Gesellschaft	67
6.1 <i>Notwendigkeit der Armee</i>	67
6.2 <i>Ausrüstung und Ausbildung der Armee</i>	70
6.3 <i>Gesellschaftliche Rolle der Armee</i>	73
6.4 <i>Wehrform</i>	75

6.5	<i>Zufriedenheit mit der Leistung der Armee</i>	80
6.6	<i>Verteidigungsausgaben</i>	81
6.7	<i>Verteidigungsbewusstsein und Wissen über die Armee</i>	84
7	Momentane Wichtigkeit und zukünftige Bedeutung ausgewählter Armeeaufgaben	87
7.1	<i>Momentane Wichtigkeit von ausgewählten Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung</i>	89
7.2	<i>Zukünftige Bedeutung ausgewählter Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung</i>	94
8	Künstliche Intelligenz und Schweizer Armee	98
8.1	<i>Förderung der Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz</i>	99
8.2	<i>Künstliche Intelligenz im militärischen Einsatz als Beitrag zur Sicherheit</i>	100
8.3	<i>Künstliche Intelligenz im militärischen Einsatz als Risiko</i>	101
8.4	<i>Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz als Fehler</i>	101
9	Fazit der Studie «Sicherheit 2024»	102
10	Anhang	104
10.1	<i>Fragebogen</i>	104

Vorwort

Dies ist der Bericht, welcher anlässlich der Medienkonferenz der Studie «Sicherheit 2024» vom 26. März 2024 erstellt wurde. Dieser Bericht begründet sich durch das zeitnahe Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit, der Politik, der Medien und der Wissenschaft. Die Aktualität erklärt sich dabei aus dem andauernden Ukraine-Krieg sowie aus den geopolitischen Krisen wie z.B. dem Israel-Gaza-Krieg. Ende Juni 2024 erfolgt die ausführliche Hauptpublikation mit weiterführenden Auswertungen.

Im vorliegenden Bericht werden die im Januar 2024 gestellten Fragen beschreibend ausgewertet und den Resultaten der Studie «Sicherheit 2023» (Januar 2023) gegenübergestellt. Zudem werden auch die Resultate der Studie «Sicherheit 2022» (Januar 2022) und die Resultate der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung miteinbezogen. In gewohnter Weise werden die Antworten nach soziodemografischen Merkmalen (z.B. Geschlecht oder politische Einstellung) der Befragten untersucht.

Die Studienreihe «Sicherheit» basiert konzeptionell auf einem Kern von Fragen und Daten, die bis 1993 und zum Teil noch weiter zurückreichen. Anhand jährlich durchgeführten repräsentativen Telefonbefragungen werden Momentaufnahmen, Tendenzen und längerfristige Trends der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Stimmbevölkerung gemessen und aufgezeigt. Hiermit stellen die Herausgebenden, die Dozentur Militärsoziologie der Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich der Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aufbereitetes Wissen über die Einstellungen der Stimmbevölkerung zur Verfügung.

Für die Studie «Sicherheit 2024» wurden durch YouGov Schweiz (ehemals LINK Marketing Services AG) zwischen dem 3. Januar 2024 und dem 22. Januar 2024 insgesamt 1223 Personen befragt, welche repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung in den drei grossen Sprachregionen Deutschschweiz, Romandie und Tessin sind. Zu den jährlich gestellten Standardfragen wurden auch Fragen zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. 2024 liegt der Fokus auf *ausgewählten Kooperationsformen mit der NATO, der Wichtigkeit ausgewählter Armeeaufgaben in der Gegenwart und der Zukunft*, sowie auf Fragen in Zusammenhang mit der *Nutzung von «Künstlicher Intelligenz» durch die Schweizer Armee*. Erneut werden auch drei Fragen zu den *Sanktionen der Schweiz gegenüber Russland* untersucht.

Für die Erstellung der Grafiken bedanken sich die Autorinnen und Autoren bei Miriam Dahinden-Ganzoni vom CSS.

Dr. phil. Tibor Szvircsev Tresch
Militärakademie (MILAK)
an der ETH Zürich

Prof. Dr. Andreas Wenger
Center for Security Studies (CSS),
ETH Zürich

(leere Seite)

Kurzzusammenfassung

In dieser Kurzzusammenfassung werden die Resultate der im Januar 2024 im Rahmen der Studie «Sicherheit 2024» erhobenen Fragen präsentiert und den Resultaten der Studie «Sicherheit 2023» (Januar 2023) gegenübergestellt. Teilweise wird auch Bezug genommen auf eine Zusatzbefragung im Juni 2022 und auf die Erhebung im Januar 2022.

Zukunftserwartung und allgemeine Sicherheit: Stimmberechtigte bewerten im Januar 2024 die zukünftige Entwicklung der weltpolitischen Lage signifikant weniger optimistisch als noch im Januar 2023. 18% (–6 Prozentpunkte; Pp) sehen die Zukunft der weltpolitischen Lage optimistisch, was dem tiefsten Wert seit Messbeginn (2015) entspricht. Die Reduktion des Optimismus dürfte mit hoher Wahrscheinlichkeit auf den Ausbruch des Krieges in der Ukraine vom 24. Februar 2022 und des Israel-Gaza-Kriegs seit dem 7. Oktober 2023 zurückgeführt werden. Die Zukunft der Schweiz wird dagegen von 79% als optimistisch eingeschätzt und ist seit Juni 2022 statistisch unverändert. Trotz der Kriege ist das allgemeine Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung hoch. Im Januar 2024 fühlen sich mit 92% etwas weniger Befragte sicher als noch im Januar 2023 (–2 Pp).

Vertrauen in Institutionen: Gegenüber dem Vorjahr erweist sich das Vertrauen in die Mehrheit der erfragten Institutionen als stabil und das Gesamtvertrauen befindet sich auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament erreichten in den Jahren seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie vergleichsweise hohe Vertrauenswerte. Dieses Vertrauens-Niveau wird 2024 nicht mehr erreicht und das Vertrauen in den Bundesrat sowie in das Eidgenössische Parlament ist statistisch signifikant gesunken. Trotzdem wird sowohl dem Bundesrat als auch dem Eidgenössischen Parlament im mehrjährigen Vergleich weiterhin überdurchschnittlich stark vertraut.

Aussen- und Sicherheitspolitik: Die Meinung der Schweizer Stimmbevölkerung zu verschiedenen aussen- und sicherheitspolitischen Themen erweist sich grösstenteils als stabil. Insbesondere unterstützt weiterhin eine klare Mehrheit eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Europäischen Union (EU, 76%), das Engagement der Schweiz in der UNO (aktiv für UNO-Anliegen einsetzen: 60%; Schweizer UNO-Friedenstruppen: 59%) und vermehrte Konfliktvermittlung durch die Schweiz (76%). Nachdem sich im letzten Jahr 55% der Befragten für eine Annäherung an die NATO aussprachen, sind es im Januar 2024 52%. Zum ersten Mal wurde die Einstellung zur Teilnahme an der «European Skyshield Initiative» der Schweiz erfragt. Auch diese wird von einer Mehrheit unterstützt (62%). Die Beitritte zur EU (17%) und zur NATO (30%) finden wie in allen Befragungen seit der Jahrtausendwende keine Mehrheit. Im Gegensatz zu diesen stabilen Werten ist die Zustimmung für mehr Entwicklungshilfe signifikant zurückgegangen (–7 Pp), wird aber trotzdem von einer Mehrheit von 58% unterstützt. Auch bei der Meinung zur militärischen Autonomie gibt es Unterschiede zum letzten Jahr. Mit 39% (+6 Pp) finden signifikant mehr Befragte, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen soll. Dieser Wert liegt aber weiterhin unter dem Zehnjahreschnitt von 43%.

Als Fokusthema wurde 2024 die Meinung zu sieben konkreten Formen der Kooperation mit der NATO erfragt. Formen der politischen und institutionellen Kooperation mit der NATO stossen auf breite Zustimmung, solange sie auf der Ebene von Gesprächen und Planungen bleiben. Auch einer technologischen Zusammenarbeit mit der NATO steht aus Sicht einer Mehrheit der Bevölkerung nichts entgegen. Geteilter Meinung ist die Schweizer Bevölkerung gegenüber operativen Formen der Kooperation mit der NATO.

Neutralität: Gegenüber Januar 2022 (–6 Pp) wird das Neutralitätsprinzip zwar weniger stark befürwortet, erhält aber mit 91% weiterhin sehr hohen Zuspruch und der Wert ist identisch zum Januar 2023. Dagegen ist die «differenzielle» Neutralität – bei politischen Konflikten klar Stellung beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben – signifikant gesunken (51%, –6 Pp). Das Bedürfnis, auch eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland abzugeben, ist zwar von 18% (im Januar 2021) auf 26% im Januar 2024 gestiegen – bleibt aber im Vorjahresvergleich unverändert. Nach wie vor unterstützt eine Bevölkerungsmehrheit die Solidaritäts- (90%, –2 Pp) und Identitätsfunktion (79%, –1 Pp) der Neutralität. Während die Zustimmung zur sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität innerhalb eines Jahres deutlich von 55% auf 61% gestiegen ist, wird die Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses in Europa gegenüber der Beibehaltung der Neutralität unverändert von einem guten Drittel präferiert.

Sanktionen gegenüber Russland: Im Vergleich zum Juni 2022 und Januar 2023 haben sich die Einstellungen bezüglich der Schweizer Sanktionen gegenüber Russland signifikant verändert. Obschon immer noch eine Mehrheit von der Richtigkeit der Sanktionen (69%, –6 Pp) und der Vereinbarkeit der Sanktionen mit der Neutralität (64%, –6 Pp) überzeugt ist, wird 2024 eine signifikant tiefere Zustimmung gemessen. Obwohl mit 41% (+7 Pp) die Ansicht, dass die Schweiz ihre «Guten Dienste» infolge der Sanktionen nicht mehr anbieten kann, nach wie vor die Meinung einer Minderheit ist, ist die Zustimmung signifikant gestiegen.

Verteidigungspolitik: Der Wunsch, dass die Einsatzfähigkeit der Schweizer Armee gestärkt werden soll, ist im Januar 2024 noch klarer in der Stimmbevölkerung präsent als noch im Jahr zuvor. So wünschen sich mehr Stimmberechtigte eine «sehr gut ausgebildete» (92%, +3 Pp) sowie eine «vollständig ausgerüstete» Armee (79%, +3 Pp). Auch erachtet beinahe die Hälfte der Befragten (48%, +5 Pp) die Armee als eine zentrale Institution in der Schweizer Gesellschaft. Gleichzeitig sprechen sich weniger Schweizerinnen und Schweizer für die Abschaffung der Wehrpflicht aus (31%, –4 Pp). Bemerkenswert ist vor allem der hohe Anteil an Personen, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu gering einschätzen (20%, +6 Pp). Dass jede fünfte Person die Armeeausgaben als zu gering einstuft, ist in der Längsschnittdanalyse seit 1986 ein historisch hoher Wert. Eine relative Mehrheit von 45% empfindet die Verteidigungsausgaben als gerade richtig.

Erstmals wurden die Stimmberechtigten gefragt, inwiefern das Bewusstsein für die Landesverteidigung in der Gesellschaft gestärkt werden soll, und ob Jugendliche in der Schule verstärkt über die Aufgaben der Armee informiert werden sollen. Beiden Aussagen stimmt eine deutliche Mehrheit von 73% der Befragten zu.

Wichtigkeit ausgewählter Armeeaufgaben: Wie schätzen die Befragten die momentane Wichtigkeit und zukünftige Bedeutung von ausgewählten Aufgaben der Armee ein? Die grösste Wichtigkeit für die Armee sehen Schweizerinnen und Schweizer in der Katastrophenhilfe in der Schweiz sowie in der Landesverteidigung im Falle eines Krieges. Diese zwei Aufgaben erhielten bereits in früheren Messungen klar die höchste Zustimmung. Auch die Verhinderung von Terrorangriffen, die Abwehr von Cyber-Attacken, sowie die Wahrung der Lufthoheit werden als besonders wichtige Armeeaufgaben betrachtet. Verhältnismässig am geringsten wird die Wichtigkeit von Friedenstruppen-Einsätzen im Ausland sowie von Aufgaben im Rahmen von Sport- und Freizeitanlässen eingeschätzt. Hervorzuheben ist jedoch, dass insgesamt die Wichtigkeit von Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung im Vergleich zur Zeit vor gut 20 Jahren zugenommen hat. Oder anders ausgedrückt: Schweizerinnen und Schweizer gehen davon aus, dass sich die Armee um mehr Aufgaben kümmern muss als in früheren Jahren.

Laut einer klaren Mehrheit von 81% wird die Abwehr von Cyber-Attacken durch die Armee in Zukunft an Bedeutung gewinnen. Das Verhindern von Terrorattacken sowie die Unterstützung der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen sehen jeweils 63% zukünftig als bedeutsamer für die Armee. 62% gehen davon aus, dass sich die Armee in Zukunft vermehrt mit der Katastrophenhilfe in der Schweiz beschäftigen wird. Darüber, ob die Landesverteidigung im Kriegsfall an Bedeutung gewinnen wird, zeigt sich die Stimmbevölkerung eher gespalten. 47% sehen darin eine gleichbleibende Bedeutung, während 44% diese Aufgabe in Zukunft als bedeutender bewerten.

Künstliche Intelligenz (KI) und Schweizer Armee: In der Studie «Sicherheit 2024» wurde die Bevölkerung erstmals zu ihrer Meinung zu KI im militärischen Einsatz befragt. Klare Mehrheiten sind der Meinung, dass deren Entwicklung gefördert werden sollte (63%) und dass der militärische Einsatz von KI durch die Armee die Sicherheit der Schweiz erhöht (61%). 45% der Stimmbevölkerung sind der Ansicht, dass der militärische Einsatz von KI durch die Armee ein grosses Risiko für die Schweiz darstellt. 28% der Befragten vertreten die Meinung, dass die Entwicklung von KI für den militärischen Kontext grundsätzlich falsch ist.

Condensé

Ce condensé présente les résultats des questions collectées en janvier 2024 dans le cadre de l'étude « Sécurité 2024 » et les compare aux résultats de l'étude « Sécurité 2023 » (janvier 2023). En partie, il est également tenu compte d'une enquête complémentaire réalisée en juin 2022 et de l'enquête de janvier 2022.

Perspectives d'avenir et sécurité générale : en janvier 2024, les personnes en âge de voter sont significativement moins optimistes quant à l'évolution future de la situation politique mondiale qu'en janvier 2023. 18% (-6 points de pourcentage ; pp) sont optimistes quant à l'avenir de la situation politique mondiale, ce qui correspond à la valeur la plus basse depuis le début des mesures (2015). Cette réduction de l'optimisme est très probablement attribuée au déclenchement de la guerre en Ukraine le 24 février 2022 et de la guerre Israël-Gaza depuis le 7 octobre 2023. En revanche, 79% sont optimistes quant à l'avenir de la Suisse, un pourcentage qui reste statistiquement inchangé depuis juin 2022. Malgré les guerres, le sentiment général de sécurité est élevé au sein de la population. En janvier 2024, 92% (-2 pp) des personnes interrogées se sentent en sécurité, soit un peu moins qu'en janvier 2023.

Confiance dans les institutions : par rapport à l'année précédente, la confiance envers la majorité des institutions s'avère stable et la confiance globale se situe à un niveau supérieur à la moyenne. Tant le Conseil fédéral que le Parlement ont atteint des niveaux de confiance comparativement élevés au cours des années qui ont suivi l'apparition de la pandémie COVID-19. Ce niveau de confiance ne sera plus atteint en 2024 et la confiance dans le Conseil fédéral ainsi que dans le Parlement fédéral a statistiquement baissé de manière significative. Malgré cela, tant le Conseil fédéral que le Parlement fédéral continuent de bénéficier d'une confiance supérieure à la moyenne en comparaison pluriannuelle.

Politique étrangère et de sécurité : l'opinion de l'électorat suisse sur différents thèmes de politique étrangère et de sécurité s'avère en grande partie stable. Une nette majorité continue notamment de soutenir une coopération économique renforcée avec l'Union européenne (UE, 76%), l'engagement de la Suisse au sein de l'ONU (s'engager activement pour les affaires de l'ONU : 60% ; troupes suisses de maintien de la paix de l'ONU : 59%) et davantage servir de médiatrice dans les conflits (76%). Alors que l'année dernière, 55% des personnes interrogées se sont prononcées en faveur d'un rapprochement avec l'OTAN, en janvier 2024, ce pourcentage est passé à 52%. Pour la première fois, l'opinion sur la participation à l'« European Skyshield Initiative » de la Suisse a été demandée. Celle-ci est également soutenue par une majorité (62%). Les adhésions à l'UE (17%) et à l'OTAN (30%) ne recueillent pas de majorité, comme dans toutes les enquêtes menées depuis le début du siècle. Contrairement à ces valeurs stables, l'approbation d'une aide accrue au développement a diminué de manière significative (-7 pp), mais est tout de même soutenue par une majorité de 58%. L'opinion sur l'autonomie militaire présente également des différences par rapport à l'année dernière. Avec 39% (+6 pp), les personnes interrogées sont significativement plus nombreuses à penser que la Suisse ne

doit compter que sur sa propre défense nationale. Ce chiffre reste toutefois inférieur à la moyenne décennale de 43%.

En 2024, l'opinion sur sept formes concrètes de coopération avec l'OTAN a été demandée comme thématique centrale. Les formes de coopération politique et institutionnelle avec l'OTAN rencontrent une large approbation tant qu'elles restent au niveau des discussions et des planifications. Une majorité de la population estime que rien ne s'oppose non plus à une coopération technologique avec l'OTAN. La population suisse est divisée sur les formes de coopération opérationnelle avec l'OTAN.

Neutralité : par rapport à janvier 2022 (–6 pp), le principe de neutralité est certes moins fortement approuvé, mais continue de bénéficier d'un soutien très élevé (91%), valeur identique à celle de janvier 2023. En revanche, la neutralité « différentielle » – en cas de conflit politique prendre clairement parti pour l'un ou l'autre camp, mais rester neutre lors de conflits militaires – a significativement baissé (51%, –6 pp). Le besoin de prendre clairement parti en cas de conflit militaire à l'étranger a certes augmenté de 18% (en janvier 2021) à 26% en janvier 2024 – mais reste inchangé par rapport à l'année précédente. Une majorité de la population continue de soutenir la fonction de solidarité (90%, –2 pp) et d'identité (79%, –1 pp) de la neutralité. Alors que l'approbation de la fonction de la neutralité en matière de politique de sécurité a nettement augmenté en l'espace d'un an, passant de 55% à 61%, l'effet protecteur d'une alliance militaire en Europe a toujours la préférence d'un bon tiers par rapport au maintien de la neutralité.

Sanctions à l'encontre de la Russie : par rapport à juin 2022 et janvier 2023, les attitudes à l'égard des sanctions suisses à l'encontre de la Russie ont changé de manière significative. Bien qu'une majorité soit toujours convaincue du fait que les sanctions sont justifiées (69%, –6 pp) et de la compatibilité des sanctions avec la neutralité (64%, –6 pp), une approbation significativement plus faible est mesurée en 2024. Bien qu'avec 41% (+7 pp), l'opinion selon laquelle la Suisse ne peut plus offrir ses « bons services » en raison des sanctions reste l'opinion d'une minorité, l'approbation a augmenté de manière significative.

Politique de défense : en janvier 2024, le souhait que la capacité opérationnelle de l'Armée suisse soit renforcée, est encore plus clairement présent dans l'électorat que l'année précédente. Ainsi, davantage d'interrogés souhaitent une armée « très bien instruite » (92%, +3 pp) et « entièrement équipée » (79%, +3 pp). De même, près de la moitié de l'électorat (48%, +5 pp) considère l'armée comme une institution centrale de la société suisse. Parallèlement, les Suisses et les Suissesses sont moins nombreux à se prononcer en faveur de l'abolition du service militaire obligatoire (31%, –4 pp). On notera surtout la forte proportion de personnes qui estiment que les dépenses pour la défense nationale sont trop faibles (20%, +6 pp). Le fait qu'une personne sur cinq estime que les dépenses de l'armée sont trop faibles est une valeur historiquement élevée dans l'analyse longitudinale depuis 1986. Une majorité relative de 45% estime que les dépenses de défense sont tout à fait raisonnables.

Pour la première fois, il a été demandé aux personnes ayant le droit de vote dans quelle mesure la sensibilité à la défense nationale devait être renforcée dans la société et si les jeunes devaient être mieux informés à l'école sur les tâches de l'Armée suisse. Une nette majorité de 73% des personnes interrogées approuve ces deux affirmations.

Importance de certaines tâches de l'armée : comment les personnes interrogées évaluent-elles l'importance actuelle et future de certaines tâches de l'armée ? Les Suisses et les Suissesses considèrent que l'aide en cas de catastrophe en Suisse et la défense du pays en cas de guerre sont les tâches les plus importantes de l'armée. Ces deux tâches ont déjà reçu clairement le plus haut niveau d'approbation lors des précédentes mesures. La prévention des attaques terroristes, la défense contre les cyberattaques et la sauvegarde de la souveraineté aérienne sont également considérées comme des tâches particulièrement importantes de l'armée. Proportionnellement, les missions de maintien de la paix à l'étranger et les tâches dans le cadre de manifestations sportives et de loisirs sont jugées les moins importantes. Il convient toutefois de souligner que, dans l'ensemble, l'importance des tâches de l'armée aux yeux des personnes interrogées a augmenté par rapport à il y a 20 ans. En d'autres termes, les Suisses et les Suissesses estiment que l'armée doit s'occuper de plus de tâches que par le passé.

Selon une nette majorité de 81%, la défense de l'armée contre les cyberattaques gagnera en importance à l'avenir. La prévention d'attaques terroristes et le soutien aux gardes-frontières en cas de flux importants de réfugiés sont considérés comme plus importants pour l'armée par 63% des personnes interrogées. 62% estiment que l'armée s'occupera à l'avenir davantage de l'aide en cas de catastrophes en Suisse. Les citoyens Suisses sont plutôt divisés sur la question de savoir si la défense nationale gagnera en importance en cas de guerre. 47% y voient une importance constante, tandis que 44% estiment que cette tâche sera plus importante à l'avenir.

L'intelligence artificielle (IA) et l'Armée suisse : dans l'étude « Sécurité 2024 », la population a été interrogée pour la première fois sur son opinion concernant l'IA dans les opérations militaires. De nettes majorités sont d'avis que le développement de l'IA devrait être encouragé (63%) et que l'utilisation militaire de l'IA par l'armée augmente la sécurité de la Suisse (61%). 45% des personnes sont d'avis que l'utilisation militaire de l'IA par l'armée représente un risque important pour la Suisse. 28% des personnes interrogées estiment que le développement de l'IA dans un contexte militaire est fondamentalement erroné.

Sintesi

Nella presente sintesi sono illustrati i principali risultati del sondaggio svolto nel gennaio 2024 per lo studio «Sicurezza 2024». Le risposte ottenute sono messe a confronto con gli esiti dello studio «Sicurezza 2023» (gennaio 2023) e, in parte, con quanto emerso dal sondaggio del gennaio 2022 e dal sondaggio supplementare realizzato nel mese di giugno 2022.

Aspettative nei confronti del futuro e senso generale di sicurezza: interrogati sugli sviluppi futuri della situazione politica mondiale, nel mese di gennaio del 2024 i cittadini e le cittadine aventi diritto al voto hanno espresso una valutazione nettamente meno ottimistica rispetto al gennaio 2023. Per quanto concerne la situazione politica mondiale, il 18 per cento (-6 punti percentuali; pp) guarda con ottimismo al futuro: è il valore più basso mai registrato dall'anno in cui questo aspetto specifico è confluito nel sondaggio (2015). Il calo di ottimismo può essere ricondotto con elevata probabilità allo scoppio della guerra in Ucraina (24 febbraio 2022) e alla guerra israelo-palestinese, in corso dal 7 ottobre 2023. Per contro, il 79 per cento è ottimista riguardo al futuro della Svizzera: sotto il profilo statistico la quota di ottimisti è rimasta immutata dal giugno 2022. Nonostante le guerre, il senso generale di sicurezza si situa ad un livello elevato. A gennaio 2024, il 92 per cento dichiara di sentirsi «sicuro» in generale, con un leggero calo rispetto a gennaio 2023 (-2 pp).

Fiducia nelle istituzioni: la fiducia nei confronti della maggior parte delle istituzioni comprese nel sondaggio rimane invariata rispetto all'anno precedente; la fiducia complessiva nelle istituzioni svizzere si attesta a un livello elevato, superiore alla media. Negli anni successivi alla pandemia di COVID-19, tanto il Consiglio federale quanto il Parlamento hanno conseguito valori di fiducia comparativamente elevati. I dati rilevati nel 2024 non arrivano ai livelli degli anni precedenti: Governo nazionale e Camere federali registrano un calo di fiducia significativo in termini statistici. Ciononostante, sia il Consiglio federale sia il Parlamento godono tuttora di grande fiducia, con valori superiori alla media nel confronto sul lungo periodo.

Politica estera e politica di sicurezza: riguardo a svariati aspetti della politica estera e della politica di sicurezza, le opinioni dell'elettorato svizzero sono rimaste per lo più immutate. In particolare, una netta maggioranza è tuttora favorevole all'intensificazione della cooperazione economica con l'Unione europea (UE, 76%), all'impegno della Svizzera in seno all'ONU (impegno attivo a favore degli affari dell'ONU: 60%; truppe di pace dell'ONU svizzere: 59%) e a un maggior impegno della Confederazione nella mediazione di conflitti (76%). Nello scorso anno il 55 per cento si è detto favorevole a un avvicinamento alla NATO: nel mese di gennaio del 2024 è favorevole il 52 per cento. Per la prima volta la popolazione è stata interrogata sulla partecipazione della Svizzera all'iniziativa «European SkyShield». Anche in questo caso la maggioranza è favorevole, con una quota del 62 per cento. Come in tutti i sondaggi svolti dall'inizio del millennio, né l'adesione all'UE (17%) né l'adesione alla NATO (30%) godono del sostegno della maggioranza. Contrariamente ai valori stabili sinora menzionati, la percentuale favorevole a un incremento

dell'aiuto allo sviluppo è significativamente diminuita (-7 pp); nondimeno, l'aiuto allo sviluppo è sostenuto da una maggioranza del 58 per cento. Anche nel caso dell'autonomia militare si riscontra un'evoluzione rispetto all'anno scorso. È nettamente aumentata la percentuale di coloro che condividono l'affermazione secondo cui «la Svizzera dovrebbe fare affidamento solo sulla propria difesa nazionale» (39%, +6 pp). La quota di condivisione rimane tuttavia al di sotto della media decennale (43%).

Il tema centrale sottoposto all'opinione dell'elettorato svizzero nel sondaggio del gennaio 2024 è rappresentato da sette forme concrete di cooperazione con la NATO. Se rimangono nell'alveo di colloqui e pianificazioni, le forme di cooperazione politica e istituzionale con la NATO godono di un'ampia approvazione. La maggioranza ritiene inoltre che nulla si opponga a una cooperazione tecnologica con la NATO. I pareri della popolazione sono tuttavia divisi per quanto riguarda le forme di cooperazione operativa con la NATO.

Neutralità: se si prende a confronto il gennaio 2022 (-6 pp), il principio di neutralità raccoglie meno consensi; il tasso d'approvazione è rimasto tuttavia identico al gennaio 2023 e si situa tuttora a un livello assai elevato, con il 91 per cento di favorevoli. Per contro, è nettamente calato il consenso per la «neutralità differenziale» (chiara posizione in caso di conflitti politici all'estero, neutralità in caso di conflitti militari): in questo ambito si registra un calo di 6 punti percentuali, scendendo al 51 per cento di favorevoli. La percentuale di coloro che auspicano un posizionamento chiaro della Confederazione anche in caso di conflitti militari all'estero sale dal 18 al 26 per cento nel confronto tra il gennaio 2021 e il gennaio 2024 – ma rimane immutata rispetto all'anno precedente. La quota di intervistati convinta che la neutralità sia funzionale alla solidarietà e all'identità è tuttora maggioritaria: il 90 per cento (-2 pp) ritiene che la neutralità abbia una funzione di solidarietà; l'aspetto identitario della neutralità è condiviso dal 79 per cento (-1 pp). La percentuale secondo cui la neutralità è funzionale alla politica di sicurezza è nettamente aumentata nel corso di un anno, passando dal 55 al 61 per cento; per contro, come negli anni passati, un terzo degli intervistati dà la preferenza all'effetto protettivo di un'alleanza militare in Europa rispetto al mantenimento della neutralità.

Sanzioni nei confronti della Russia: rispetto ai mesi di giugno 2022 e gennaio 2023, si registra un significativo cambiamento dell'opinione dei cittadini e delle cittadine svizzeri riguardo alle sanzioni decise dalla Confederazione nei confronti della Russia. La maggioranza è tuttora convinta che le sanzioni adottate siano corrette (69%, -6 pp) e compatibili con la neutralità (64%, -6 pp), ma il tasso di approvazione è nettamente calato. Il 41 per cento (+7 pp) è del parere che, a causa delle sanzioni, la Confederazione non possa più offrire i suoi buoni servizi: come sinora, questa opinione è minoritaria, ma registra un marcato aumento percentuale.

Politica di difesa: rispetto al sondaggio dell'anno precedente, nel mese di gennaio del 2024 l'auspicio di un rafforzamento della capacità d'impiego dell'Esercito svizzero è ancora più largamente condiviso. Un maggior numero di intervistati desidera infatti «un esercito molto ben istruito» (92%, +3 pp) e «un esercito completamente equipaggiato» (79%, +3 pp). Pressoché la metà dell'elettorato (48%, +5 pp) ritiene che l'esercito sia un'istituzione centrale della società svizzera. Parallelamente è diminuita la percentuale favorevole a un'abolizione dell'obbligo di prestare servizio militare (31%, -4 pp). Va menzionata in particolare la quota elevata di cittadini e cittadine svizzeri convinti che la Svizze-

ra spenda «troppo poco» per la difesa nazionale (20%, +6 pp). Nel confronto sul lungo periodo, a partire dall'anno 1986, il fatto che un intervistato su cinque consideri troppo basse le spese per l'esercito rappresenta un valore storicamente elevato. Una maggioranza relativa (45%) è del parere che la Svizzera spenda «il giusto» per la difesa.

Per la prima volta è stato chiesto alla popolazione di indicare la propria opinione riguardo alle affermazioni «la consapevolezza della popolazione Svizzera riguardante la difesa nazionale dovrebbe essere rafforzata.» e «a scuola gli adolescenti dovrebbero venire maggiormente informati sui compiti dell'Esercito svizzero». Ambedue le affermazioni hanno raccolto l'approvazione di una netta maggioranza del 73 per cento.

Importanza di determinati compiti dell'esercito: che importanza attribuiscono le persone intervistate a determinati compiti dell'esercito, per il presente e per il futuro? I compiti più importanti agli occhi dei cittadini e delle cittadine svizzeri sono l'«aiuto in caso di catastrofe in Svizzera» e la «difesa della Svizzera in caso di guerra». Già nei sondaggi precedenti questi due compiti hanno raccolto, con un chiaro distacco, il maggior numero di consensi. Sono considerati particolarmente importanti anche l'impedimento di atti terroristici, la difesa da attacchi informatici (ciberattacchi) e la salvaguardia della sovranità sullo spazio aereo. L'impiego di truppe di pace all'estero e gli impieghi a favore di eventi sportivi o legati al tempo libero sono considerati tra i compiti relativamente meno importanti. Va tuttavia sottolineato che l'importanza attribuita dall'elettorato ai compiti dell'esercito è complessivamente aumentata rispetto a 20 anni fa. Detto altrimenti, i cittadini e le cittadine svizzeri sono del parere che l'esercito debba adempiere a un numero maggiore di compiti rispetto al passato.

Secondo una netta maggioranza dell'81 per cento, in futuro la difesa dai ciberattacchi sarà un compito sempre più importante dell'esercito. Per il 63 per cento, aumenterà negli anni avvenire anche l'importanza, nel quadro dei compiti dell'esercito, dell'impedimento di atti terroristici e dell'appoggio alle guardie di confine civili in caso di grandi flussi di rifugiati. Il 62 per cento è convinto che in futuro l'esercito dovrà intervenire più frequentemente nell'ambito dell'aiuto in caso di catastrofe in Svizzera. I pareri sono piuttosto divisi riguardo all'importanza futura della difesa nazionale in caso di guerra. Il 47 per cento è dell'avviso che l'importanza di tale compito rimarrà invariata; il 44 per cento ritiene che aumenterà.

Intelligenza artificiale (IA) e Esercito svizzero: nel quadro dello studio «Sicurezza 2024» la popolazione è stata interrogata per la prima volta sull'impiego militare dell'IA. Una chiara maggioranza è del parere che gli sviluppi in tal senso debbano essere promossi (63%) e che l'impiego militare dell'intelligenza artificiale in seno all'esercito aumenti la sicurezza della Svizzera (61%). Il 45 per cento dell'elettorato ritiene che l'impiego militare dell'IA in seno all'esercito rappresenti un elevato rischio per il Paese. Il 28 per cento delle persone intervistate è convinto che lo sviluppo dell'intelligenza artificiale per un impiego in ambito militare sia un obiettivo fondamentalmente sbagliato.

Executive Summary

This brief summary presents the results of questions surveyed in January 2024 as part of "Security Study 2024" and compares them with the results of "Security Study 2023" (January 2023). In some cases, reference is also made to a follow-up survey in June 2022 and to the survey in January 2022.

Future Expectations and General Security: In January 2024, voters are significantly less optimistic about the future development of the global political situation than they were in January 2023. 18% (–6 percentage points; pp) are optimistic about the future of the global political situation, which is the lowest value since measurements began (2015). The reduction in optimism is most likely due to the outbreak of war in Ukraine on 24 February 2022 and the Israel-Gaza war since 7 October 2023. In contrast, 79% are optimistic about Switzerland's future and this has remained statistically unchanged since June 2022. Despite the wars, the general sense of security among the population is high. At 92%, slightly fewer respondents felt secure in January 2024 than in January 2023 (–2 pp).

Trust in Institutions: Compared to the previous year, trust in the majority of the institutions surveyed is stable and overall trust is at an above-average level. Both the Federal Council and Parliament achieved comparatively high levels of trust in the years following the outbreak of the COVID-19 pandemic. This level of trust has no longer been reached in 2024 and trust in the Federal Council and the Federal Parliament has fallen significantly in statistical terms. Nevertheless, trust in both the Federal Council and the Federal Parliament remains above average in a multi-year comparison.

Foreign and Security Policy: The opinion of the Swiss electorate on various foreign and security policy issues is largely stable. In particular, a clear majority continues to support increased economic cooperation with the European Union (EU, 76%), Switzerland's involvement in the UN (active support for UN issues: 60%; Swiss UN peacekeeping troops: 59%) and increased conflict mediation by Switzerland (76%). After 55% of respondents were in favor of closer ties with NATO last year, the figure in January 2024 is 52%. For the first time, attitudes towards Switzerland's participation in the "European Sky Shield Initiative" were surveyed. This is also supported by a majority (62%). As in all surveys since the turn of the millennium, there is no majority in favor of joining the EU (17%) or NATO (30%). In contrast to these stable values, approval for more development aid has fallen significantly (–7 pp), but is still supported by a majority of 58%. There are also differences compared to last year with regard to opinion on military autonomy. At 39% (+6 pp), significantly more respondents believe that Switzerland should only rely on its own national defense. However, this figure is still below the ten-year average of 43%.

As a focus topic in 2024, respondents were asked for their opinion on seven specific forms of cooperation with NATO. Forms of political and institutional cooperation with NATO meet with broad approval as long as they remain at the level of talks and planning. A majority of the population also sees nothing against technological cooperation with NATO. The Swiss population is divided on operational forms of cooperation with NATO.

Neutrality: Compared to January 2022 (-6 pp), there is less support for the principle of neutrality, but at 91% it is still very popular, with a value identical to that of January 2023. In contrast, "differential" neutrality - taking a clear stance in political conflicts but remaining neutral in military conflicts - has fallen significantly (51%, -6 pp). The wish to also take a clear stance on military conflicts abroad has risen from 18% (in January 2021) to 26% in January 2024 – but remains unchanged compared to the previous year. A majority of the population continues to support the solidarity (90%, -2 pp) and identity function (79%, -1 pp) of neutrality. While approval for the security policy function of neutrality has risen significantly from 55% to 61% within a year, the protective effect of a military alliance in Europe is still preferred by a good third of respondents relative to those favoring the maintenance of neutrality.

Sanctions against Russia: Compared to June 2022 and January 2023, attitudes towards Swiss sanctions against Russia have changed significantly. Although a majority is still convinced that the sanctions are justified (69%, -6 pp) and are compatible with neutrality (64%, -6 pp), approval is significantly lower in 2024. Although, at 41% (+7 pp), the view that Switzerland can no longer offer its "Good Offices" as a result of the sanctions remains the opinion of a minority, agreement on this has risen significantly.

Defense Policy: The desire to strengthen the Swiss Armed Forces' operational capability is more clearly present among the electorate in January 2024 than in the previous year. More voters want "very well trained" (92%, +3 pp) and "fully equipped" armed forces (79%, +3 pp). Almost half of voters (48%, +5 pp) also consider the military to be a central institution in Swiss society. At the same time, fewer Swiss are in favor of abolishing compulsory military service (31%, -4 pp). Particularly noteworthy is the high proportion of people who consider spending on national defense to be too low (20%, +6 pp). The fact that one in five people rate military spending as too low is a historically high figure in the longitudinal analysis since 1986. A relative majority of 45% consider defense spending to be just right.

For the first time, voters were asked to what extent awareness of national defense should be raised in society and whether young people should be given more information about the tasks of the armed forces at school. A clear majority of 73% of respondents agreed with both statements.

Importance of Selected Tasks of the Armed Forces: How do respondents rate the current importance and future significance of selected tasks of the armed forces? The Swiss see the greatest importance of the military in terms of disaster relief in Switzerland as well as national defense in the event of war. These two tasks already received the highest approval ratings in previous surveys. Preventing terrorist attacks, defending against cyber attacks and maintaining air sovereignty are also seen as particularly important tasks for the armed forces. The importance of peacekeeping missions abroad and tasks relating to sporting and leisure events are rated, comparatively speaking, lowest. However, it should be emphasized that the electorate perceive the overall importance of tasks performed by the armed forces to have increased relative to just over 20 years ago. In other words, the Swiss believe that the armed forces have more tasks to take care of than in previous years.

According to a clear majority of 81%, the defense provided by the armed forces against cyber attacks will become more important in the future. Preventing terrorist attacks and supporting the border guard in the event of large influxes of refugees are both seen by 63% as becoming more important tasks for the armed forces in future. 62% assume that the military will be increasingly involved in disaster relief in Switzerland in the future. Voters are rather divided as to whether national defense for the eventuality of war will become a more important task. 47% believe that its importance will remain the same, while 44% see this task as increasingly important in the future.

Artificial Intelligence (AI) and the Swiss Armed Forces: In "Security Study 2024", the population was asked for the first time about their opinion on AI for military purposes. Clear majorities are of the opinion that their development should be promoted (63%) and that the military use of AI by the armed forces increases Switzerland's security (61%). 45% of the electorate believe that the military use of AI by the armed forces poses a major risk for Switzerland. 28% of respondents are of the opinion that the development of AI for the military context is fundamentally wrong.

1 Datenbasis und Ziele

Im vorliegenden Kapitel wird neben der Datenbasis und den Zielen auch die Darstellung der Studienergebnisse beschrieben. Hierfür werden die im Januar 2024 erhobenen Daten kapitelweise vorgestellt, wobei auch soziodemografische Einflüsse und weitere signifikante Zusammenhänge innerhalb des jeweiligen Kapitels beschrieben werden.

Die Daten der Studie «Sicherheit 2024» wurden im Januar 2024 (03.01.2024 – 22.01.2024) durch YouGov Schweiz (ehemals LINK Marketing Services AG) erhoben. Hierfür wurden telefonisch insgesamt 1223 Stimmberechtigte der drei grossen Sprachregionen der Schweiz (Deutschschweiz, Westschweiz, Tessin) befragt. Durchschnittlich dauerte ein Interview 23 Minuten und 31 Sekunden, wobei die bereinigte Bruttoausschöpfungsquote bei 12.8% liegt.¹ Bei der Datenerhebung kam das Random-Quota-Verfahren zur Anwendung. Im Rahmen der Befragung wurden die vom Bundesamt für Statistik (BfS) vorgegebenen Quoten für Geschlecht, Alter und sprachregionale Zugehörigkeit (siehe Tabelle 1) erfüllt, womit die ungewichtete Stichprobe repräsentativ für die Schweizer Stimmbevölkerung ist.

Tabelle 1: Quotenplan 2024 – Schweizer Stimmbevölkerung

Quotenmerkmal	Anzahl Interviews absolut	Anzahl Interviews in Prozent	BfS 2022 ² in Prozent
Geschlecht			
Männer	590	48	48
Frauen	633	52	52
Alter			
18 – 35 Jahre	288	24	24
35 – 49 Jahre	263	22	22
50 – 64 Jahre	324	27	27
65+ Jahre	348	27	27
Sprachregion			
D-CH	900	72	73
F-CH	272	24	23
Tessin	51	4	4
Total	1223	100	100

¹ Die Nettoausschöpfungsquote liegt bei 60.6%.

² Bundesamt für Statistik. (2023, August 24). *Altersaufbau der Bevölkerung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit, am 31.12.2022 - 2022 | Diagramm* | Bundesamt für Statistik. Abgerufen am 26. Februar 2024, von <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/26905435>

Das Antwortverhalten der 1223 Befragten könnte durch die untenstehenden nationalen und internationalen Ereignisse beeinflusst worden sein:

Nationale Ereignisse:³

- Diskussionen im Inland in Bezug auf die Neutralität sowie Waffen- und Munitionslieferungen an die Ukraine
- Mediale Berichterstattung zu Sanktionen gegen Russland, allerdings im geringeren Ausmass als noch 2022
- Mediale Auseinandersetzung mit der Neutralität (z.B. Unterschriftensammlung zur Neutralitätsinitiative)
- 17.08.2023: Vorstellung des Zielbildes und Strategie des Aufwuchses zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit im Rahmen der Armeeveranstaltung CONNECTED in Bülach
- 26.09.2023: Die Schweizer Armee verkauft 25 stillgelegte Leopard 2 Panzer an Deutschland.
- 22.10.2023: Wahl des Eidgenössischen Parlaments (National- und Ständerat)
- 13.12.2023: Bundesratswahlen
- Diskussionen in Zusammenhang mit der Budgetplanung des Bundes, insbesondere betreffend eine angemessene Verteilung der Bundesausgaben
- Der subsidiäre Armeeeinsatz für das World Economic Forum (WEF) zu Gunsten der zivilen Behörden des Kantons Graubünden in Davos (15. – 19.01.2024)
- Der Start der Rekrutenschulen am 15. Januar 2024

Internationale Ereignisse:

- Der seit dem 24. Februar 2022 andauernde russische Aggressionskrieg gegenüber der Ukraine
- Eskalation des Nahostkonflikts ab dem 7. Oktober 2023 (Israel-Gaza-Krieg)
- Diskussionen über und Bestrebungen für die militärische Aufrüstung in Europa
- Andauernde Spannungen zwischen den USA und China
- Zweites Jahr des Einsitzes der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied

Darstellung der Studienergebnisse

Die prozentuale Differenz zur Januar-Erhebung 2023 wird in den Klammern mit \pm Prozentpunkte (Pp) ausgewiesen. Ausserdem werden die Resultate der Studie «Sicherheit 2024» mit denjenigen der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung der Studie «Sicherheit 2022» als auch mit der Erhebung im Januar 2022 (reguläre Studie «Sicherheit 2022») bzw. der letztmaligen Erhebung vor dem Ukraine-Krieg verglichen. Im Text werden Veränderungen zur Erhebung von Januar 2023, welche statistisch signifikant⁴ sind,

³ In Anlehnung an Bereiche «Armee» und «Aussenpolitik» des Dossiers Jahresrückblick 2023 von Année Politique Suisse (APS). Année Politique Suisse (2023). *Dossier: Jahresrückblick 2023*. Abgerufen am 26. Februar 2024, von <https://anneepolitique.swiss/dossiers/1507-dossier-jahresruckblick-2023>

⁴ Mit statistischer Signifikanz ist gemeint, dass eine veränderte Ausprägung auch unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers von ± 2.9 Pp statistisch bedeutsam ist und weitgehend ausgeschlossen werden kann, dass die Veränderung zufällig ist. Von der statistischen Signifikanz wird die substanzielle Signifikanz unterschieden. Die substanzielle Signifikanz zielt auf die theoretische und inhaltliche Bedeutung ab. Dies heisst, dass nur Zusammenhänge diskutiert werden, welche eine substanzielle Stärke aufweisen. In unserem Falle wird hierfür das Zusammenhangsmass Cramer's V berechnet und ein Zusammenhang erst dann ausgewiesen, wenn der entsprechende Wert mindestens 0.1 beträgt.

explizit erwähnt. Bei der Befragung im Januar 2024 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei ± 2.9 Pp. Damit bedeutet ein gemessener Wert von 50%, dass der wahre Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 47.1% und 52.9% liegt. Die Einstellungen werden im Allgemeinen anhand einer 4er-Skala («sehr», «eher», «eher nicht», «überhaupt nicht») erhoben. Die Antwortkategorien «weiss nicht» und «keine Antwort» werden bei den deskriptiven Analysen ebenfalls als gültige Antworten gezählt. Die ausgewiesenen Zahlen beziehen sich somit auf die Gesamtheit aller 1223 Befragten.

Soziodemografische Einflüsse:

Für jede Variable wird der Einfluss – sofern statistisch und inhaltlich signifikant vorhanden – der Sprachregion⁵, des Geschlechts⁶, des Alters⁷, des Bildungsniveaus⁸ und der politischen Einstellung⁹ beschrieben. Neben der klassischen Einteilung der politischen Einstellung in Links-Mitte-Rechts wird ausserdem teilweise der Zusammenhang der durch das Bundesamt für Statistik (BfS) in der Erhebung «Statistic on Income and Living Conditions» (SILC)¹⁰ verwendeten Fünfer-Skala der politischen Position¹¹ verwendet, um die politische Einstellung genauer erfassen zu können.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb der Kapitel:

Hier werden Zusammenhänge innerhalb des jeweiligen Themenbereichs (Sicherheitsempfinden, Vertrauen, Aussen- und Sicherheitspolitik, Neutralität, Verteidigungspolitik, Wichtigkeit von Armeeaufgaben, Künstliche Intelligenz und Schweizer Armee) diskutiert. Während in diesem Bericht lediglich thematische Zusammenhänge innerhalb des jeweiligen Kapitels beschrieben werden, werden in der im Sommer 2024 erscheinenden Buchpublikation die Befunde im Abschnitt «weitere signifikante Einflüsse» in gewohnter Weise kapitel- und themenübergreifend beschrieben, diskutiert und eingeordnet.

⁵ Unterschieden wird nach Wohnort in einer der drei Sprachregionen Deutschschweiz (D-CH), Westschweiz (F-CH) und Tessin (TI). Deren Zuordnung erfolgt anhand der Postleitzahlen (PLZ) der Schweizerischen Post.

⁶ Es wird zwischen «Mann» und «Frau» unterschieden.

⁷ Das Alter wird in vier verschiedene Gruppen unterteilt: 18–34-Jährige, 35–49-Jährige, 50–64-Jährige und ab 65-Jährige.

⁸ Das Bildungsniveau wird mittels der Kategorisierung der Strukturhebung 2020 (ehemalige Volkszählung) des Bundesamtes für Statistik. (2020, 30. November). *Übersetzungshilfe Strukturhebung 2020 | Publikation | Bundesamt für Statistik*. Abgerufen am 18. März 2024, von <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/erhebungen/volkszaehlung/vierkernelemente/strukturhebung.assetdetail.14981900.html> (erhoben. «Tiefes Bildungsniveau»: obligatorische Schule oder maximal eine ein- bis zweijährige Ausbildung, Brückenangebot, Anlehre oder Berufslehre mit Eidgenössischem Berufsattest (EBA). «Mittleres Bildungsniveau»: Berufslehre EFZ / Handelsschule, Fachmittelschule, Diplommittelschule bis maximal eine Gymnasiale Maturität (bzw. Berufsmaturität). «Hohes Bildungsniveau»: Berufsprüfung mit eidg. Fachausweis / Meisterdiplom, höhere Fachschule, Fachhochschule, Universität, Bachelor, Master, Doktorat oder Habilitation.

⁹ Befragte, die auf der Skala der politischen Selbsteinstufung von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» einen Wert zwischen 0 und 4 angeben, werden in dieser Studie als politisch «links» orientiert bezeichnet. Diejenigen, die sich mit einem Wert von 5 einstufen, werden zur «Mitte» gezählt und jene, die einen Wert zwischen 6 und 10 angeben, werden als «rechts» kategorisiert.

¹⁰ Bundesamt für Statistik. (2023). *Politik: Interesse für die Politik und Teilnahme an eidgenössischen Abstimmungen, 2021 Nach verschiedenen soziodemografischen Merkmalen*. Abgerufen am 8. August 2023, von <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/soziale-situation-wohlbefinden-und-armut/subjektives-wohlbefinden-und-lebensbedingungen/politik.html>

¹¹ Mittels einer Skala von 0 (= ganz links) und 10 (= ganz rechts) wird die politische Einstellung gemessen. Bei der Aufteilung in fünf Kategorien wird die Zuordnung des Bundesamtes für Statistik (BFS 2023) übernommen und folgendermassen vorgegangen: Befragte, die den Wert 0 bis 2 angeben, werden als «ganz links», jene die 3 und 4 angeben als «eher links» und Befragte, die den Wert 5 angeben, werden zur Gruppe «in der Mitte» gezählt. Als «eher rechts» werden jene, die Werte 6 bis 7 angeben, und als «ganz rechts» diejenigen, die Werte zwischen 8 und 10 angeben, bezeichnet.

2 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, Wahrnehmung der Schweiz und der Welt

Im vorliegenden Kapitel werden die Standardfragen zum allgemeinen Sicherheitsempfinden, zur Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz als auch zur weltpolitischen Lage beschrieben.

2.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Schweizerinnen und Schweizer fühlen sich im Januar 2024 mit 92% im Allgemeinen etwas weniger sicher als im Januar 2023 (-2 Prozentpunkte; Pp, siehe Abbildung 1). Der Anteil an Personen, welche sich im Januar 2024 «sehr sicher» fühlen, beträgt 29%. Im Vergleich zum Wert im Januar 2022, also vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine, sind dies rund 7 Pp weniger. Im Vergleich zum Januar 2023 ist der Wert um 3 Pp gesunken. Dagegen ist der Anteil an Befragten, die sich «eher sicher» fühlen, mit 63% leicht über dem Wert von Januar 2022 (+5 Pp), aber statistisch unverändert wie der Wert von Januar 2023 (+1 Pp). Entsprechend leichte Veränderungen sind 2024 beim Anteil der Stimmberechtigten festzustellen, welche sich unsicher fühlen (8% insgesamt, 7% «eher unsicher», 1% «ganz unsicher»), sowohl gegenüber Januar 2022 (+2 Pp) als auch im Vergleich zu Januar 2023 (+3 Pp).

Das allgemeine Sicherheitsgefühl der Schweizerinnen und Schweizern verharret damit seit einigen Jahren auf einem äusserst hohen Niveau, obschon es – vermutlich durch das Andauern des Ukraine-Krieges – statistisch signifikant gesunken ist.

Soziodemografische Einflüsse:¹²

Auch im Jahr 2024 zeigt sich der seit Messbeginn bekannte Befund, dass sich Frauen (90%) etwas weniger sicher fühlen als Männer (95%; $V = 0.17$)¹³. Dies liegt vor allem daran, dass Frauen seltener angeben, sich «sehr sicher» zu fühlen (22% vs. 36%). Weiter zeigt sich, dass bei Stimmberechtigten mit tiefer Bildung das allgemeine Sicherheitsempfinden geringer ausfällt (tief: 83%, mittel: 90%, hoch: 95%; $V = 0.14$).

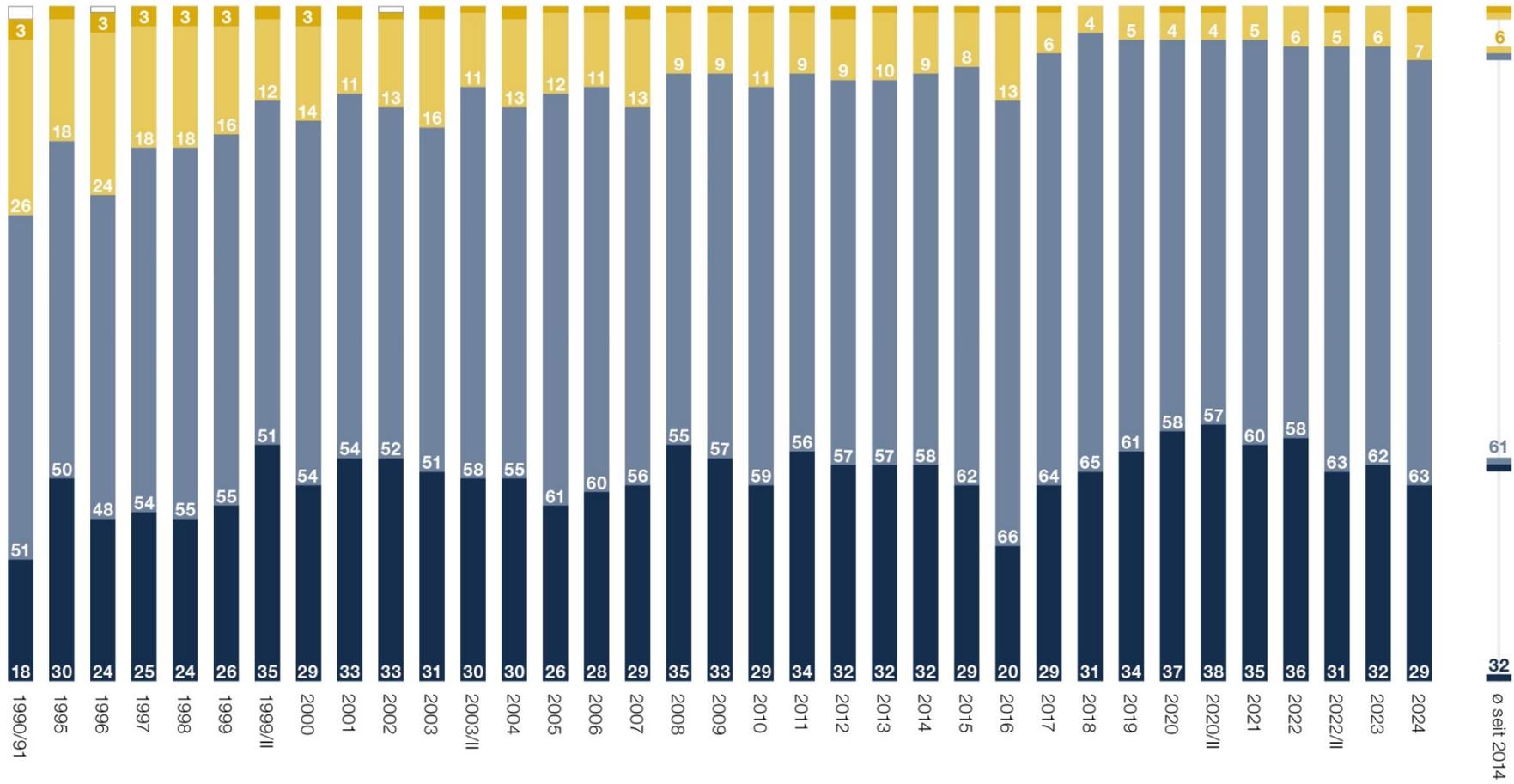
¹² Es werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

¹³ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen 1988; Ellis 2010).

Abbildung 1: Allgemeines Sicherheitsempfinden

«Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?»

Angaben in Prozent, gerundet



sehr sicher
 eher sicher
 eher unsicher
 ganz unsicher
 weiss nicht / keine Antwort

savegnr|si24

2.2 Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz

Stimmberechtigte blicken im Januar 2024 mit 79% optimistisch in die Zukunft der Schweiz (7% «sehr optimistisch», 72% «eher optimistisch», siehe Abbildung 2). Im Vergleich zu Januar 2023 (-2 Pp) und Juni 2022 (+1 Pp) ist der Wert statistisch unverändert. Gegenüber Januar 2022 – also kurz vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – schauen allerdings aktuell weniger Befragte optimistisch in die Zukunft der Schweiz (-7 Pp). Der Anteil an Personen, welche die Zukunft der Schweiz «eher pessimistisch» betrachten, liegt im Vergleich zur Januar-Befragung 2022 auf einem höheren Niveau (19%, +7 Pp). Der Anteil an Stimmberechtigten, welche die Zukunft der Schweiz als «sehr pessimistisch» sehen, ist mit 2% seit Januar 2022 konstant (+1 Pp).

Folglich hat sich der Schweiz-Optimismus der Befragten, welcher nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine (24.02.2022) im Juni 2022 merklich sank, 2024 auf einem etwas tieferem Niveau stabilisiert. Er liegt im Vergleich zu den letzten zehn Jahren leicht unter dem Durchschnitt (Ø 2014 – 2024: 82%).

Soziodemografische Einflüsse:

Es lassen sich bei den Zukunftsaussichten für die Schweiz kaum Unterschiede aufgrund soziodemografischer Eigenschaften erkennen. Einzig beim Bildungsniveau zeigt sich, dass Personen mit tiefer Bildung tendenziell weniger optimistisch eingestellt sind (tief: 59%, mittel: 76%, hoch: 84%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des zweiten Kapitels:¹⁴

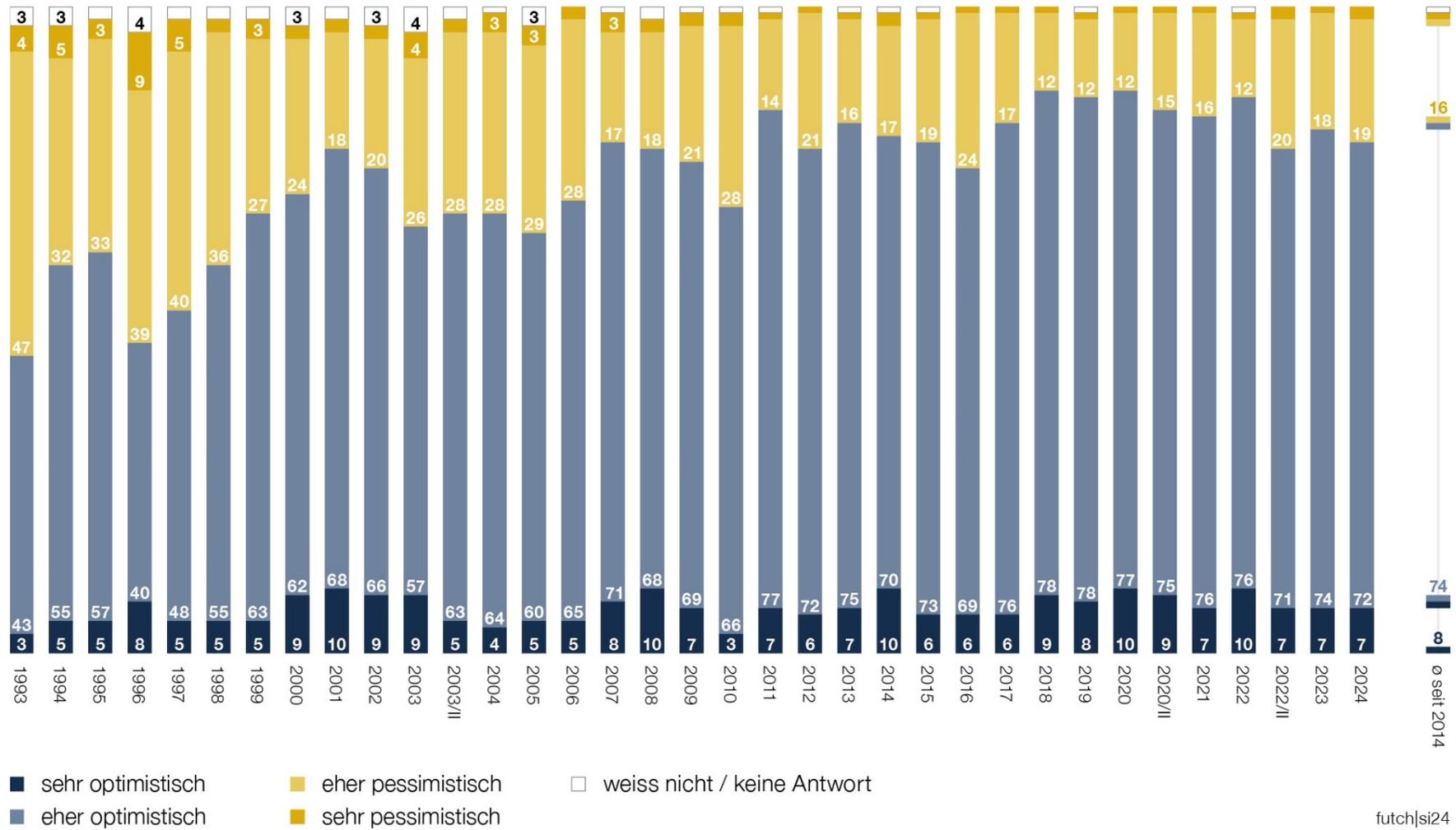
Je sicherer sich eine Person im Allgemeinen fühlt, desto optimistischer blickt sie auf die Zukunft der Schweiz ($V = 0.25$).

¹⁴ In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

Abbildung 2: **Subjektive Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz**

«Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?»

Angaben in Prozent, gerundet



2.3 Einschätzung der weltpolitischen Lage

Die weltpolitische Lage wird deutlich weniger optimistisch (18%, -6 Pp) eingeschätzt als im Januar 2023 (siehe Abbildung 3). Dies entspricht dem tiefsten Wert, seitdem die Frage mit diesen Antwortoptionen gestellt wird (Januar 2015)¹⁵. Der grosse Rückgang beim Optimismus der weltpolitischen Lage im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg in der Ukraine (Januar 2022) ist insbesondere auf die Abnahme jener Personen zurückzuführen, welche die Zukunft der weltpolitischen Lage «eher optimistisch» einschätzen (17%, -13 Pp gegenüber Januar 2022). Dieser Wert ist auch im Vergleich zu Januar 2023 um 6 Pp statistisch signifikant gesunken. Der Anteil an Stimmberechtigten, welche die Zukunft der weltpolitischen Lage als «sehr optimistisch» sehen, bleibt mit 1% seit Januar 2022 unverändert.

Parallel dazu hat sich der Anteil an Befragten, welche die weltpolitische Lage pessimistisch einschätzen, seit Januar 2022 statistisch signifikant erhöht (82% insgesamt, 66% «eher pessimistisch», +4 Pp; 16% «sehr pessimistisch», +10 Pp). Zwischen Januar 2023 und Januar 2024 ist der Anteil an Personen, welche die zukünftige weltpolitische Lage «sehr pessimistisch» betrachten, besonders deutlich gestiegen (+7 Pp).

Es zeigt sich, dass die Einschätzung der weltpolitischen Lage nach dem Ausbruch des Ukraine-Krieges (Februar 2022) bereits im Juni 2022 statistisch signifikant pessimistischer eingeschätzt wird. Im Zeitalter der Multikrisen¹⁶ könnte die 2024 pessimistischere Einschätzung der weltpolitischen Lage unter anderem durch den andauernden Ukraine-Krieg sowie durch den Ausbruch des Israel-Gaza-Krieges (07.10.2023) erklärt werden.

Soziodemografische Einflüsse:

Wie bereits im Vorjahr lassen sich auch 2024 keine Unterschiede aufgrund soziodemografischer Eigenschaften erkennen.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des zweiten Kapitels:

Personen, welche die Zukunft der Schweiz optimistisch sehen, sind auch hinsichtlich der zukünftigen weltpolitischen Lage optimistischer ($V = 0.28$). Zusätzlich sehen Befragte, welche sich im Allgemeinen sicher fühlen, die weltpolitische Lage ebenfalls optimistischer ($V = 0.15$).

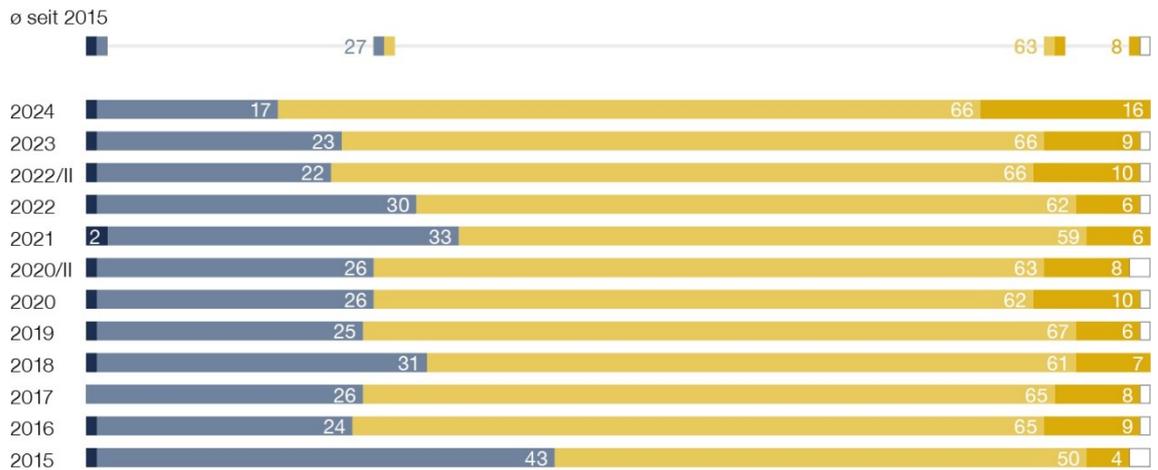
¹⁵ 1983 bis 2015 wurde die subjektive Einschätzung der weltpolitischen Lage mit den Antwortkategorien «besser und entspannter», «gleich wie heute» und «düsterer und entspannter» gemessen. 2015 wurde erstmals auch die Einschätzung der weltpolitischen Lage mit den Antwortkategorien «sehr optimistisch», «eher optimistisch», «eher pessimistisch», «sehr pessimistisch», «weiss nicht» und «keine Angabe» und damit an die Antwortkategorien der Zukunftseinschätzung der Schweiz angepasst.

¹⁶ Fischer, P. A. (2024). Es geht um Geopolitik. *Neue Zürcher Zeitung*, 6.

Abbildung 3: **Subjektive Einschätzung der zukünftigen Entwicklung der weltpolitischen Lage**

«Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren?»

Angaben in Prozent, gerundet



sehr optimistisch
 eher pessimistisch
 weiss nicht / keine Antwort
 eher optimistisch
 sehr pessimistisch

futworld15|si24

3 Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden

Im Folgenden wird das Vertrauen in öffentliche Institutionen und Behörden beschrieben. Zusätzlich zu den neun standardmässig erfassten Institutionen wird in diesem Jahr auch das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung sowie in die «Künstliche Intelligenz» (KI) erfragt.

Von den hier erfragten Institutionen genießt die Wissenschaft (7.9, +0.1) vor der Polizei (7.9, ±0.0) das höchste Vertrauen (siehe Tabelle 2).¹⁷ An dritter Stelle folgen die Gerichte mit einem mittleren Vertrauen von 7.6 (±0.0). Stärker als anderen Institutionen wird im Durchschnitt auch dem Bundesrat (7.1, -0.2) und der Schweizer Wirtschaft (7.1, +0.1) vertraut. Die öffentliche Verwaltung (6.9) liegt im Mittelfeld der Vertrauensrangliste. Nahezu gleichauf liegt das Vertrauen in die Armee (6.8, ±0.0) und in das Eidgenössische Parlament (6.7, -0.2). Deutlich geringer ist das Vertrauen in die politischen Parteien (5.7, ±0.0) sowie in die Medien (5.5, -0.1). Die «Künstliche Intelligenz» erreicht ein mittleres Vertrauen von 4.6.

Gegenüber dem Vorjahr erweist sich im Januar 2024 das Vertrauen in die Mehrheit der erfragten Institutionen als stabil. So bleibt das Gesamtvertrauen in die seit 2007 erfassten Institutionen auf einem überdurchschnittlichen Niveau (6.8, +0.3 gegenüber dem mehrjährigen Durchschnitt). Allerdings ist das Vertrauen in den Bundesrat sowie in das Eidgenössische Parlament statistisch signifikant gesunken. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament erhielten in den Jahren seit dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie im Februar 2020 vergleichsweise sehr hohe Vertrauenswerte. Dieses Vertrauens-Niveau wird 2024 nicht mehr erreicht. Trotzdem wird sowohl dem Bundesrat als auch dem Eidgenössischen Parlament im mehrjährigen Vergleich nach wie vor überdurchschnittlich stark vertraut.

Soziodemografische Einflüsse:¹⁸

Das Vertrauen in die **Wissenschaft** ist besonders bei Personen aus dem linken politischen Spektrum ausgeprägt (links: 8.4, Mitte: 7.8, rechts: 7.7; $V = 0.17$)¹⁹. Ebenso steigt mit Zunahme des Bildungsniveaus das Vertrauen in die Wissenschaft (tief: 7.2, mittel: 7.6, hoch: 8.2; $V = 0.20$). Ein geringeres Vertrauen in die Wissenschaft weisen hingegen Frauen (Männer: 8.1, Frauen: 7.7; $V = 0.15$) und Personen ab 50 Jahren (18–34-Jährige: 8.2, 35–49-Jährige: 8.0, 50–64-Jährige: 7.7, ab 65-Jährige: 7.8; $V = 0.11$) auf.

Der **Polizei** wird in der Westschweiz tendenziell etwas weniger vertraut als in den anderen Landesteilen, wobei der Unterschied in diesem Jahr überdurchschnittlich deutlich ausfällt (D-CH: 8.0, F-CH: 7.4, Tessin: 7.9; $V = 0.14$). Darüber hinaus ist das Vertrauen in die Polizei bei Stimmberechtigten aus dem linken politischen Lager weniger stark.

¹⁷ Die Werte entsprechen jeweils dem gerundeten Mittelwert der gültigen Antworten, welche anhand einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen») erhoben wurden.

¹⁸ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

¹⁹ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt (Cohen, J. (1988). *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. (2nd ed.). Hillsdale, N.J.: L. Erlbaum Associates; Ellis, P. D. (2010). *The Essential Guide to Effect Sizes: Statistical Power, Meta-Analysis, and the Interpretation of Research Results* (1st ed.). Cambridge University Press).

Tabelle 2: Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 2007 bis 2024

Institutionen-Vertrauensindex (VI): gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10

(1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen», Institutionen absteigend sortiert nach Höhe des mittleren Vertrauens)

	'07	'08	'09	'10	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	'20II	'21	'22	'22II	'23	'24	SD '24	Δ 23/24	Δ MV	Ø 07–24	Δ 07-24/24
Wissenschaft	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	7.6	7.6	7.6	7.7	7.8	7.8	7.7	7.8	7.9	1.5	+0.1	1.1	7.7	-
Polizei	7.3	7.2	6.9	7.2	7.1	7.6	7.6	7.5	7.7	7.9	7.9	7.9	8.0	7.9	7.8	7.9	7.9	7.8	7.9	7.9	1.6	0.0	1.1	7.6	0.2
Gerichte allgemein	7.0	7.0	6.7	6.9	6.6	7.0	7.1	7.0	7.2	7.3	7.4	7.4	7.4	7.4	7.3	7.6	7.6	7.4	7.6	7.6	1.7	0.0	0.8	7.2	0.4
Bundesrat	6.3	6.5	6.5	5.9	5.9	6.8	6.7	6.7	7.0	7.0	7.1	7.0	7.1	7.1	7.6	7.3	7.3	7.3	7.3	7.1	1.8	-0.2*	0.3	6.9	0.2
Schweizer Wirtschaft	6.7	6.7	6.2	6.4	6.6	6.6	6.6	6.9	6.8	6.7	6.8	6.9	7.0	6.9	7.0	6.9	7.0	6.9	7.0	7.1	1.6	+0.1	0.1	6.8	0.3
Öffentliche Verwaltung	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	6.9	1.6	-	0.1	-	-
Armee	6.6	6.5	5.9	6.1	6.0	6.3	6.2	6.4	6.5	6.7	6.8	6.6	6.7	6.8	6.8	6.7	6.7	6.7	6.8	6.8	2.0	0.0	0.0	6.5	0.3
Eidg. Parlament	6.2	6.2	6.2	5.9	5.7	6.2	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.4	6.7	6.8	7.1	6.9	6.8	6.8	6.9	6.7	1.8	-0.2*	-0.1	6.5	0.2
Politische Parteien	5.1	5.2	4.9	5.1	4.9	5.1	5.3	5.4	5.3	5.3	5.5	5.4	5.6	5.4	5.5	5.6	5.5	5.6	5.7	5.7	1.8	0.0	-1.1	5.4	0.3
Medien	5.1	4.9	4.6	4.9	4.9	5.1	5.3	5.2	5.3	5.1	5.5	5.7	5.8	5.4	5.4	5.5	5.4	5.5	5.6	5.5	1.9	-0.1	-1.3	5.3	0.2
Künstliche Intelligenz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	4.6	2.2	-	-	-	-
Mittleres Vertrauen (MV)	6.3	6.3	6.0	6.1	6.0	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6	6.7	6.7	6.8	6.7	6.8	6.8	6.8	6.7	6.9	6.8	1.2	-0.1	-	6.5	0.3

* signifikanter Unterschied, t-test, 5% Irrtumswahrscheinlichkeit

SD Standardabweichung

MV Mittleres Vertrauen (ohne Wissenschaft, öffentliche Verwaltung, «Künstliche Intelligenz»)

Δ Differenz

Ø Durchschnitt

Dies ist insbesondere auf Personen zurückzuführen, welche sich ganz links auf der politischen Skala einordnen (ganz links: 6.7, eher links: 7.8, in der Mitte: 8.1, eher rechts: 8.0, ganz rechts: 7.9; $V = 0.16$). Dieser Unterschied ist nahezu in der gesamten Messreihe vorhanden. In diesem Jahr zeigt sich schliesslich, dass 18–34-Jährige eher ein geringeres Vertrauen in die Polizei aufweisen (18–34-Jährige: 7.5, 35–49-Jährige: 8.1, 50–64-Jährige: 8.0, ab 65-Jährige: 7.9; $V = 0.11$).

Seit jeher zeigt sich, dass das Vertrauen in die **Gerichte** in Abhängigkeit von der Bildung variiert, wobei bei Stimmberechtigten mit höherer Bildung das Vertrauen stärker ausfällt (tief: 6.9, mittel: 7.3, hoch: 7.8; $V = 0.16$). Ebenso wiederholt sich der nahezu konstante Befund, dass insbesondere ältere Personen den Gerichten ein geringeres Vertrauen entgegenbringen (18–34-Jährige: 7.7, 35–49-Jährige: 7.7, 50–64-Jährige: 7.6, ab 65-Jährige: 7.3; $V = 0.11$). Eher neu ist, dass ein grösserer Unterschied aufgrund des Geschlechts besteht, wobei Frauen den Gerichten etwas weniger Vertrauen entgegenbringen (Männer: 7.7, Frauen: 7.4; $V = 0.15$). Weiter zeigt sich, dass in der französischsprachigen Schweiz das Vertrauen in die Gerichte geringer ausfällt (D-CH: 7.7, F-CH: 7.2, Tessin: 7.5; $V = 0.11$).

Eine höhere Bildung geht in der Regel mit einem höheren Vertrauen in den **Bundesrat** einher. Dies ist auch im Januar 2024 der Fall (tief: 6.7, mittel: 6.9, hoch: 7.3; $V = 0.15$). Allerdings verschwand dieser Unterschied in den Messungen während der akuten Zeit der COVID-19-Pandemie. Seit vergangenem Jahr scheint sich jedoch das bekannte Muster mit einem geringeren Vertrauen in den Bundesrat bei Personen mit tieferer Bildung wieder vorzufinden. In diesem Jahr fällt jedoch vor allem der klare Rückgang beim Vertrauen in den Bundesrat von Seiten der Schweizerinnen und Schweizer aus dem rechten politischen Lager auf. Sie weisen ein geringeres Vertrauen in den Bundesrat auf als Personen des politisch linken Spektrums (links: 7.3, Mitte: 7.2, rechts: 6.9; $V = 0.11$).

Je weiter rechts eine Person politisch eingestellt ist, desto stärker manifestiert sich ihr Vertrauen in die **Schweizer Wirtschaft** (links: 6.6, Mitte: 7.1, rechts: 7.4; $V = 0.17$). Diese Differenz besteht über die gesamte Messreihe hinweg. Dasselbe gilt für den nahezu konstanten Unterschied aufgrund des Geschlechts, wobei Frauen stets ein geringeres Vertrauen in die Wirtschaft aufweisen (Männer: 7.4, Frauen: 6.7; $V = 0.22$). In diesem Jahr fallen hingegen die 18–34-Jährigen Stimmberechtigten mit einem überdurchschnittlichen Vertrauen in die Schweizer Wirtschaft auf (18–34-Jährige: 7.3, ab 35-Jährige: 7.0; $V = 0.10$). In der Westschweiz liegt das Vertrauen in die Wirtschaft aktuell eher etwas unter dem Durchschnitt (D-CH: 7.1, F-CH: 6.9; $V = 0.11$).

Das erstmals erfasste Vertrauen in die **öffentliche Verwaltung** weist eher geringe Unterschiede aufgrund der soziodemografischen Zugehörigkeit der Stimmberechtigten auf. Dabei schenken politisch rechts orientierte Befragte der Verwaltung eher ein geringeres Vertrauen als Personen der politischen Mitte und links davon (links: 7.2, Mitte: 7.0, rechts: 6.6; $V = 0.13$). Ebenso ist das Vertrauen in der Westschweiz etwas schwächer ausgeprägt als in der Deutschschweiz (D-CH: 7.0, F-CH: 6.7; $V = 0.10$).

Beim Vertrauen in die **Armee** zeigen sich die grössten Unterschiede. Stimmberechtigte mit einer linken politischen Orientierung vertrauen der Armee seit Messbeginn am wenigsten (links: 6.0, Mitte: 7.2, rechts: 7.2; $V = 0.21$). Auch bestätigt sich erneut, dass jüngere Personen der Armee weniger vertrauen als ältere Personen (18–34-Jährige: 6.5, ab 35-Jährige: 6.9; $V = 0.12$), wobei die Altersunterschiede deutlich geringer ausfallen als beispielsweise noch vor 20 Jahren. Wesentlich kleiner als in den übrigen Sprachregionen

fällt in diesem Jahr das Vertrauen in die Armee in der Romandie aus (D-CH: 6.9, F-CH: 6.5, Tessin: 6.8; $V = 0.13$).

Das Vertrauen in das **Eidgenössische Parlament** ist in diesem Jahr insbesondere bei Personen ab 65 Jahren zurückgegangen. Damit liegt das Vertrauen in das Parlament bei älteren Stimmberechtigten unter demjenigen von jüngeren Stimmberechtigten (18–34-Jährige: 7.0, 35–49-Jährige: 7.0, 50–64-Jährige: 6.7, ab 65-Jährige: 6.3; $V = 0.12$). Zudem geht eine hohe Bildung mit einem höheren Vertrauen in das Parlament einher (tief: 6.3, mittel: 6.5, hoch: 6.9; $V = 0.15$). Dabei ist anzumerken, dass das Vertrauen bei Personen mit einem hohen Bildungsniveau im Gegensatz zu Personen mit tiefer oder mittlerer Bildung im Vergleich zum vergangenen Jahr kaum zurückgegangen ist.

Beim Vertrauen in die **politischen Parteien** fällt der Unterschied zwischen der Romandie und der Deutschschweiz auf. In der Deutschschweiz ist das Vertrauen in die Parteien tendenziell höher als in der französischsprachigen Schweiz (D-CH: 5.9, F-CH: 5.2, Tessin: 5.5; $V = 0.14$). Zudem ist das Vertrauen in die politischen Parteien bei Stimmberechtigten in der jüngsten Altersgruppe am höchsten (18–34-Jährige: 5.9, 35–49-Jährige: 5.8, 50–64-Jährige: 5.6, ab 65-Jährige: 5.6; $V = 0.10$). Allerdings ist anzumerken, dass in den Messungen der letzten paar Jahre Personen aus der Altersgruppe ab 50 Jahren den politischen Parteien klar mehr Vertrauen entgegenbringen als noch vor gut 10 Jahren.

Die **Medien** gehören – neben der Armee – zu den Institutionen, welche in der Stimmbevölkerung besonders deutlich polarisieren. Seit wenigen Jahren zeigt sich beim Vertrauen in die Medien ein grösserer Unterschied aufgrund der politischen Orientierung der Stimmberechtigten. Politisch links orientierte Schweizerinnen und Schweizer vertrauen den Medien mehr als Personen aus der politischen Mitte, und diese wiederum mehr als den politisch rechts orientierten Stimmberechtigten (links: 6.0, Mitte: 5.6, rechts: 5.2; $V = 0.15$). Darüber hinaus geht eine hohe Bildung mit einem stärkeren Vertrauen in die Medien einher (tief: 5.3, mittel: 5.3, hoch: 5.8; $V = 0.12$). Der Unterschied aufgrund der Bildung ist in Bezug auf das Vertrauen in die Medien – wenn man die ganze Messreihe betrachtet – allerdings kein typischer Befund, denn in früheren Messungen war diesbezüglich kein Unterschied vorhanden.

Bei der erstmaligen Erfassung des Vertrauens in die **«Künstliche Intelligenz» (KI)** zeigt sich, dass das Misstrauen gegenüber dieser neuen Technologieform im Tessin am wenigsten ausgeprägt ist (D-CH: 4.5, F-CH: 4.4, Tessin: 5.6; $V = 0.11$). Im Gegensatz zur Deutschschweiz und der Romandie liegt das Vertrauen in die KI im Tessin damit beinahe auf dem gleichen Niveau wie das Vertrauen in die Medien. Etwas weniger skeptisch gegenüber der neuen Technologie zeigen sich auch Schweizerinnen und Schweizer mit hoher Bildung (tief: 4.5, mittel: 4.3, hoch: 4.8; $V = 0.14$). Schliesslich zeigt sich, dass jüngere Stimmberechtigte der KI ein stärkeres Vertrauen schenken als Personen ab 35 Jahren (18–34-Jährige: 4.9, ab 35-Jährige: 4.5; $V = 0.12$).

4 Aussen- und Sicherheitspolitik: Öffnung versus Autonomie

Die weltpolitische Lage wird zunehmend komplexer und droht in eine Multikrise abzudriften. Die Folgen der COVID-19-Pandemie, kriegerische Auseinandersetzungen, die Klimakrise, die Inflation und eine erstaunlich resiliente Weltwirtschaft prägen aktuell das globale Zeitgeschehen.²⁰ Als eines der am stärksten globalisierten Länder der Welt²¹ ist die Schweiz stark von den weltweiten Entwicklungen betroffen und steht in ihrer Aussen- und Sicherheitspolitik vor wichtigen Entscheidungen.

Seit der russischen Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 werden aussen- und sicherheitspolitische Fragen in der Schweiz intensiv diskutiert.²² Mit der Wahl zum nicht-permanenten Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNO) und der relativ klaren Positionierung im Ukraine-Krieg hat sich die Schweiz in den letzten Jahren aussenpolitisch so stark exponiert wie seit langem nicht mehr.²³ Sicherheitspolitisch entwickelt sich die Schweiz insbesondere in zwei Richtungen. Einerseits will sich die Schweizer Armee wieder eindeutig mehr auf die Landesverteidigung fokussieren.²⁴ Andererseits drängt sie auf eine konsequente internationale Zusammenarbeit – im Besonderen mit der Nordatlantikvertrags-Organisation (Nord Atlantic Treaty Organization, NATO).²⁵ Angesichts der vergleichsweise grossen Mitspracherechte der Stimmbevölkerung bei aussen- und sicherheitspolitischen Entscheidungen ist die Meinung des Souveräns entscheidend für diese grundlegenden Richtungsänderungen.²⁶

Im vorliegenden Kapitel werden die Einstellungen der Schweizer Bevölkerung gegenüber aussen- und sicherheitspolitischen Fragen vorgestellt. Neben «harten» und «weichen» Kooperationsformen werden auch Formen der nationalen und militärischen Autonomie diskutiert. Soll sich die Schweiz weiter öffnen und sich in internationalen Organisationen engagieren oder sich stärker auf die eigene Autonomie und ihre Neutralität verlassen?

²⁰ Fischer, P. A. (2024, 29. Januar). Es geht um Geopolitik. *Neue Zürcher Zeitung*, 6.

²¹ Gygli, Savina, Florian Haelg, Niklas Potrafke and Jan-Egbert Sturm (2019). The KOF Globalisation Index – Revisited, *Review of International Organizations*, 14(3), 543-574 <https://doi.org/10.1007/s11558-019-09344-2>.

²² Fontana, K. (2022, 4. März). Neutralität: Fand in der Schweiz gerade eine Zeitenwende statt. *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/schweiz/neutralitaet-fand-in-der-schweiz-gerade-eine-zeitenwende-statt-ld.1672706?>

²³ Mijnsen, I., Ackeret, M., Häsler, G., Biner, D., & Rostetter, A. (2024, January 17). Friedensgespräche für die Ukraine: Überschätzt sich die Schweiz? *Neue Zürcher Zeitung*. <https://www.nzz.ch/schweiz/friedensgespraeche-von-kehrsat-ueberschaetzt-sich-die-schweiz-ld.1774486>

²⁴ Schweizer Armee. (2023). Die Verteidigungsfähigkeit stärken. <https://www.vtg.admin.ch/de/gruppe-verteidigung/grundlagen/zukunft/zielbild-und-strategie-fuer-den-aufwuchs.html#dokumente>

²⁵ Bundesrat. (2022). Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 über die Folgen des Krieges in der Ukraine: Bericht des Bundesrates.

²⁶ Goetschel, L., & Wasserfallen, F. (2022). Aussenpolitik. In *Handbuch der Schweizer Politik* (7th Aufl., S. 677–702). NZZ Libro.

4.1 Bindung und Annäherung an die Europäische Union

In Bezug auf die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) werden zwei Fragen gestellt. Einerseits wird erfragt, ob die Schweiz die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken sollte. Andererseits wird die Meinung zu einem EU-Beitritt erhoben.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt

Im Januar 2024 befürworten insgesamt 82% (–1 Prozentpunkt; Pp) der befragten Personen eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU, ohne ihr beitreten zu wollen. 36% der Stimmbevölkerung sind mit der Aussage «sehr» und 46% «eher» einverstanden. Die Meinung zu einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit erweist sich seit Jahren als sehr stabil und statistisch unverändert (siehe Abbildung 4). Entsprechend liegt der aktuelle Wert im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Ø 2014 – 2024: 82%).

Soziodemografische Einflüsse:²⁷

Während das Alter, das Geschlecht und das Bildungsniveau keinen signifikanten Einfluss auf die Meinung zur wirtschaftlichen Annäherung an die EU ausüben, haben sowohl die Sprachregion als auch die politische Einstellung einen nachweisbaren Effekt. Personen, die sich selbst im ganz linken Spektrum verorten, stimmen der Aussage, die Schweiz solle stärker wirtschaftlich mit der EU zusammenarbeiten ohne ihr beizutreten, signifikant weniger stark zu als andere politische Gruppen. Auch eher linke und sehr rechte Befragte setzen sich tendenziell nach unten ab (ganz links: 67%, eher links: 79%, in der Mitte: 86%, eher rechts: 91%, ganz rechts: 82%; $V = 0.12$). Dasselbe gilt für in der Westschweiz Wohnhafte (D-CH: 85%, F-CH: 77%, Tessin: 80%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:²⁸

Stimmberechtigte, welche eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU ohne einen Beitritt befürworten, stehen einem EU-Beitritt eher ablehnend gegenüber ($V = 0.23$).

Vorbehaltloser Beitritt zur EU

Eine klare Minderheit von 17% (–1 Pp) spricht sich im Januar 2024 für einen vorbehaltlosen EU-Beitritt der Schweiz aus. 3% sind hiermit «sehr» und 14% «eher» einverstanden. Damit bleibt die Zustimmung zu einem EU-Beitritt sowohl im Vergleich zum vergangenen Jahr (–1 Pp), zur letzten Erhebung vor dem russischen Angriffskrieg im Januar 2022 (+1 Pp) und zum Zehnjahresschnitt (+1 Pp) unverändert.

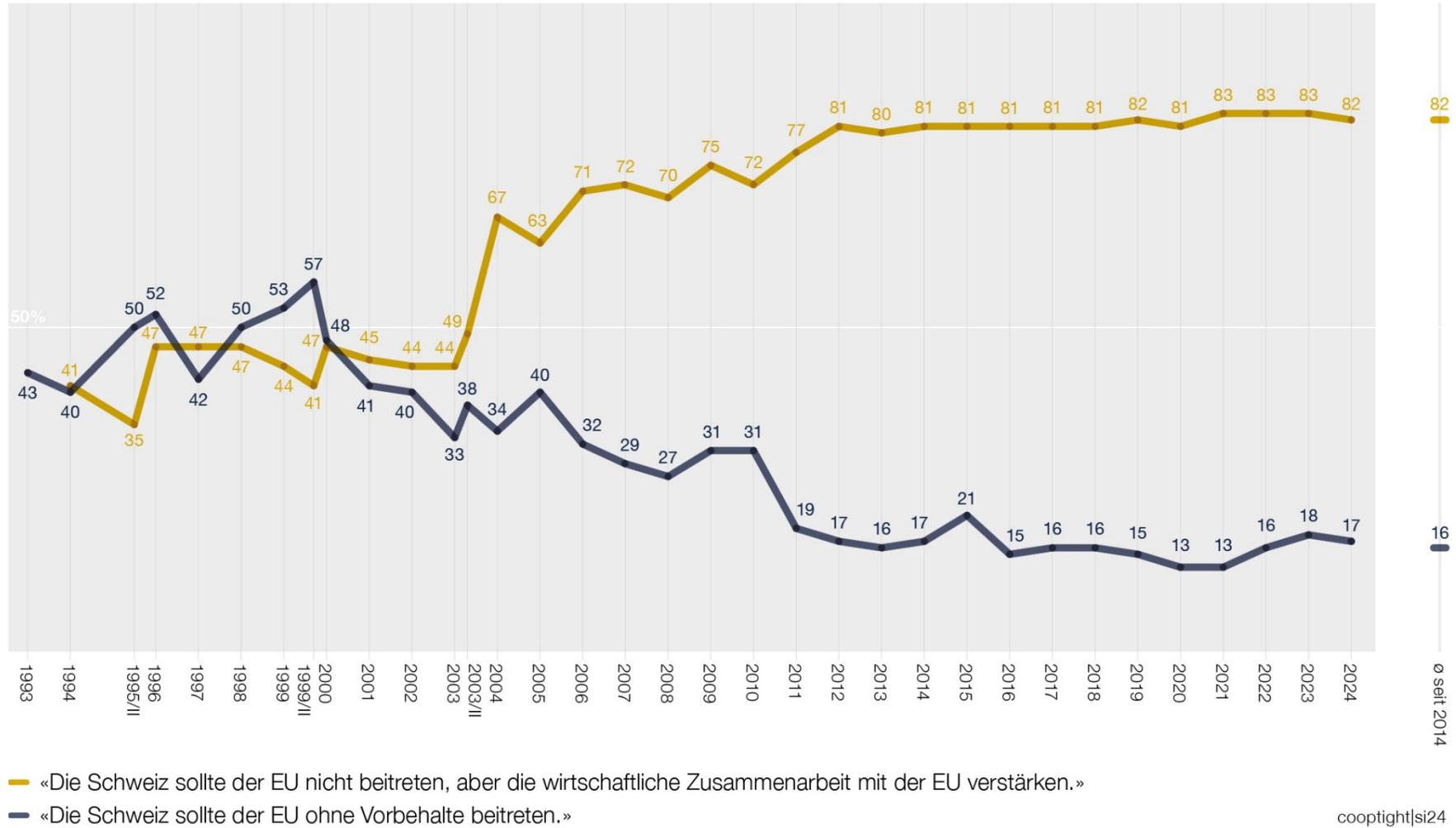
²⁷ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

²⁸ In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

Abbildung 4: Europäische Integration

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



cooptight|si24

Soziodemografische Einflüsse:

In der Frage, ob die Schweiz der EU vorbehaltlos beitreten soll, gibt es erhebliche Differenzen zwischen den verschiedenen Alterskategorien und den politischen Lagern. Ältere Befragte zeigen sich kooperationswilliger als jüngere Schweizerinnen und Schweizer. Insbesondere stimmen ab 65-Jährige einem EU-Beitritt signifikant öfters zu als jüngere Befragte. Die jüngste Gruppe ist zudem signifikant skeptischer als die 50-64-Jährigen (18-34-Jährige: 10%, 35-49-Jährige: 16%, 50-64-Jährige: 19%, ab 65-Jährige: 24%; $V = 0.11$). Diese Altersunterschiede präsentierten sich nicht immer so. Bis 2007 waren die über 65-Jährigen meist die kritischste Gruppe, während die jüngsten Stimmberechtigten einem EU-Beitritt am offensten gegenüberstanden. Seit 2007 begann sich diese Reihenfolge umzukehren und seit 2016 hat sich der neu entstandene Altersunterschied sogar konsolidiert.

Weiter lässt sich feststellen, dass je linker eine Person eingestellt ist, desto stärker wird ein EU-Beitritt befürwortet (links: 34%, Mitte: 15%, rechts: 9%; $V = 0.26$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Die Meinung zu einem Beitritt der Schweiz zur EU korreliert mit einigen anderen aussen- und sicherheitspolitischen Einstellungen. So befürworteten EU-Beitrittswillige nicht nur eher eine Annäherung ($V = 0.23$) und einen Beitritt zur NATO ($V = 0.30$), sondern unterstützen auch das Schweizer Engagement in der UNO stärker (UNO-Anliegen: $V = 0.24$, Schweizer UNO-Friedenstruppen: $V = 0.20$). Weiter sprechen sich EU-Beitrittswillige für mehr Entwicklungshilfe ($V = 0.21$) aus und stehen einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der EU ohne Beitritt eher ablehnender gegenüber ($V = 0.23$).

4.2 Internationale Kooperation ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen

Unter dem Begriff «weiche Kooperation» werden internationale Kooperationsformen ohne souveränitätsmindernde institutionelle Bindungen verstanden. Hierbei wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» der Fokus auf zwei Arten der «weichen Kooperation» gelegt: das vermehrte Vermitteln in Konflikten und die verstärkte Vergabe von Entwicklungshilfe (siehe Abbildung 5).

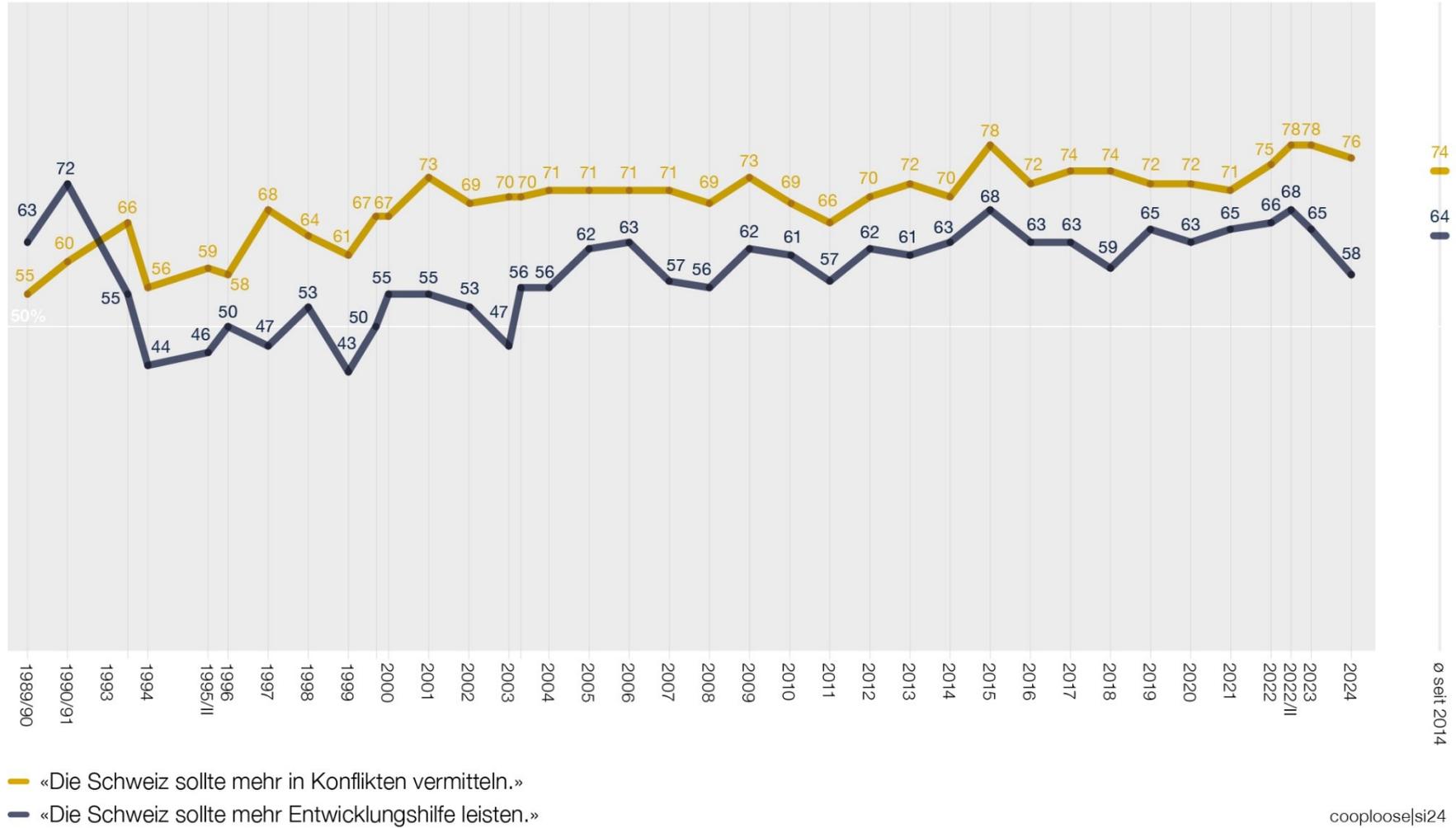
Vermehrte Vermittlung in Konflikten

Die Aussage «die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln» erfreut sich 2024 weiterhin einer grossen Zustimmung von 76% (-2 Pp). 26% aller Befragten sind hiermit «sehr» und 50% «eher» einverstanden. Dabei werden keine statistisch signifikanten Unterschiede zu den vergangenen zwei Jahren (Januar 2023: 78%, Juni 2022: 78%, Januar 2022: 75%) und zum Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset 2014 – 2024: 74%) festgestellt.

Abbildung 5: Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne Institutionelle Bindungen («weiche» Kooperationen)

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Die Meinung zur Schweiz als Vermittlerin in Konflikten ist stark abhängig von der Zugehörigkeit zu verschiedenen soziodemografischen Gruppen. Das Alter, die Bildung und die politische Einstellung haben einen signifikanten Effekt.

In Bezug auf das Alter setzt sich die jüngste Alterskategorie (18–34-Jährige) eindeutig von den andern ab. Nur 66% der jüngsten Altersgruppe möchten, dass die Schweiz mehr in Konflikten vermittelt. In allen anderen Alterskategorien verlangt dies ein erheblich grösserer Teil der Befragten (18–34-Jährige: 66%, ab 35-Jährige: 79%; $V = 0.13$).

Je höher das Bildungsniveau ist, desto häufiger wird eine prominentere Rolle der Schweiz als Konfliktvermittlerin gefordert (tief: 60%, mittel: 71%, hoch: 81%; $V = 0.16$). Gleiches lässt sich über linksorientierte Befragte aussagen (rechts: 68%, Mitte: 78%, links: 87%; $V = 0.15$). Die grossen Differenzen zwischen den politischen Lagern entstehen, da die Zustimmung im rechten Lager in diesem Jahr stark gesunken ist, während sie sich unter den politisch links und in der Mitte stehenden Personen kaum veränderte.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, welche die vermehrte Vermittlung in Konflikten unterstützen, befürworten eher, dass sich die Schweiz für UNO-Anliegen einsetzt ($V = 0.27$) und der UNO Schweizer UNO-Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte ($V = 0.21$). Gleichzeitig stimmen diese Befragten einer Annäherung an die NATO ($V = 0.20$) und einer Teilnahme der Schweiz an der European Skyshield Initiative stärker zu ($V = 0.20$). Schliesslich wird auch der Forderung nach mehr Entwicklungshilfe stärker zugestimmt ($V = 0.24$).

Vermehrte Entwicklungshilfe

58% (–7 Pp) der Befragten finden, die Schweiz solle mehr Entwicklungshilfe leisten. 15% sind «sehr» und 43% «eher» einverstanden. Obwohl dies eine klare Mehrheit ist, büsste die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe im Vergleich zu den letzten drei Erhebungszeitpunkten markant an Unterstützung ein. Verglichen zum letzten Jahr sank die Zustimmung um 7 Pp. Im Vergleich zu den Erhebungen im Juni 2022 (–10 Pp) und Januar 2022 (–8 Pp) fällt der Unterschied noch deutlicher aus. Der diesjährige Wert liegt zudem signifikant tiefer als der Zehnjahresschnitt von 64%.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Forderung nach mehr Entwicklungshilfe verliert insbesondere bei den politischen Polen an Zustimmung (links: –10 Pp, Mitte: +1 Pp, rechts: –6 Pp). Genauso ändern die jüngste und die älteste Altersgruppe ihre Meinung (18–34-Jährige: –11 Pp, 35–49-Jährige: +2 Pp, 50–64-Jährige: –4 Pp, ab 65-Jährige: –9 Pp).

Trotz dieser Veränderungen zeigt sich 2024 weiterhin, dass je rechter eine Person eingestellt ist, desto weniger stimmt sie vermehrter Entwicklungshilfe zu (links: 81%, Mitte: 60%, rechts: 42%; $V = 0.28$). Auch zwischen den Sprachregionen gibt es grosse Unterschiede. Traditionsgemäss wird ein Ausbau der Entwicklungshilfe in der Westschweiz stärker befürwortet als in der Deutschschweiz. Dies zeigt sich auch im Januar 2024 (D-CH: 53%, F-CH: 77%, Tessin: 72%; $V = 0.17$). Auch Personen mit hoher Bildung befürworten diese stärker als Befragte mit mittlerem Bildungsniveau. Letztere sind sich uneinig in dieser Frage (tief: 61%, mittel: 51%, hoch: 65%; $V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Schweizerinnen und Schweizer, die eine verstärkte Entwicklungshilfe befürworten, unterstützen das Engagement für UNO-Anliegen ($V = 0.25$) und das Entsenden von Schweizer UNO-Friedenstruppen ($V = 0.24$) öfters. Schliesslich wird auch das Vermitteln in Konflikten vermehrt gefordert ($V = 0.24$).

4.3 Engagement für die UNO

Seit dem UNO-Beitritt der Schweiz 2002 ist die Stimmbevölkerung gegenüber einer verstärkten Beteiligung der Schweiz innerhalb der UNO positiv eingestellt (siehe Abbildung 6). Zwischen 2003 und 2022 wurde die Befürwortung der UNO mit der Zustimmung zu einem verstärkten Engagement für UNO-Anliegen, zur Bereitstellung von Schweizer UNO-Friedentruppen und zu einem Sitz im UNO-Sicherheitsrat gemessen.²⁹ Letzteres wurde mit der am 9. Juni 2022 erfolgten Wahl der Schweiz zum nichtständigen Mitglied im Sicherheitsrat für zwei Jahre (2023 – 2024) zur Tatsache.³⁰ Daher wird dieses Item seit 2023 nicht mehr erhoben.

UNO-Anliegen

2024 befürworten 60% (-4 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer die Aussage, dass die Schweiz sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen solle. 16% der Stimmberechtigten sind hiermit «sehr» und 44% «eher» einverstanden. Trotz des grossen Rückgangs an Zustimmung ist der Unterschied im Vergleich zum letzten Jahr nicht signifikant. Auch die Differenzen zu den Befragungen im Juni 2022 (+2 Pp) und Januar 2022 (-2 Pp) sowie zum Zehnjahresdurchschnitt (\emptyset 2014 – 2024: 62%) sind nicht signifikant. Nachdem sich die Meinung zum Einsatz der Schweiz für die UNO seit 2016 als sehr stabil erwies, setzte 2021 ein Trend zu mehr Volatilität ein.

Soziodemografische Einflüsse:

Die Kooperationswilligkeit ist stark abhängig von verschiedenen soziodemografischen Faktoren. Westschweizerinnen und Westschweizer stehen signifikant stärker hinter der Forderung für mehr Schweizer Engagement in der UNO (D-CH: 58%, F-CH: 68%, Tessin: 55%; $V = 0.10$). Mit steigendem Bildungsniveau steigt auch die Zustimmung, dass sich die Schweiz für UNO-Anliegen einsetzen sollte (tief: 40%, mittel: 54%, hoch: 66%; $V = 0.15$).

Der stärkste Zusammenhang besteht aber zwischen der politischen Einstellung und der Meinung zum Einsatz für die UNO. Personen, die sich selber dem linken Lager zuordnen, unterstützen die Forderung stärker, dass sich die Schweiz aktiv für die Anliegen der UNO einsetzen soll. Die politische Mitte und insbesondere die Rechten zeigen sich weniger einverstanden (links: 81%, Mitte: 61%, rechts: 46%; $V = 0.26$).

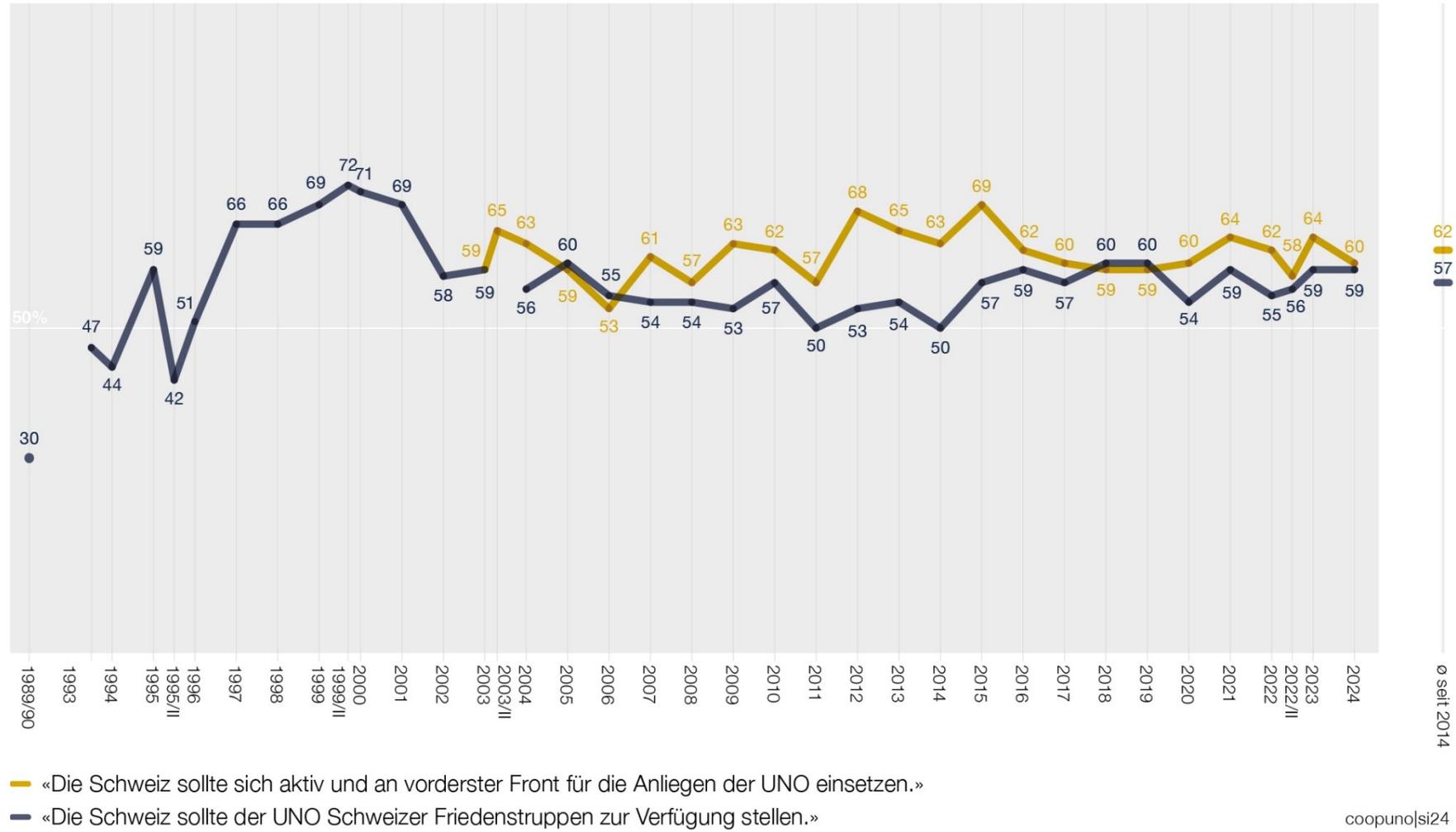
²⁹ Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Robert, J., Rohr, P. (2022). Sicherheit 2022 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies, ETH Zürich, Birmensdorf und Zürich. 04.07.2022. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/72058.pdf>. 142-151.

³⁰ EDA (2023). Die Schweiz im UNO-Sicherheitsrat. (14.02.2023). <https://www.eda.admin.ch/eda/de/home/aussenpolitik/internationale-organisationen/vereinte-nationen/schweizer-engagement/UNO-Sicherheitsrat.html>

Abbildung 6: Einstellungen zur UNO

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Schliesslich zeigt sich wiederum der seit 2014 bekannte Unterschied zwischen den verschiedenen Alterskategorien: 18–34-Jährige stehen dieser Vorgabe signifikant kritischer gegenüber als die restlichen drei Alterskategorien (18–34-Jährige: 46%, 35–49-Jährige: 63%, 50–64-Jährige: 66%, ab 65-Jährige: 64%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Die Einstellung zu einem verstärkten Engagement der Schweiz zu Gunsten von UNO-Anliegen ist mit nahezu allen anderen sicherheits- und aussenpolitischen Fragen verknüpft. Am grössten sind die Korrelationen zur Befürwortung der Entsendung von Schweizer UNO-Friedenstruppen ($V = 0.32$) und der NATO-Annäherung ($V = 0.31$). Die militärische Autonomie wird hingegen verstärkt abgelehnt bei Personen, die ein stärkeres Engagement der Schweiz in der UNO bejahen ($V = 0.28$).

Schweizer UNO-Friedenstruppen

Die Unterstützung für Schweizer UNO-Friedenstruppen verbleibt im Januar 2024 unverändert bei insgesamt 59% (± 0 Pp). Dieser Wert teilt sich auf in 14%, die mit der Forderung «sehr einverstanden» und 45%, die lediglich «eher einverstanden» sind. Während die Zustimmung 2024 gegenüber der letzten Erhebung vor dem Ukraine-Krieg im Januar 2022 signifikant gestiegen ist (55%, +4 Pp), zeigt sich zur im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung (56%, +1 Pp) und der Erhebung vom Januar 2023 (59%, ± 0 Pp) kein statistisch relevanter Unterschied. Die aktuell gemessene Zustimmung liegt signifikant über dem Zehnjahresdurchschnitt (\emptyset 2014 – 2024: 57%).

Soziodemografische Einflüsse:

Wie bei vielen aussen- und sicherheitspolitischen Themenbereichen besteht auch bei der Frage nach Schweizer UNO-Friedenstruppen ein signifikanter Unterschied zwischen den drei politischen Lagern. Von links über die politische Mitte nach rechts sinkt die Befürwortung (links: 74%, Mitte: 61%, rechts: 49%; $V = 0.17$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Stimmberechtigte, welche Schweizer UNO-Friedenstruppen befürworten, stehen einer Kooperation mit der NATO (Annäherung $V = 0.28$; Beitritt $V = 0.27$), der Erhöhung der Entwicklungshilfe ($V = 0.24$) und der schweizerischen Konfliktvermittlung ($V = 0.24$) offener gegenüber. Hervorzuheben ist der positive Zusammenhang zwischen der Einstellung zu Schweizer UNO-Friedenstruppen und zum verstärkten Engagement der Schweiz zu Gunsten von UNO-Anliegen ($V = 0.32$).

4.4 Bereitschaft zu sicherheitspolitischen Allianzen mit der NATO

Als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen russischen Überfall auf die Ukraine diskutiert die Schweiz, wie in der Kapiteleinleitung beschrieben, über eine verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit der NATO. Wie die Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber der NATO eingestellt ist, wird in der Studienreihe «Sicherheit» seit 1994 mit zwei Fragen gemessen. Neben der Annäherung an die NATO wird auch die Einstellung zu einem Beitritt erhoben (siehe Abbildung 7). Aus Aktualitätsgründen werden 2024 zudem sieben konkrete Annäherungsformen an die NATO als Fokusthema vertieft (siehe Abschnitt 4.5).

Annäherung an die NATO

Im Januar 2024 sprechen sich 52% (−3 Pp; 10% «sehr einverstanden», 42% «eher einverstanden») der Befragten für eine Annäherung an die NATO aus.

Zwischen 2024 und den letzten beiden Erhebungen (Januar 2023: −3 Pp; Juni 2022: ±0 Pp) bleibt die Zustimmung unverändert. Im Vergleich zur letzten Erhebung vor dem Ukraine-Krieg im Januar 2021 (+7 Pp, 45%) ist die Zustimmung statistisch signifikant gestiegen und liegt weiterhin deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt von 41%.

Soziodemografische Einflüsse:

Wiederum gibt es bei der Meinung zur NATO erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Gruppen. Deutschsprachige Befragte sympathisieren deutlich mehr mit einer Annäherung an die NATO als Befragte aus der lateinischen Schweiz (D-CH: 56%, F-CH: 41%, Tessin: 41%; $V = 0.11$). Nachdem sich die Sprachregionen zwischen 2012 und 2020 relativ einig waren in Bezug auf die Annäherung an die NATO, scheint sich seit dem Beginn des Ukraine-Krieges eine Schere aufzutun.

Auch zwischen den Alterskategorien sind seit dem russischen Angriff auf die Ukraine eindeutige Unterschiede feststellbar. Insbesondere zwischen den jüngsten und den NATO-freundlicheren ältesten Befragten bestehen grosse Meinungsdivergenzen. Die mittleren Altersgruppen ordnen sich dazwischen ein (18–34-Jährige: 39%, 35–49-Jährige: 51%, 50–64-Jährige: 53%, ab 65-Jährige: 65%; $V = 0.11$). Nach dem Beginn des Ukraine-Krieges nahm die Unterstützung einer Annäherung an die NATO in allen Altersgruppen zu. Die Zustimmung unter den 18–34-Jährigen sank im vergangenen Jahr um signifikante 9 Pp, wodurch diese Gruppe wieder vergleichbare Werte wie vor dem Ukraine-Krieg zeigt.

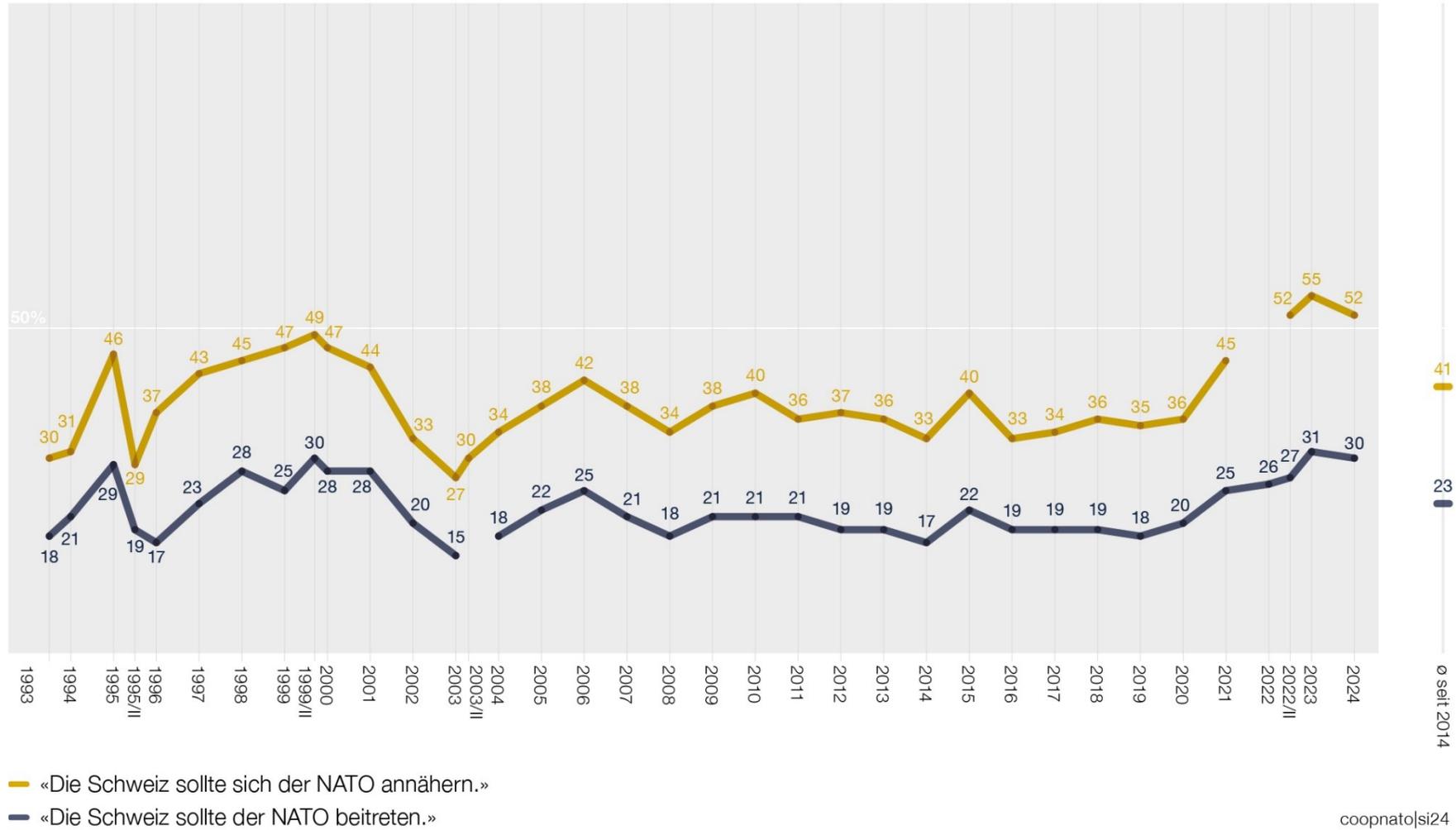
Weiter gilt, je höher die Bildung einer Person, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie einer Annäherung an die NATO zustimmt (tief: 33%, mittel: 48%, hoch: 58%; $V = 0.10$).

Die politische Gesinnung ist wiederum relevant. Während eine Mehrheit der politisch Linkstehenden eine NATO-Annäherung unterstützt, befürworten dies signifikant weniger Stimmberechtigte der politischen Mitte und der Rechten (links: 62%, Mitte: 53%, rechts: 49%; $V = 0.13$).

Abbildung 7: Einstellungen zur NATO

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Der starke Zusammenhang zwischen der Meinung zu einer Annäherung und einem Beitritt zur NATO fällt auf: Befragte, die eine NATO-Annäherung gutheissen, befürworten auch eher einen Beitritt ($V = 0.48$). Zudem unterstützen jene auch öfters die Rolle der Schweiz in der UNO (UNO-Anliegen: $V = 0.31$; Schweizer UNO-Friedenstruppen: $V = 0.28$). Währenddessen stehen sie der militärischen ($V = 0.25$) und nationalen ($V = 0.27$) Autonomie eher ablehnend gegenüber. Wer eine Annäherung an die NATO befürwortet, unterstützt auch vermehrt, dass sich die Schweiz an der European Skyshield Initiative beteiligen sollte ($V = 0.33$).

Beitritt zur NATO

30% (-1 Pp) der Schweizerinnen und Schweizer befürworten aktuell einen NATO-Beitritt der Schweiz. Dabei sind 6% «sehr» und 24% «eher» einverstanden. Dieser Wert unterscheidet sich nicht signifikant von den Vorjahren (Januar 2023: -1 Pp, Juni 2022: +3 Pp, Januar 2022: +4 Pp). Da die Zustimmung zur NATO-Annäherung seit 2020 markant gestiegen ist, liegt der diesjährige Wert signifikant über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset 2014 – 2024: 23%).

Soziodemografische Einflüsse

Die Zustimmung zu einem NATO-Beitritt wird massgeblich durch die politische Selbstverortung der Befragten beeinflusst. Obwohl Stimmberechtigte über das gesamte politische Spektrum einen NATO-Beitritt der Schweiz mehrheitlich ablehnen, ist die Ablehnung im politisch rechten Lager am stärksten ausgeprägt. Dabei unterscheiden sich alle drei politischen Lager signifikant voneinander (links: 40%, Mitte: 30%, rechts: 22%; $V = 0.16$).

Es scheint sich ausserdem eine neue Dynamik zwischen den Altersgruppen zu zeigen. Wiederum sieht die jüngste Altersgruppe einen NATO-Beitritt am kritischsten, während die ältesten Befragten am stärksten zustimmen und sich die anderen Kategorien dazwischen einmitten (18–34-Jährige: 20%, 35–49-Jährige: 32%, 50–64-Jährige: 27%, ab 65-Jährige: 37%; $V = 0.09$). Seit Messbeginn im Jahr 1995 befürworteten die 18–34-Jährigen einen NATO-Beitritt in nahezu allen Erhebungen stärker als die anderen Alterskategorien. Ab 2016 begannen sie sich anzugleichen und wurden seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs zur kritischsten Gruppe. Ihre ab 65-jährigen Mitbürgerinnen und Mitbürger entwickelten sich indes seit der russischen Invasion in die genau entgegengesetzte Richtung, indem sie einen NATO-Beitritt der Schweiz nun am stärksten unterstützen. Weiter unterstützen Frauen einen NATO-Beitritt stärker als Männer (Männer: 27%, Frauen: 31%; $V = 0.14$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Am stärksten ist der Zusammenhang zwischen der Annäherung und einem Beitritt zur NATO: Befragte, die eine NATO-Annäherung gutheissen, befürworten auch einen Beitritt ($V = 0.48$). Zudem unterstützen jene auch öfters ein militärisches und politisches Engagement der Schweiz für die UNO (Schweizer UNO-Friedenstruppen und Einsatz für UNO-Anliegen, beide $V = 0.27$). Personen, die der NATO beitreten möchten, tendieren auch zu einem EU-Beitritt und einer Teilnahme an der European Skyshield Initiative ($V = 0.26$).

4.5 Kooperation mit der NATO

Erstmals unterstützte im Januar 2023 eine knappe Mehrheit von 55% eine Annäherung an die NATO. Der Begriff der «Annäherung» ist jedoch nicht spezifisch definiert,³¹ und es bleibt unklar, wie die Befragten die Formulierung «sich der NATO annähern» genau verstehen. Das Ziel dieses Fokuskapitels besteht darin, die Formulierung «sich der NATO annähern» genauer zu klären. Es soll transparenter werden, welche konkreten Formen von NATO-Kooperationen Zustimmung oder Ablehnung seitens des Schweizer Stimmvolks erfahren. Dieses Fokuskapitel ergänzt somit die Ausführungen des vorangehenden Abschnittes.

Die strategischen Zielsetzungen der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und der NATO sind im rechtlich nichtbindenden Dokument «Individually Tailored Partnership Programme» (ITPP) festgehalten, aus dem 29 definierte Partnerschaftsziele entnommen werden können.³² Aus diesem Katalog von Zielen lassen sich Fragen an die Bevölkerung entwickeln, um messen zu können, welche Formen der Zusammenarbeit mit der NATO eine Zustimmung bzw. Ablehnung erfahren. Basierend auf diesem Dokument mit den strategischen Zielsetzungen wurden drei Dimensionen von Formen der Zusammenarbeit herausgearbeitet. Dies sind die Dimensionen der politischen und institutionellen Kooperation, der technologischen Kooperation und der operativen Kooperation. Die entwickelten sieben Aussagen, welche die drei Dimensionen der Zusammenarbeit mit der NATO messen, sind in der folgenden Tabelle 3 dargestellt:

Tabelle 3: Messung der Akzeptanz von Kooperationsformen mit der NATO

Dimension	Item
Politische und institutionelle Kooperation	«Die Schweiz sollte keine Gespräche mehr mit der NATO führen.»*
	«Die Schweiz sollte ein «Individuelles Partnerschaftsprogramm» mit der NATO planen.»
	«Die Schweiz sollte vermehrt Gastgeberin von gemeinsamen Veranstaltungen von der NATO sein.»
Technologische Kooperation	«Die Schweiz sollte zusammen mit der NATO militärisch nutzbare Technologien weiterentwickeln.»
	«Die Schweiz sollte vor allem Waffensysteme bevorzugen, wo zusammen mit der NATO verwendet werden können.»
Operative Kooperation	«Die Schweiz sollte ihre Luftüberwachung ohne die Hilfe von der NATO durchführen.»*
	«Die Schweiz sollte Milizsoldaten an gemeinsame Verteidigungsübungen mit der NATO schicken.»

* Diese zwei Aussagen beinhalten aus forschungsmethodischen Gründen in der Formulierung eine Negation, damit nicht alle Aussagen in die gleiche Richtung gepolt sind. So können Inkonsistenzen im Antwortverhalten aufgedeckt werden.

³¹ Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., De Rosa, S., Ferst, T., Rizzo, E., Robert, J. & Roost, T. (2023). Sicherheit 2023: Ausen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Sicherheit. Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich. <https://css.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-securities-studies/pdfs/Si2023.pdf>, 25.

³² Generalsekretariat VBS (Hrsg.). (2023). Faktenblatt: Zielsetzungen der Kooperation zwischen der Schweiz und der Nato für 2023 und 2024.

Resultate: Häufigkeitsverteilungen

In den Äusserungen der Befragten zu den verschiedenen Kooperationsformen mit der NATO fällt allgemein auf, dass die Antwortkategorie «eher einverstanden» häufiger genutzt wurde als die Antwortkategorie «sehr einverstanden» (siehe Abbildung 8). Dieses Muster erstreckt sich auch auf die ablehnenden Antwortmöglichkeiten: Die Befragten geben deutlich seltener «gar nicht einverstanden» an, um ihre Ablehnung auszudrücken, als «eher nicht einverstanden». Dieses Antwortverhalten kann dahingehend interpretiert werden, dass viele Befragte ihre Meinung über die Formen der Zusammenarbeit mit der NATO noch nicht gefestigt haben.

Eine Unterteilung der Kooperationsformen kann in mehrheitlich befürwortete, kontrovers diskutierte und eindeutig abgelehnte Kooperationsformen vorgenommen werden. Nachfolgend werden die Kooperationsformen in diesen Gruppen unterteilt deskriptiv erläutert.

Formen der Zusammenarbeit mit mehrheitlicher Befürwortung: Im Januar 2024 sprechen sich 88% der Schweizerinnen und Schweizer dafür aus, dass die Schweiz weiterhin Gespräche mit der NATO führen sollte. Umgekehrt stimmen 9% der Befragten zu, dass die Schweiz den Dialog mit der NATO einstellen sollte. Die Kooperation in Form von einem fortlaufenden Dialog erhält somit den höchsten Zuspruch unter allen abgefragten Kooperationsmöglichkeiten. An zweiter Stelle stehen die beiden Formen der technologischen Kooperation: Insgesamt befürworteten 72% der Befragten, dass die Schweiz gemeinsam mit der NATO militärisch nutzbare Technologien weiterentwickeln soll, und 69% sind der Ansicht, dass die Schweiz vor allem auf Waffensysteme setzen sollte, die zusammen mit der NATO verwendet werden können. Des Weiteren spricht sich mit 61% auch eine Mehrheit dafür aus, dass die Schweiz ein «Individuelles Partnerschaftsprogramm» mit der NATO plant.³³

Uneinigkeit herrscht bezüglich einer operativen Kooperation mit der NATO. 50% sind der Auffassung, die Schweiz sollte Milizsoldaten zu gemeinsamen Verteidigungsübungen mit der NATO entsenden, während 48% dafür plädieren, dass die Schweiz ihre Luftraumüberwachung ohne die Hilfe der NATO durchführen sollte. Umgekehrt sprechen sich damit 49% dafür aus, die Luftraumüberwachung mit Hilfe der NATO durchzuführen.

Eine klare Ablehnung erfährt der Vorschlag, dass die Schweiz vermehrt als Gastgeberin für gemeinsame NATO-Veranstaltungen fungieren sollte. Hierfür sprechen sich 42% der Stimmberechtigten aus. Eine Ausweitung der in der Schweiz stattfindenden NATO-Veranstaltungen wird somit mehrheitlich nicht befürwortet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die politische und institutionelle Kooperation mit der NATO breite Zustimmung erfährt, solange diese auf der Ebene von Gesprächen und Planungen bleibt. Ebenso spricht aus Sicht der Stimmbevölkerung nichts gegen eine technologische Kooperation mit der NATO. Dialoge, Planungen, die Entwicklung militärisch nutzbarer Technologien und die Präferenz für interoperable Waffensysteme sind Formen der Zusammenarbeit, die keine konkreten Handlungen mit kombattantem Charakter beinhalten. Diese Kooperationsformen werden von den Befragten akzeptiert.

³³ Bereits seit 2023 nutzt die Schweiz das Instrument des «Individuellen Partnerschaftsprogramms» (ITPP) (Vgl.: Der Bundesrat. (2022). Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 über die Folgen des Krieges in der Ukraine: Bericht des Bundesrates, S. 20). Die Ziele der Kooperation mit der NATO, welche im ITPP festgehalten werden, sind für 2023 und 2024 festgelegt (Vgl.: Der Bundesrat. (2023). Partnerschaft für den Frieden: Die Ziele der Kooperation zwischen der Schweiz und der Nato für 2023 und 2024 sind festgelegt [Pressemitteilung]. <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-97814.html>).

Abbildung 8: Einstellungen zu konkreten Kooperationsformen mit der NATO.

«Unabhängig davon, ob Sie allgemein eine Zusammenarbeit mit der NATO befürworten oder ablehnen, wie schätzen Sie die folgenden Aussagen zu einer Annäherung der Schweiz an die NATO ein?»

Angaben in Prozent, gerundet und inklusive der jeweiligen Summen

«Die Schweiz sollte zusammen mit der NATO militärisch nutzbare Technologien weiterentwickeln.»
2024 

«Die Schweiz sollte vor allem Waffensysteme bevorzugen, welche zusammen mit der NATO verwendet werden können.»

2024 

«Die Schweiz sollte ein «Individuelles Partnerschaftsprogramm» mit der NATO planen.»

2024 

«Die Schweiz sollte sich der NATO annähern.»

2024 

«Die Schweiz sollte Milizsoldaten an gemeinsame Verteidigungsübungen mit der NATO schicken.»

2024 

«Die Schweiz sollte ihre Luftüberwachung ohne die Hilfe der NATO durchführen.»

2024 

«Die Schweiz sollte vermehrt Gastgeberin von gemeinsamen Veranstaltungen der NATO sein.»

2024 

«Die Schweiz sollte der NATO beitreten.»

2024 

«Die Schweiz sollte keine Gespräche mehr mit der NATO führen.»

2024 

-  sehr einverstanden
-  eher einverstanden

nato|si24

Soziodemografische Einflüsse:

Signifikante regionale Unterschiede sind in Bezug auf die Zustimmung zur Planung eines «Individuellen Partnerschaftsprogramms» (ITPP) mit der NATO erkennbar. Während 66% der Befragten in der Deutschschweiz klar für die Planung des ITPP sind, herrscht in der Westschweiz und im Tessin Uneinigkeit über diese Kooperationsform (F-CH: 51%, Tessin: 43%; $V = 0.09$). Alle Sprachregionen befürworteten eine technologische Zusammenarbeit in Form der gemeinsamen Entwicklung militärisch nutzbarer Technologien. Die Deutschschweiz unterstützt dies jedoch deutlicher als die Westschweiz (D-CH: 76%, F-CH: 62%, Tessin: 59%; $V = 0.14$). Wenn es um die Präferenz von NATO-kompatiblen Waffensystemen geht, sprechen sich Befragte aus der Deutsch- und Westschweiz klar dafür aus (D-CH: 73%, F-CH: 62%, Tessin: 41%; $V = 0.13$).

Im Allgemeinen sind Frauen kritischer gegenüber den erfragten Kooperationsformen eingestellt. Frauen wünschen sich etwas öfters, dass die Schweiz keine Gespräche mehr mit der NATO führt (Männer: 8%, Frauen: 11%; $V = 0.14$). Männer befürworten eine technologische Kooperation signifikant stärker als Frauen. 80% der Männer unterstützen die Entwicklung militärisch nutzbarer Technologie mit der NATO, während dies 66% der Frauen unterstützen ($V = 0.13$). Männer befürworten auch stärker, mit der NATO kompatible Waffensysteme zu bevorzugen (Männer: 79%, Frauen: 61%; $V = 0.21$). Bei der Entsendung von Milizformationen zu gemeinsamen Verteidigungsübungen mit der NATO sind Männer und Frauen unterschiedlicher Meinung. Männer sprechen sich eher dafür aus, Frauen hingegen eher dagegen (Männer: 55%, Frauen: 45%; $V = 0.15$).

Generell sprechen sich 18–34-Jährige weniger stark für jegliche Kooperationsformen mit der NATO aus. Nur Befragte der jüngsten Altersgruppe sind sich nicht einig, ob sich die Schweiz der NATO durch die Planung eines «Individuellen Partnerschaftsprogramms» annähern sollte. Alle anderen Altersgruppen befürworten die Planung eines ITPP mehrheitlich (18–34-Jährige: 54%, 35–49-Jährige: 63%, 50–64-Jährige: 62%, ab 65-Jährige: 66%; $V = 0.10$). Dasselbe Bild zeigt sich beim Bevorzugen von NATO-kompatiblen Waffensystemen. Die jüngste Altersgruppe ist weniger stark dafür (18–34-Jährige: 55%, 35–49-Jährige: 69%, 50–64-Jährige: 75%, ab 65-Jährige: 76%; $V = 0.13$).

Befragte mit tiefer Bildung sind öfters der Meinung, die Schweiz solle keine Gespräche mehr mit der NATO führen, als Personen mit mittlerer Bildung. Am wenigsten sind Befragte mit hoher Bildung gegen das Führen von Gesprächen mit der NATO (tief: 21%, mittel: 13%, hoch: 6%; $V = 0.17$). Nur die Gruppe der Schweizer und Schweizerinnen mit tiefer Bildung ist uneins darüber, ob die Schweiz Waffensysteme bevorzugen sollte, welche zusammen mit der NATO verwendet werden können. Personen mit mittlerer und hoher Bildung stimmen dem jedoch klar zu (tief: 49%, mittel: 66%, hoch: 74%; $V = 0.12$). Personen mit hoher Bildung sind zusätzlich mehrheitlich auch nicht der Meinung, die Schweiz sollte ihre Luftüberwachung ohne Hilfe der NATO durchführen. Dahingegen sehen Personen mit mittlerer und tiefer Bildung in Bezug auf die Luftüberwachung eher einen Alleingang als sinnvoll für die Schweiz (tief: 60%, mittel: 56%, hoch: 40%; $V = 0.14$). Generell sprechen sich tiefer gebildete Schweizer und Schweizerinnen im Vergleich zu jenen mit hoher Bildung eher weniger stark für die erfragten Kooperationsformen mit der NATO aus.

Politisch rechts orientierte Befragte sind gegenüber Kooperationsformen mit der NATO skeptischer eingestellt als Befragte des linken Spektrums. 12% der Rechtsorientierten sprechen sich dafür aus, keine Gespräche mehr zu führen. Im linken Spektrum sind nur 6% gegen das Führen von Gesprächen mit der NATO (links: 6%, Mitte: 9%, rechts: 12%; $V = 0.13$). Personen aller politischen Gruppen sprechen sich für die Planung eines «Indi-

viduellen Partnerschaftsprogramms» aus. Befragte des rechten Spektrums tun dies jedoch weniger stark als jene der Mitte und des linken Spektrums (links: 68%, Mitte: 63%, rechts: 58%; $V = 0.12$). Die Mehrheit der politischen Mitte und der politisch rechtsorientierten Schweizer und Schweizerinnen sind dagegen, dass die Schweiz vermehrt Gastgeberin für NATO-Veranstaltungen ist. Befragte des politisch linken Spektrums sind sich hier uneinig (links: 50%, Mitte: 43%, rechts: 36%; $V = 0.11$). Politisch Rechtsstehende wollen mehrheitlich eine Luftüberwachung ohne die NATO, wohingegen sich nur eine Minderheit der politisch Linkseingestellten dafür ausspricht (links: 32%, Mitte: 48%, rechts: 58%; $V = 0.19$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Alle sieben Aussagen zur Kooperation mit der NATO wurden so konzipiert, dass sie eine bessere Einschätzung des Konzepts «Annäherung an die NATO» erlauben. Um dies messen zu können, wurde für jede Person aus allen sieben NATO-Kooperationsformen ein additiver «Annäherungs-Index» gebildet. Schweizer und Schweizerinnen, welche viele verschiedene Kooperationsformen befürworteten (und damit einen höheren Annäherungs-Index aufwiesen), finden eher, die Schweiz sollte sich der NATO annähern ($V = 0.45$) oder sogar der NATO beitreten ($V = 0.39$). Je mehr Formen der Zusammenarbeit mit der NATO eine befragte Person klar befürwortet (hoher Annäherungs-Index), desto eher ist sie der Meinung, dass sich die Schweiz an der European Skyshield Initiative beteiligen sollte ($V = 0.41$). Andererseits sinkt die Bereitschaft der Befragten, Bündnisse und Zusammenschlüsse aller Art einzugehen, je weniger klar diese für die erfragten Kooperationsformen mit der NATO sind ($V = 0.31$). Je stärker Stimmberechtigte der Meinung sind, dass sich die Schweiz nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen sollte, desto weniger Kooperationsformen werden befürwortet ($V = 0.32$). Personen, die viele Formen der Zusammenarbeit befürworteten, sind eher der Ansicht, dass die Schweiz sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen sollte ($V = 0.33$) und der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen sollte ($V = 0.29$). Insgesamt hängt die Zustimmung zu Kooperationsformen stark damit zusammen, ob Befragte sich für oder gegen eine allgemeine Annäherung an die NATO bzw. einen Beitritt zur NATO aussprechen.

4.6 Betonung nationaler und militärischer Autonomie

Die Studienreihe «Sicherheit» misst sowohl die Meinung zur militärischen wie auch zur nationalen Autonomie. Die Einstellung zur militärischen Eigenständigkeit wird mit der Aussage «die Schweiz sollte sich nur auf die eigene Landesverteidigung verlassen» erhoben. Ihre Meinung zur nationalen Autonomie können Befragte ausdrücken, in dem sie der Aussage «die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten» zustimmen oder sie ablehnen.

Militärische Autonomie

Mit 39% Zustimmung (14% «sehr einverstanden», 25% «eher einverstanden») ist die militärische Autonomie im Vergleich zum letzten Jahr wieder deutlich gestiegen (+6 Pp; siehe Abbildung 9). Verglichen mit den Erhebungen im Juni 2022 (+1 Pp) und Januar 2022 (-2 Pp) bleibt die Zustimmung unverändert. Trotz des starken Anstiegs der Zustimmung liegt der Wert weiterhin signifikant unter dem Zehnjahresschnitt von 43%.

Soziodemografische Einflüsse:

In der diesjährigen Erhebung zeigen sich weiterhin zwei sehr stabile soziodemografische Einflüsse: Befragte mit hohem Bildungsabschluss lehnen die militärische Autonomie mehrheitlich ab, während sich Schweizerinnen und Schweizer mit mittlerem Abschluss uneinig sind und Personen mit tiefer Bildung zustimmen (tief: 65%, mittel: 50%, hoch: 27%; $V = 0.22$). Angehörige des politisch rechten Spektrums befürworten die militärische Autonomie stärker als die politische Mitte. Das linke Lager spricht sich dezidiert dagegen aus (links: 17%, Mitte: 39%, rechts: 52%; $V = 0.26$). Die nach politischen Lagern aufgeschlüsselte Betrachtung zeigt auch, dass die wiedererstarkte Unterstützung der militärischen Autonomie eindeutig von rechts kommt. Nach dem letztjährigen Rückgang um -9 Pp nimmt die Zustimmung im rechten Lager in diesem Jahr wieder um +10 Pp zu.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Stimmberechtigte, die sich für die militärische Autonomie der Schweiz aussprechen, unterstützen vermehrt eine Schweiz, die sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhält ($V = 0.33$) und lehnen eine NATO-Annäherung ($V = 0.25$) und ein aktiveres Engagement für UNO-Anliegen ($V = 0.28$) eher ab.

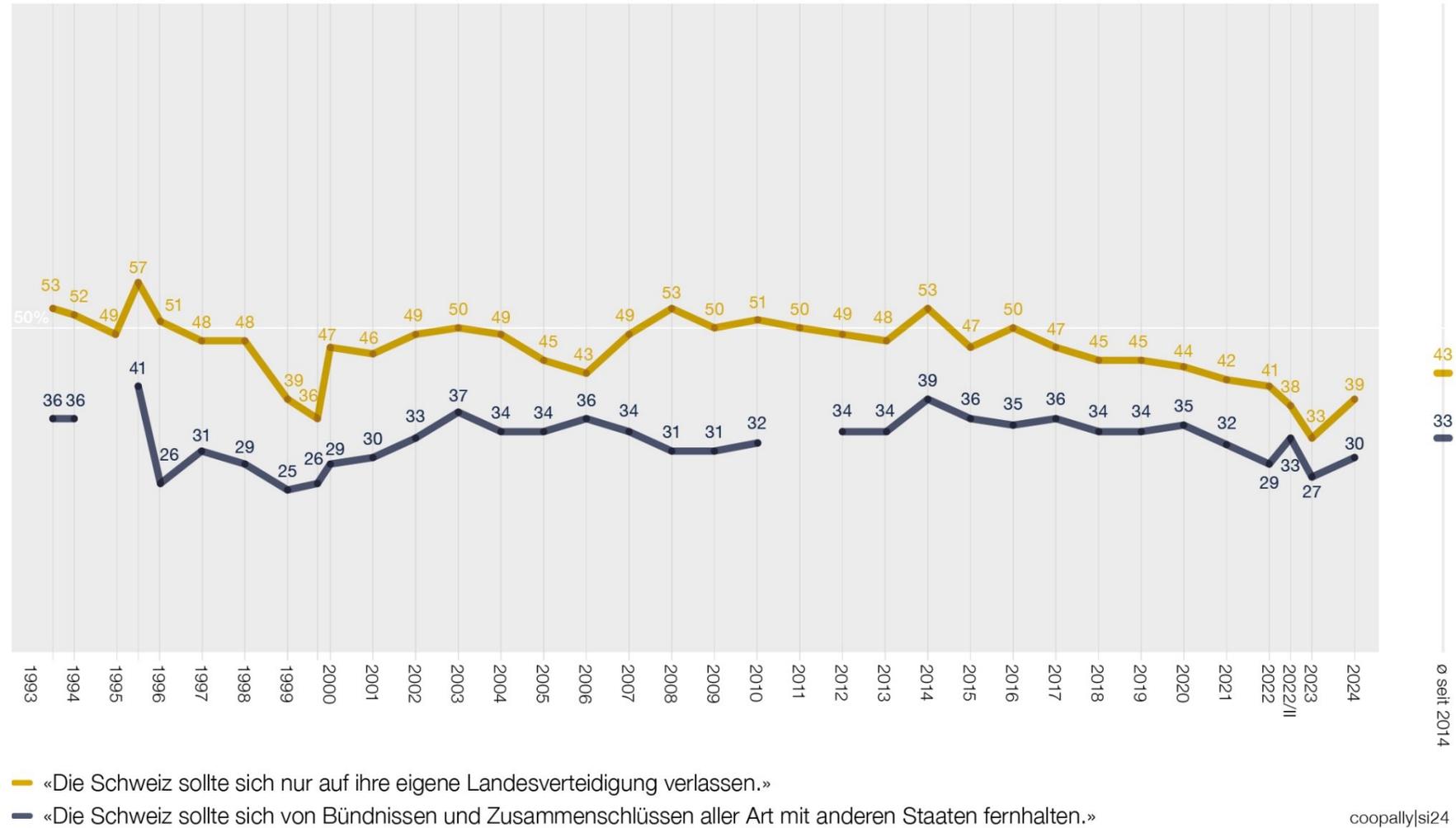
Nationale Autonomie

Im Januar 2024 stimmen 30% (+3 Pp) der Stimmberechtigten der Ansicht zu, dass sich die Schweiz von Bündnissen und Zusammenschlüssen mit anderen Staaten fernhalten sollte. 7% sind «sehr einverstanden» und 23% «eher einverstanden». Dieser Wert ist zwar nicht signifikant different vom letztjährigen (+3 Pp), liegt aber eindeutig unter der Zustimmung in der Erhebung von Juni 2022 (-3 Pp). Im Vergleich zum Januar 2022 (+1 Pp) ist die Zustimmung unverändert. Weiter liegt der Wert deutlich unter dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (\emptyset 2014 – 2024: 33%).

Abbildung 9: Indikatoren zur Betonung nationaler Autonomie

«Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Sowohl das Bildungsniveau wie auch die politische Einstellung stehen in einem Zusammenhang mit der Haltung zur nationalen Autonomie. Je höher die Bildung, desto eher lehnen Befragte die Forderung nach nationaler Autonomie ab (tief: 52%, mittel: 37%, hoch: 23%; $V = 0.20$). Gleiches gilt für linkere Befragte, welche die nationale Autonomie weniger unterstützen als rechtere (links: 14%, Mitte 32%, rechts: 40%; $V = 0.22$).

Die Zustimmungswerte der ganz rechten Befragten und des linken Lagers setzen sich nach oben respektive unten von der politischen Mitte ab. Die Gruppe der eher Rechten ist sich hingegen mit der Mitte einig (ganz links: 13%, eher links: 15%, in der Mitte: 32%, eher rechts: 32%, ganz rechts: 53%; $V = 0.20$).

Nachdem die älteste Alterskategorie jahrelang am meisten Zustimmung für die Forderung nach nationaler Autonomie zeigte, nimmt diese seit 2021 rapide ab. Mittlerweile haben sich die ältesten Befragten den anderen Altersgruppen komplett angeglichen.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Befragte, die der absoluten Autonomie der Schweiz zustimmen, unterstützen auch die militärische Autonomie ($V = 0.33$). Sie sprechen sich ausserdem öfters gegen ein stärkeres Engagement der Schweiz für die UNO ($V = 0.23$) und eher gegen die Zusammenarbeit mit der NATO aus (NATO-Annäherung: $V = 0.27$; NATO-Beitritt: $V = 0.21$).

4.7 Europäisches Bündnis im Bereich Luftverteidigung

Als Reaktion auf die russische Invasion in die Ukraine am 24. Februar 2022 haben sich 19 europäische Staaten in der sogenannten «European Skyshield Initiative» zusammengeschlossen, um ihre gemeinsame Luftverteidigung zu stärken.³⁴ Die Initiative soll die Verteidigung gegen Gefahren aus der Luft effektiver machen, die Beschaffung wirtschaftlicher gestalten und die Interoperabilität gewährleisten.³⁵ Trotz ihrer Neutralität sind sowohl die Schweiz wie auch Österreich Teil der Initiative. Dabei hielten beide Staaten ihre Neutralitätspolitischen Vorbehalte in einer Zusatzklärung fest, um die Teilnahme an militärischen Konflikten von vornherein auszuschliessen.³⁶ Obwohl die Teilnahme an der Skyshield Initiative keine Volksabstimmung benötigt, wurde die Initiative von den Schweizer Medien stark thematisiert.

In der Studie «Sicherheit» 2024 wird zum ersten Mal die Unterstützung zur Aussage «die Schweiz sollte sich an der «European Skyshield Initiative» zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Luftverteidigung beteiligen» erfragt. Im Januar 2024 stimmen dieser Aussage 62% der Stimmbevölkerung «sehr» (14%) oder «eher» (48%) zu. 29% stimmen dieser Aussage nicht zu (22% «eher einverstanden», 7% «gar nicht einverstanden») und ein vergleichsweise hoher Anteil von 9% der Stimmberechtigten macht hierzu keine Angabe. Insbesondere in der Romandie ist dieser Anteil hoch.

³⁴ Vieth, A. (2022, 31. Oktober). European Sky Shield – die Initiative im Überblick. Abgerufen am 8. März 2024, von <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/european-sky-shield-die-initiative-im-ueberblick-5511066>

³⁵ Amherd, V. (2023, 10. Oktober). Eine zukunftsfähige Sicherheitspolitik für die Schweiz. *Neue Zürcher Zeitung*, 18.

³⁶ Jirát, J., & Tobler, L. (2023, 12. Juli). *Sky Shield: Mit Rückenwind im Cockpit*. WOZ Die Wochenzeitung. Abgerufen am 14. Februar 2024, von <https://www.woz.ch/2328/sky-shield/mit-rueckenwind-im-cockpit/!7CJ3M8K2QR0F>

Abbildung 10: Teilnahme an der «European Skyshield Initiative»

«Im Folgenden habe ich zur Schweizer Aussenpolitik.
Wie stark würden Sie der Aussage zustimmen?»

Angaben in Prozent, gerundet

«Die Schweiz sollte sich an der «European Skyshield Initiative» zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Luftverteidigung beteiligen.»



- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden
- gar nicht einverstanden
- weiss nicht / keine Antwort

euskyschild|si24

Soziodemografische Einflüsse:

Auch in Bezug auf die Unterstützung für die Skyshield Initiative zeigen sich die bekannten Unterschiede zwischen den verschiedenen Alterskategorien: Ab 65-Jährige stimmen der Initiative signifikant stärker als 18-34-Jährige zu (18-34-Jährige: 56%, 35-49-Jährige: 60%, 50-64-Jährige: 63%, ab 65-Jährige: 69%; $V = 0.10$). Weiter unterstützen Männer (Männer: 72%, Frauen: 54%; $V = 0.15$) und Stimmberechtigte mit hoher Bildung die Teilnahme an der Skyshield Initiative stärker (tief: 55%, mittel: 57%, hoch: 68%; $V = 0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des vierten Kapitels:

Wer die Schweizer Teilnahme an der Skyshield Initiative bejaht, stimmt auch Kooperationen mit der NATO (Annäherung $V = 0.33$; Beitritt $V = 0.26$) und der UNO mit grösserer Wahrscheinlichkeit zu (UNO-Anliegen $V = 0.26$, Schweizer UNO-Friedenstruppen $V = 0.24$).

5 Neutralität

Die Neutralität der Schweiz ist selbstgewählt, immerwährend und bewaffnet.³⁷ Zudem ist die Neutralität ein prägendes Wesensmerkmal der Schweiz³⁸ und kann als Institution bezeichnet werden, da sie einen bedeutenden Einfluss auf die Aussen- und Sicherheitspolitik der Schweiz hat.³⁹ Aufgrund dessen wird ihr in der Studienreihe «Sicherheit» entsprechend grosse Aufmerksamkeit geschenkt.

Im Schweizer Kontext wird bei der Neutralität grundsätzlich zwischen dem Neutralitätsrecht (der Neutralität im engeren Sinn) und der Neutralitätspolitik (der Neutralität im weiteren Sinn) unterschieden. Während das Neutralitätsrecht spezifisch auf die militärische Neutralität begrenzt ist, besteht bei der Neutralitätspolitik ein vergleichsweise grosser Ermessens- und Gestaltungsspielraum («marge de manoeuvre»)⁴⁰.

Im Haager Abkommen von 1907 ist das Neutralitätsrecht festgeschrieben, in welchem auch die Rechte und Pflichten neutraler Staaten geregelt werden.⁴¹ Da das Neutralitätsrecht seither nicht weiterentwickelt wurde,⁴² sind Anwendungsschwierigkeiten in der sicherheitspolitischen Realität möglich. Die intensiven nationalen und internationalen Diskussionen zur Schweizer Neutralität im Kontext des Ukraine-Krieges sowie die Lancierung (25.10.2022) und Unterschriftensammlung der Neutralitätsinitiative⁴³ versinnbildlichen dies. Obschon sich Schweizer Medien 2023 intensiv mit der Neutralität auseinandersetzen, ging die Berichterstattung im Vergleich zu 2022 zurück.

Da die Neutralitätspolitik Massnahmen beinhaltet, die über die neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen hinausgehen, kann sie flexibler gestaltet werden. Unter dem Begriff «Neutralitätspolitik» werden jene Massnahmen summiert, die sowohl der Wirksamkeit als auch der Glaubwürdigkeit der neutralen Schweiz im internationalen System dienen. Die jeweilige Situation sowie die internationale Lage sind dabei wichtige Orientierungspunkte der Neutralitätspolitik.⁴⁴ Seit dem Ende des Kalten Krieges verfolgt die Schweiz eine akti-

³⁷ Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. (2022). *Die Neutralität der Schweiz*. Abgerufen am 8. August 2023, von https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/SchweizerischeAussenpolitik/neutralitaet-schweiz_DE.pdf, 6.

³⁸ Huber, M. (1932). *Grundlagen nationaler Erinnerungen*. Schulthess & Co., 57; Imhof, K. (2007). Sonderfalldiskurse und Pfadabhängigkeiten: der Fall Schweiz. In T. S. Eberle & K. Imhof, *Sonderfall Schweiz* (S. 25–55). Seismo Verlag; Mirow, W. (2012). The Idiosyncrasies of Contemporary Swiss Security Policy and Practice: A Strategic Culture-Based Explanation. *Contemporary Security Policy*, 33(2), 337–359. <https://doi.org/10.1080/13523260.2012.693799>; Widmer, P. (2008). Die Schweiz als Sonderfall: Grundlagen - Geschichte - Gestaltung. Verlag Neue Zürcher Zeitung.

³⁹ Havel, B. (2000). An International Law Institution in Crisis: Rethinking Permanent Neutrality. *Ohio State Law Journal*. <https://works.bepress.com/brian-havel/68/>

⁴⁰ Jauslin, C., Graf, C. & Schaad, L. (2022). *Kooperative Neutralität: Sieben Empfehlungen für ein Update der Schweizer Neutralität*. Foraus - Forum Aussenpolitik. https://foraus.ch/wp-content/uploads/2022/08/20220804_Neutralita%CC%88spolitik_WEB.pdf

⁴¹ Der Bundesrat. (2022). *Klarheit und Orientierung in der Neutralitätspolitik. Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 22.3385, Aussenpolitische Kommission SR, 11.04.2022*. Abgerufen am 10. August 2023, von <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefft?AffairId=20223385> Villiger, M. E. (2023). *Handbuch der schweizerischen Neutralität*. Schulthess Juristische Medien AG, Zürich Genf.

⁴² EDA 2022, 17.

⁴³ Bundeskanzlei. (2023). *Eidgenössische Volksinitiative 'Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)*. Abgerufen am 4. Dezember 2023, von <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis540.html>

⁴⁴ Bender, L. (2014). *Neutralität als Mittel der Sicherheitsgewährleistung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien. <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-03813-7>

ve und «differenzielle» Neutralität und kann sich an wirtschaftlichen Sanktionen gegenüber Kriegsparteien beteiligen, unternimmt jedoch keine militärischen Massnahmen.⁴⁵

Ausserdem ist bei der Neutralität zwischen der Wahrnehmung im Inland und im Ausland zu unterscheiden. Die Studienreihe «Sicherheit» bildet einen Teil der inländischen Sichtweise ab, indem sie Einstellungen der Stimmbevölkerung zur Neutralität und ihrer Funktionen aufzeigt.

2024 wurden neben den jährlich wiederkehrenden Standardfragen zur Neutralität auch die bereits im Juni 2022 und Januar 2023 gestellten Fragen hinsichtlich der Schweizer Sanktionen gegenüber Russland erneut erhoben.

5.1 Allgemeine Zustimmung zur Neutralität und ihrer Umsetzung

In der Studienreihe «Sicherheit» wird standardmässig neben der Einstellung gegenüber der Beibehaltung der Neutralität (Neutralitätsprinzip) auch die Auffassung gegenüber der «differenziellen» Neutralität erhoben. Wie bereits im Vorjahr 2023 wurde aktuell ebenso die Einstellung gegenüber einer klaren Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten im Ausland erfragt.

Neutralitätsprinzip

Nach wie vor befürwortet eine klare Mehrheit von 91% (± 0 Pp) die Beibehaltung der Neutralität (siehe Abbildung 11). 2024 liegt der Anteil unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (\emptyset 2014 – 2024: 95%). Infolgedessen liegt die Zustimmung im Vergleich zur Januar-Erhebung 2022 – also vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – signifikant tiefer (-6 Prozentpunkte; Pp). Gegenüber den Erhebungen im Juni 2022 ($+2$ Pp) als auch im Januar 2023 (± 0 Pp) zeigen sich hingegen keine statistisch signifikanten Veränderungen. Damit ist die Einstellung zum Neutralitätsprinzip seit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine stabil.

Soziodemografische Einflüsse:⁴⁶

Personen ab 65 Jahren unterstützen das Neutralitätsprinzip statistisch signifikant weniger stark als die anderen drei Alterskategorien (18–34-Jährige: 94%, 35–49-Jährige: 93%, 50–64-Jährige: 93%, ab 65-Jährige: 85%; $V = 0.11$)⁴⁷. Bei der politischen Einstellung zeigt sich, dass politisch links Eingestellte die Beibehaltung der Neutralität signifikant stärker ablehnen als Personen der politischen Mitte und rechts davon (links: 83%, Mitte: 94%, rechts: 94%; $V = 0.17$).

⁴⁵ EDA 2022, 6.

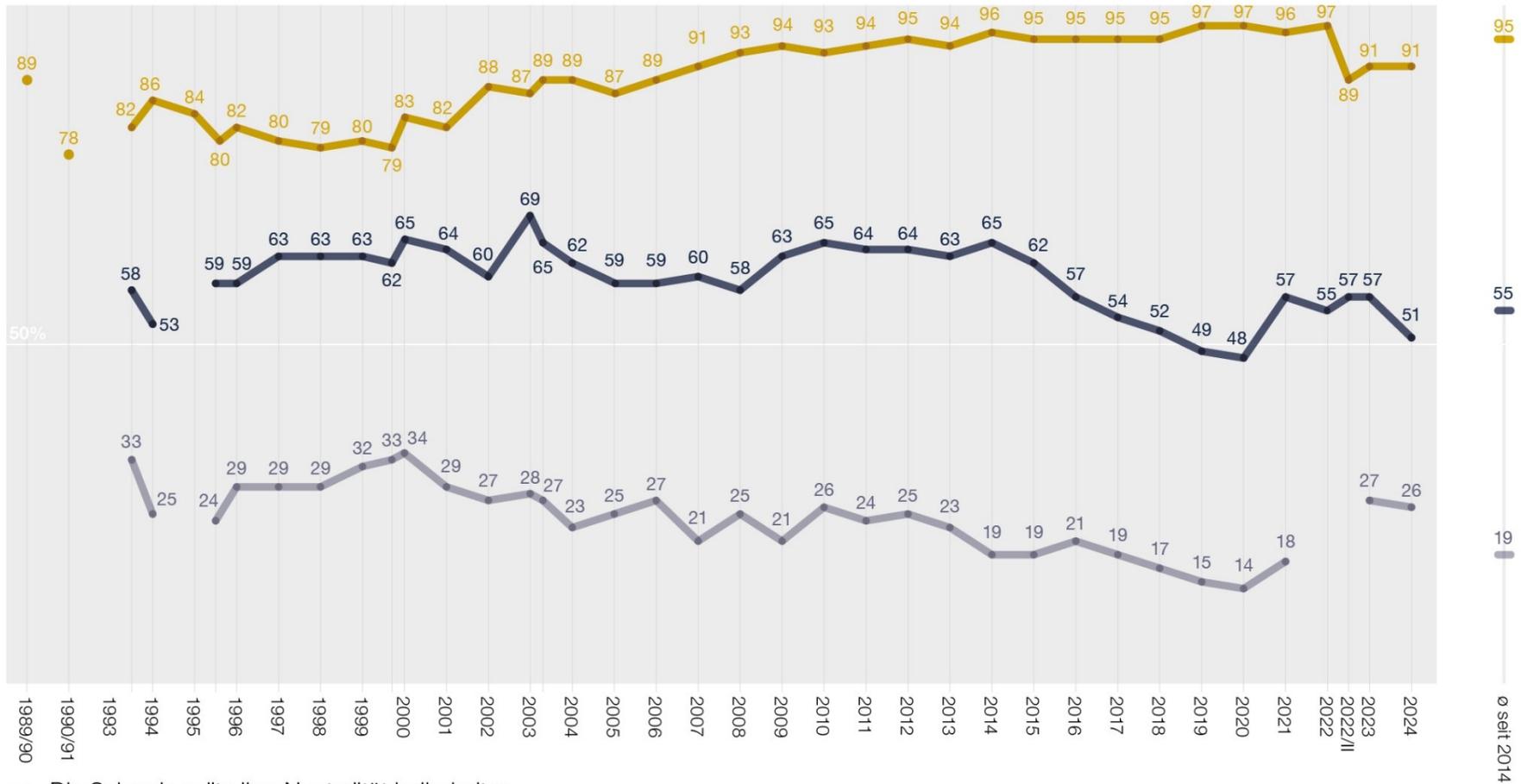
⁴⁶ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben.

⁴⁷ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

Abbildung 11: **Verschiedene Einstellungen zur Neutralität**

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität. Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



— «Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.»

— «Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.»

— «Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.»

ntratti|si24

Differenzielle Neutralität

Im Januar 2024 sind sich Stimmberechtigte mit einem Zustimmungswert von 51% hinsichtlich der «differenziellen» Neutralität⁴⁸ uneinig. Der im Jahr 2024 gemessene Wert liegt unter dem Zehnjahresdurchschnitt (Ø 2014 – 2024: 55%). Auch ist die Zustimmung gegenüber der Erhebung im Januar 2023 (–6 Pp) signifikant tiefer. Ebenso ist die Zustimmung zwischen Juni 2022 (57%) und Januar 2024 (51%) statistisch signifikant gesunken. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung vor Ausbruch des Ukraine-Krieges (Januar 2022: 55%) und der aktuellen Erhebung (51%) ist die Einstellung indes unverändert.

Soziodemografische Einflüsse:

Junge Personen stimmen der «differenziellen» Neutralität weniger stark zu als Ältere, wobei 35–49-Jährige diesbezüglich uneinig sind, und ab 50-Jährige diese mehrheitlich bejahen (18–34-Jährige: 38%, 35–49-Jährige: 48%, 50–64-Jährige: 54%, ab 65-Jährige: 61%; $V = 0.12$). Für die Deutschschweiz wird eine stärkere Zustimmung als in den anderen beiden Sprachregionen gemessen (D-CH: 54%, F-CH: 42%, Tessin: 51%; $V = 0.10$). Während Personen der politischen Mitte die «differenzielle» Neutralität mehrheitlich unterstützen, sind sich politisch Rechts- wie auch Linkseingestellte in dieser Frage uneins (links: 52%, Mitte: 56%, rechts: 48%; $V = 0.10$). Zudem zeigt sich, dass Personen mit einer hohen Bildung die «differenzielle» Neutralität eher ablehnen (tief: 64%, mittel: 57%, hoch: 46%; $V = 0.10$).

Klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland

Dass die Schweiz auch bei militärischen Konflikten klar Stellung beziehen sollte, wird im Januar 2024 von 26% (–1 Pp) der Befragten bejaht. Während im Vergleich zur Erhebung im Januar 2021 diese Einstellung signifikant gestiegen (+9 Pp) ist, bleibt sie gegenüber Januar 2023 statistisch unverändert (–1 Pp). Der aktuell gemessene Wert liegt deutlich über dem Mittel der letzten zehn Jahre (Ø 2014 – 2024: 19%).

Soziodemografische Einflüsse:

Beim Alter zeigt sich, dass ältere Stimmberechtigte eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland stärker bejahen als jüngere (18–34-Jährige: 17%, 35–49-Jährige: 24%, 50–64-Jährige: 30%, ab 65-Jährige: 33%; $V = 0.11$). In der Westschweiz (D-CH: 29%, F-CH: 14%, Tessin: 38%; $V = 0.12$) und bei Frauen (Männer: 31%, Frauen: 22%; $V = 0.14$) wird eine geringere Zustimmung gemessen. Politisch links Eingestellte befürworten eine klare Stellungnahme stärker (links: 36%, Mitte: 24%, rechts: 23%; $V = 0.14$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:⁴⁹

Befragte, welche sich gegen die Beibehaltung der Neutralität aussprechen, bejahen eine Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.27$) eher.

⁴⁸ In der Studienreihe «Sicherheit» wird die «differenzielle» Neutralität mit dem Wortlaut «die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben», gemessen.

⁴⁹ In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanzhaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

5.2 Solidaritäts- und Identitätsfunktion

Standardmässig wird im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» zwischen der Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität unterschieden. Während die Solidaritätsfunktion misst, ob die Schweiz dank der Neutralität bei internationalen Konflikten ihre «Guten Dienste» anbieten kann, wird mit der Identitätsfunktion gemessen, inwieweit die Neutralität eng mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden ist.

Solidaritätsfunktion, Vermittlerrolle

Neun von zehn Stimmberechtigte (90%, –2 Pp) stimmen der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität in Konflikten vermitteln und international «Gute Dienste» leisten kann (siehe Abbildung 12). Während diese Einstellung gegenüber Januar 2023 unverändert ist (92%, –2 Pp), ist die Zustimmung gegenüber der Befragung im Juni 2022 (91%, –1 Pp) und vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine (Januar 2022: 95%, –5 Pp) signifikant gesunken.⁵⁰ Der aktuelle Wert liegt unter dem Schnitt der letzten zehn Jahre (Ø 2014 – 2024: 93%).

Soziodemografische Einflüsse:

Bei der Solidaritätsfunktion zeigen sich 2024 keine signifikanten Unterschiede zwischen den verschiedenen soziodemografischen Merkmalen.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Personen, die sich für die Solidaritätsfunktion aussprechen, befürworten das Neutralitätsprinzip ($V = 0.26$) öfters und lehnen entsprechend deutlich häufiger eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.18$) ab.

Identitätsfunktion

Stimmberechtigte sprechen auch 2024 mit einer Zustimmung vom 79% (–1 Pp) der Neutralität als Bestandteil der Schweizer Identität (Neutralität untrennbar mit dem Staatsgedanken der Schweiz verbunden) eine grosse Bedeutung zu (siehe Abbildung 12). Während diese Einstellung gegenüber Januar 2023 (–1 Pp) und Juni 2022 (+1 Pp) unverändert bleibt, liegt die Zustimmung im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 – also vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – statistisch signifikant tiefer (–8 Pp). Die Einstellung gegenüber der Identitätsfunktion der Neutralität liegt 2024 unter dem langjährigen Durchschnitt (Ø 2014 – 2024) von 84%.

Soziodemografische Einflüsse:

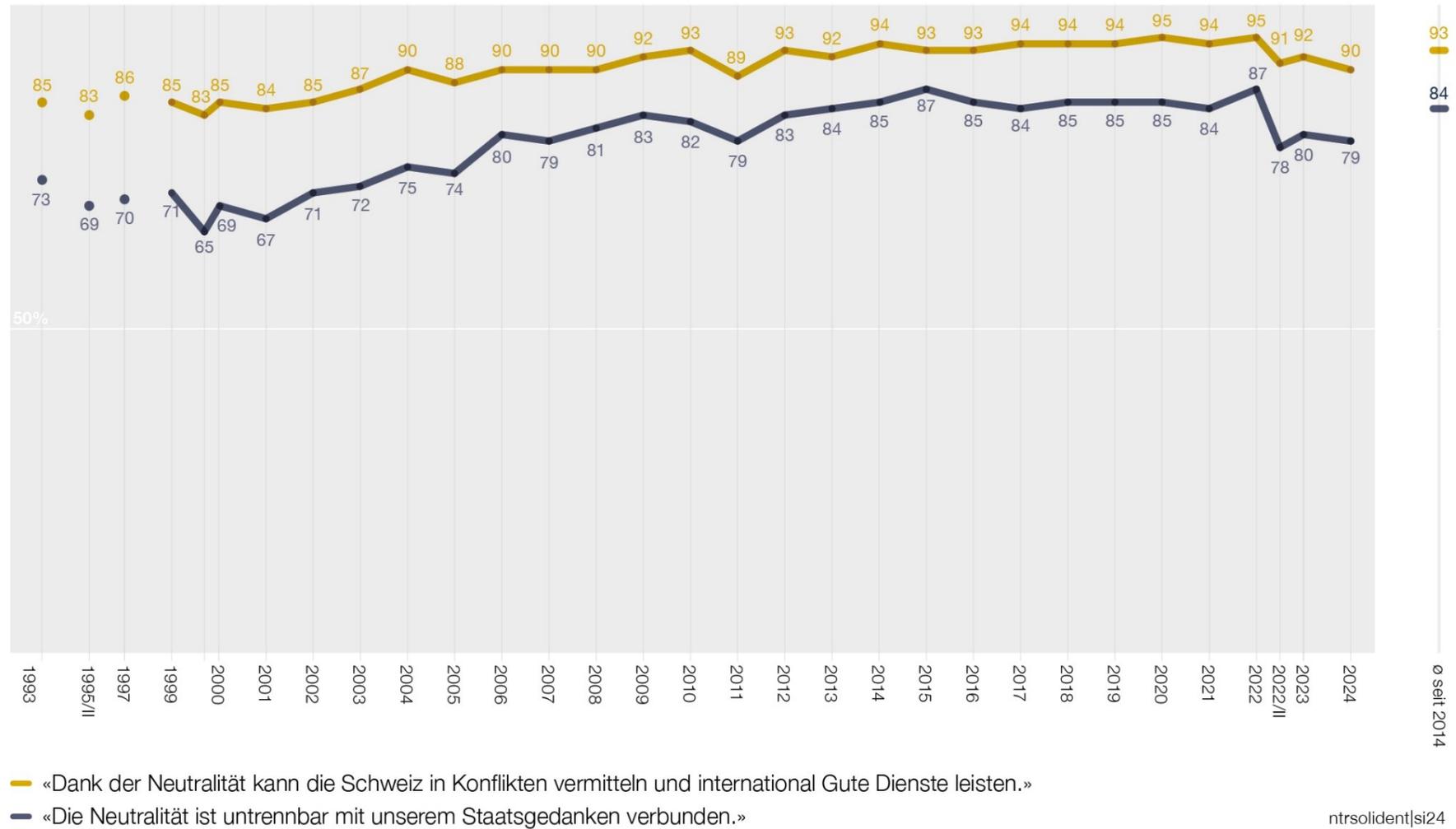
Während sich 2024 bei der Solidaritätsfunktion keine signifikanten soziodemografischen Unterschiede zeigen, gibt es beim Zustimmungsgrad der Identitätsfunktion der Neutralität Unterschiede bei der politischen Einstellung. Personen des politischen linken Spektrums lehnen die Identitätsfunktion der Neutralität stärker ab (links: 68%, Mitte: 80%, rechts: 85%; $V = 0.13$).

⁵⁰ Dabei ist der statistisch signifikante Unterschied auf die unterschiedlich starke Präferenz der Antwortkategorie «sehr einverstanden» (Januar 2024: 41%, Januar 2023: 45%, Juni 2022: 46%, Januar 2022: 50%) zurückzuführen. Sowohl im Januar 2022 als auch Juni 2022 antworteten mehr Stimmberechtigte mit «sehr einverstanden» als im Januar 2024.

Abbildung 12: Solidaritäts- und Identitätsfunktion der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befürwortende der Identitätsfunktion bejahen neben der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.36$) öfters auch die Solidaritätsfunktion der Neutralität ($V = 0.27$). Gleichzeitig bejahen sie seltener eine Stellungnahme der Schweiz bei militärischen Konflikten ($V = 0.21$).

5.3 Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

Anhand der beiden Ansichten, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (Schutz vor Konflikten) und, dass die Neutralität heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden kann (Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität), wird standardmässig in der Studienreihe «Sicherheit» die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität gemessen. Wie bereits im Vorjahr wurde 2024 erneut die Einstellung hinsichtlich der Schutzwirkung eines militärischen Bündnisses in Europa erhoben (siehe Abbildung 13).

Schutz vor Konflikten

Eine Mehrheit von 61% (+6 Pp) stimmt 2024 signifikant stärker als 2023 der Aussage zu, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird. Im Vergleich zur Erhebung im Januar 2022 – vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – ist der aktuell gemessene Wert aber signifikant tiefer (–8 Pp). Damit liegen die nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine gemessenen Werte unter dem Zehnjahresschnitt von 64%.

Soziodemografische Einflüsse:

Personen mit hoher Bildung sind signifikant weniger oft der Meinung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird (tief: 72%, mittel: 67%, hoch: 55%; $V = 0.13$). Im Vergleich zur Befragung im Januar 2022 ist vor allem bei Stimmberechtigten mit hoher Bildung der Glaube an die Schutzfunktion der Neutralität gesunken. Während sich politisch links Eingestellte mit 50% diesbezüglich uneinig sind, ist die Zustimmung bei der politischen Mitte und rechts davon im Mehrheitsbereich (links: 50%, Mitte: 63%, rechts: 66%; $V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befragte, die der Auffassung sind, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte hineingezogen wird, anerkennen neben der Identitätsfunktion ($V = 0.25$) und der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.24$) auch öfters die Solidaritätsfunktion ($V = 0.20$).

Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität

49% (-3 Pp) der Stimmberechtigten geben im Januar 2024 an, dass die bewaffnete Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Diese skeptische Haltung bleibt gegenüber den Erhebungen im Januar 2023 (-3 Pp), Juni 2022 (-2 Pp) und Januar 2022 (+2 Pp) statistisch unverändert. Damit zeigt sich bei keinem der letzten vier Messpunkte eine zustimmende oder ablehnende Mehrheit. Der 2024 gemessene Wert liegt knapp über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (Ø 2014 – 2024: 48%).

Soziodemografische Einflüsse:

Befragte des politisch linken Spektrums sind knapp mehrheitlich davon überzeugt, dass die Neutralität heute nicht mehr militärisch glaubhaft geschützt werden kann. Während sich Personen der politischen Mitte bei dieser Frage uneinig zeigen, ist nur eine Minderheit der Befragten des politisch rechten Spektrums dieser Meinung (links: 55%, Mitte: 51%, rechts: 45%; $V = 0.10$). Insbesondere teilen aktuell auch junge Erwachsene deutlich seltener die Meinung, dass die Neutralität heute nicht mehr glaubhaft militärisch geschützt werden kann (18–34-Jährige: 42%, ab 35-Jährige: 51%; $V = 0.11$).

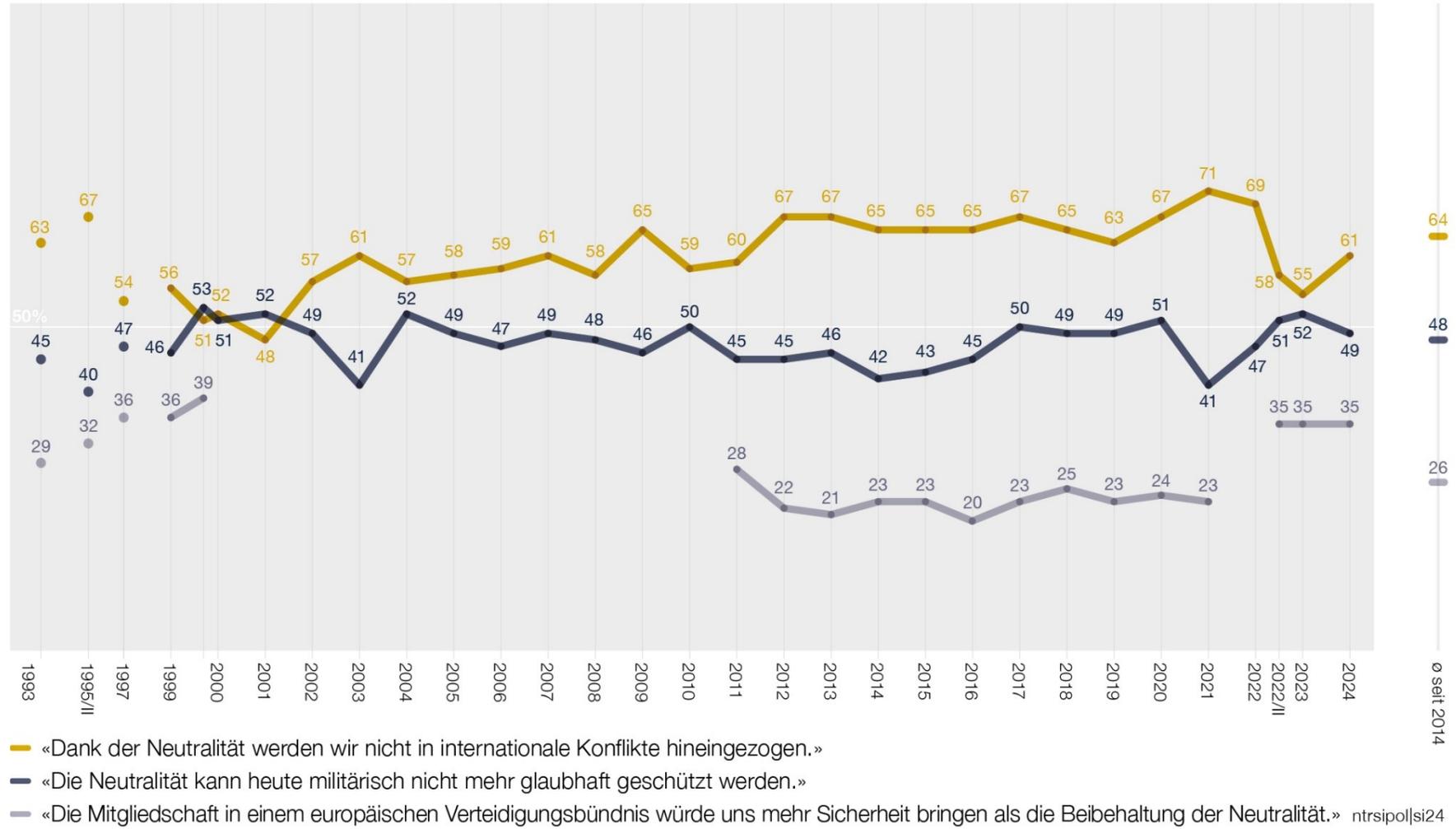
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Befragte, die nicht von der bewaffneten Neutralität überzeugt sind, stehen der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.21$), den «Guten Diensten» ($V = 0.19$) sowie der Identitätsfunktion der Neutralität ($V = 0.19$) ablehnender gegenüber. Gleichzeitig stimmen sie aber der «differenziellen» Neutralität ($V = 0.21$) sowie der klaren Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland stärker zu ($V = 0.21$).

Abbildung 13: Sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses

Im Januar 2024 sind 35% (± 0 Pp) der Stimmbevölkerung der Auffassung, dass die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bringen würde als die Beibehaltung der Neutralität (siehe Abbildung 13). Gegenüber den Umfragen im Januar 2023 (± 0 Pp) und Juni 2022 (± 0 Pp) ist diese Einstellung unverändert. Im Vergleich zur letztmaligen Erhebung vor dem Ukraine-Krieg (Januar 2021: 23%) ist die Zustimmung 2024 signifikant gestiegen (+12 Pp). Der aktuell gemessene Wert liegt deutlich über dem Zehnjahresdurchschnitt von 26%.

Soziodemografische Einflüsse:

In den Messungen seit Ausbruch des Ukraine-Krieges (24.02.2022) weisen besonders ältere Stimmberechtigte eine überdurchschnittliche Zustimmung zur Aussage, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit bieten würde als die Beibehaltung der Neutralität, auf (18–34-Jährige: 22%, 35–49-Jährige: 33%, 50–64-Jährige: 37%, ab 65-Jährige: 46%; $V = 0.12$) Politisch rechts Eingestellte sind signifikant weniger stark von der Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses überzeugt (links: 45%, Mitte: 36%, rechts: 28%; $V = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Stimmberechtigte, die in der Mitgliedschaft in einem europäischen Militärbündnis mehr Sicherheit als in der Beibehaltung der Neutralität sehen, befürworten neben der klaren Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.29$) auch die «differenzielle» Neutralität ($V = 0.23$) häufiger. Im Zuge der Befürwortung der Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses lehnen Befragte das Neutralitätsprinzip ($V = 0.28$) als auch die Identitätsfunktion ($V = 0.25$) vermehrt ab. Ebenso wird die Auffassung, dass die Schweiz dank der Neutralität nicht in internationale Konflikte verwickelt wird ($V = 0.20$), häufiger verneint.

5.3 Neutralität: ein Wert an sich oder ein Hindernis?

Wird die Neutralität von den Befragten eher als ein Wert an sich oder als ein Hindernis wahrgenommen? Dies wird zum einen mit der Aussage, inwiefern es sich aus Sicht der Stimmberechtigten bei der Neutralität um einen finalen Wert handelt, zum anderen mit der Frage, ob die gegenseitigen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten Neutralität verhindern, gemessen (siehe Abbildung 14).

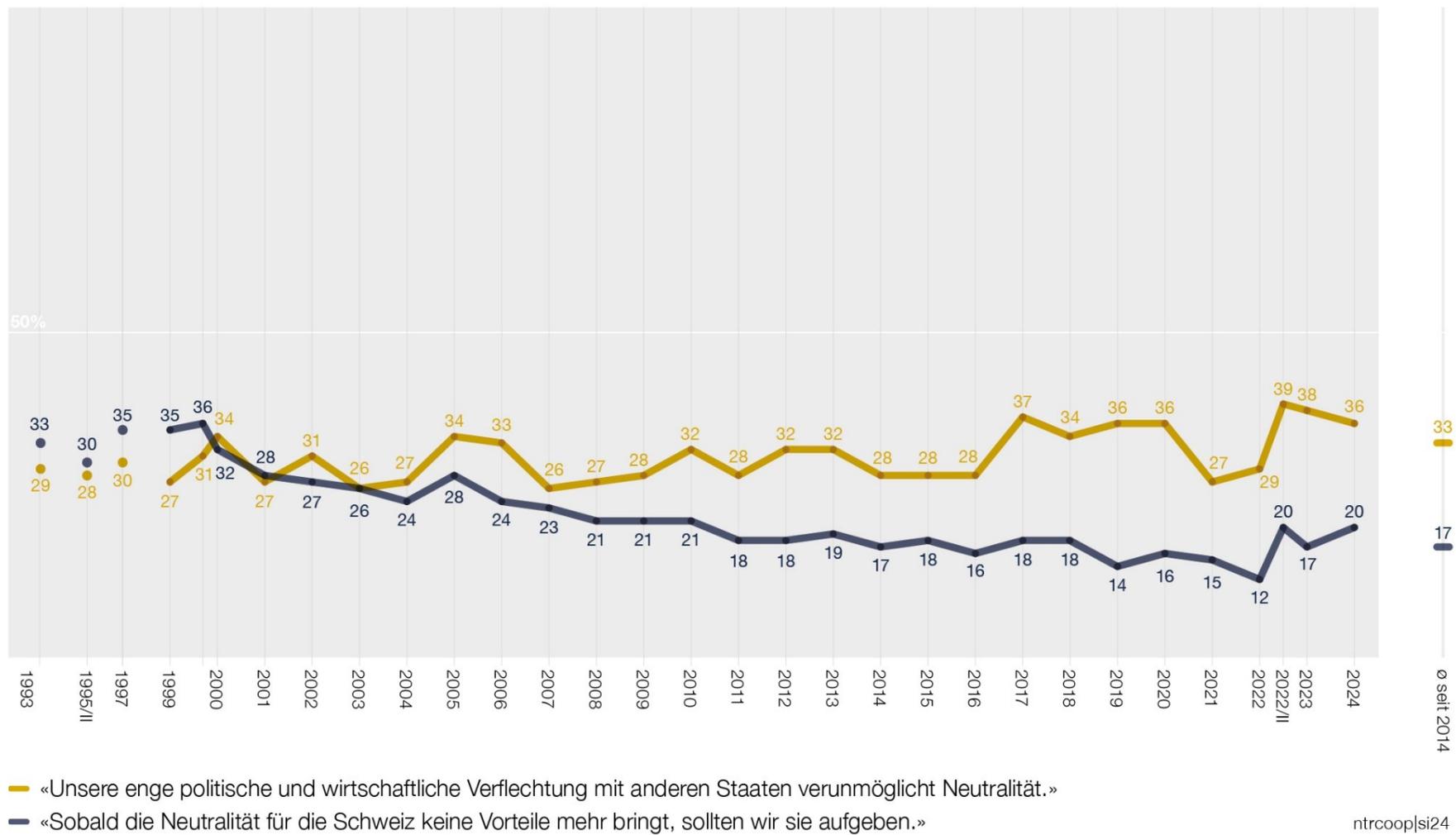
Wirtschaftliche und politische Verflechtung verunmöglicht Neutralität

36% (-2 Pp) der Stimmberechtigten stimmen im Januar 2024 der Auffassung zu, dass die politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche. Dabei wird gegenüber Januar 2023 (38%, -2 Pp) und Juni 2022 (39%, -3 Pp) keine Einstellungsveränderung festgestellt. Im Vergleich zu Januar 2022 (29%, $+7$ Pp) – also kurz vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine – zeigt sich aber, dass diese Einstellung signifikant um 7 Pp gestiegen ist. Der aktuell gemessene Wert von 36% liegt über dem Zehnjahresdurchschnitt (\emptyset : 33%).

Abbildung 14: Neutralität und internationale Verflechtung

«Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik der Neutralität.
Welchen der folgenden Aussagen würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:

Im Gegensatz zu Männern sind Frauen etwas stärker der Auffassung, dass die politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen Staaten Neutralität verunmöglicht (Männer: 35%, Frauen: 39%; $V = 0.13$). Ebenso sind Stimmberechtigte aus dem ganz linken politischen Lager deutlich öfters der Ansicht, dass die Verflechtungen mit anderen Staaten die Neutralität verunmögliche (ganz links: 56%, eher links: 39%, in der Mitte: 37%, eher rechts: 34%, ganz rechts: 30%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Stimmberechtigte, welche in den wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen eine Verunmöglichung der Neutralität sehen, lehnen die Solidaritätsfunktion ($V = 0.22$) vermehrt ab. Zudem kann für diese Befragten die Neutralität heute militärisch weniger glaubhaft geschützt werden ($V = 0.26$) und sie sehen in einem europäischen Militärbündnis mehr Sicherheit als in der Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.21$).

Ein Wert an sich (finaler Wert)

Obschon aktuell gegenüber Januar 2023 die Zustimmung, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese keine Vorteile mehr bietet, signifikant gestiegen ist (20%, +3 Pp), bleibt die Neutralität für die Mehrheit der Befragten auch 2024 ein finaler Wert an sich. Dabei zeigt sich gegenüber Juni 2022 (20%, ± 0 Pp) keine statistisch signifikante Veränderung. Im Vergleich zur Zeit vor dem Krieg in der Ukraine – also im Januar 2022 (12%) – ist 2024 die Zustimmung signifikant höher (+8 Pp). Die aktuell gemessene Zustimmung zur Auffassung, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese keine Vorteile mehr bietet, liegt über dem Mittel der letzten zehn Jahre (\emptyset : 17%).

Soziodemografische Einflüsse:

Stimmberechtigte des politisch linken Spektrums würden die Neutralität signifikant häufiger abschaffen, wenn sie keine Vorteile mehr bietet als Personen der politischen Mitte und rechts davon (links: 27%, Mitte: 17%, rechts: 17%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Stimmberechtigte, die zustimmen, dass die Neutralität abgeschafft werden sollte, sobald diese der Schweiz keine Vorteile mehr bietet, stehen dem Neutralitätsprinzip ($V = 0.30$) ablehnender gegenüber. Hingegen stimmen sie einer klaren Stellungnahme bei militärischen Konflikten ($V = 0.25$) öfters zu. Für diejenigen, für welche Neutralität kein finaler Wert ist, bietet ein europäisches Verteidigungsbündnis der Schweiz tendenziell mehr Sicherheit als die Beibehaltung der Neutralität ($V = 0.27$).

5.4 Neutralität und Schweizer Sanktionen gegenüber Russland

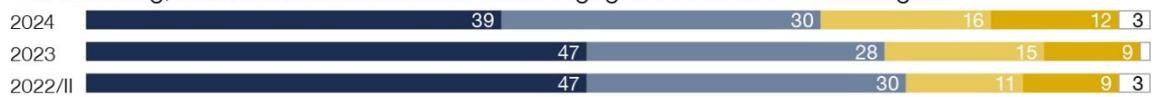
Bedingt durch den andauernden Ukraine-Krieg wurden auch in der Studie «Sicherheit 2024» die Fragen zu den Sanktionen der Schweiz gegenüber Russland aus der Nachbefragung im Juni 2022 erneut gestellt (siehe Abbildung 15).

Abbildung 15: Schweizer Sanktionen gegenüber Russland

«Wegen dem Krieg in der Ukraine wurden Sanktionen gegen Russland verhängt. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Rolle der Schweiz. Wie sehr sind Sie mit den Aussagen einverstanden?»

Angaben in Prozent, gerundet

«Es ist richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt.»



«Ich bin der Meinung, dass die Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität der Schweiz vereinbar sind.»



«Weil die Schweiz die Sanktionen mitträgt, kann sie ihre Guten Dienste nicht mehr anbieten.»



sehr einverstanden
 eher nicht einverstanden
 weiss nicht / keine Antwort
 eher einverstanden
 gar nicht einverstanden

sanct|si24

Gegenüber der im Juni 2022 durchgeführten Nachbefragung und der Januar-Erhebung 2023 werden 2024 bei allen drei erhobenen Fragen signifikante Einstellungsveränderungen festgestellt. Obschon im Januar 2024 immer noch eine Mehrheit von 69% der Stimmbevölkerung der Auffassung ist, dass es richtig ist, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt, ist die Zustimmung gegenüber Juni 2022 (–8 Pp) als auch gegenüber Januar 2023 (–6 Pp) signifikant gesunken. Ebenso ist die Zustimmung, dass die übernommenen Sanktionen mit der Schweizer Neutralität vereinbar sind, mit 64% geringer. Gegenüber Januar 2023 (–6 Pp) und Juni 2022 (–7 Pp) wird 2024 auch hier eine signifikant kleinere Zustimmung gemessen. Auch wenn die Meinung, dass die Schweiz bedingt durch das Mittragen der von der EU übernommenen Sanktionen ihre «Guten Dienste» nicht mehr anbieten kann, immer noch von einer Minderheit befürwortet wird, ist die Zustimmung 2024 signifikant auf 41% gestiegen. Im Januar 2023 (34%, –7 Pp) und Juni 2022 (36%, –5 Pp) waren signifikant weniger Stimmberechtigte dieser Auffassung.

Somit zeigt sich, dass die Stimmbevölkerung zwar immer noch mehrheitlich die Sanktionen der Schweiz gegenüber Russland für richtig erachtet und deren Vereinbarkeit mit der Neutralität bejaht – diese aber zusehends kritischer bewertet. Der Anteil, der befürchtet, dass die Schweiz durch die mitgetragenen Sanktionen ihre «Guten Dienste» nicht mehr anbieten kann, erhält im Zuge der kritischeren Sichtweise vermehrt Zuspruch.

Soziodemografische Einflüsse:

Von der Richtigkeit der Sanktionen sind Befragte in der Deutschschweiz (D-CH: 73%, F-CH: 60%, Tessin: 51%; $V = 0.12$), Personen mit hoher Bildung (tief: 53%, mittel: 63%, hoch: 76%; $V = 0.13$), sowie Männer (Männer: 72%, Frauen: 67%; $V = 0.11$) signifikant stärker überzeugt. 18–34-Jährige stimmen dieser Auffassung signifikant seltener zu (18–34-Jährige: 57%, 35–49-Jährige: 71%, 50–64-Jährige: 71%, ab 65-Jährige: 77%; $V = 0.13$). Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto weniger ist sie von der Richtigkeit der Sanktionen überzeugt (links: 85%, Mitte: 71%, rechts: 60%; $V = 0.20$).

In der Deutschschweiz (D-CH: 68%, F-CH: 56%, Tessin: 49%; $V = 0.10$) als auch bei Männern (Männer: 68%, Frauen: 60%; $V = 0.13$) ist die Ansicht stärker vertreten, dass die Sanktionen mit der Neutralität vereinbar sind. Dahingegen teilen 18–34-Jährige diese Auffassung signifikant weniger oft (18–34-Jährige: 49%, 35–49-Jährige: 64%, 50–64-Jährige: 67%, ab 65-Jährige: 74%; $V = 0.14$). Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto weniger ist sie davon überzeugt, dass die Schweizer Sanktionen mit der Neutralität vereinbar sind (links: 78%, Mitte: 66%, rechts: 55%; $V = 0.17$).

Die Einstellung, ob die «Guten Dienste» wegen der Sanktionen nicht mehr möglich sind, wird vom Bildungsniveau und der politischen Einstellung beeinflusst. Im Gegensatz zu Personen mit mittlerem Bildungsniveau wird bei Stimmberechtigten mit hoher Bildung eine geringere Zustimmung gemessen (tief: 47%, mittel: 47%, hoch: 37%; $V = 0.11$). Je weiter rechts eine Person eingestellt ist, desto stärker sieht sie durch die mitgetragenen Sanktionen die «Guten Dienste» der Schweiz in Gefahr (links: 31%, Mitte: 40%, rechts: 50%; $V = 0.15$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des fünften Kapitels:

Wer das Mittragen der Sanktionen als richtig erachtet, ist vermehrt der Auffassung, dass ein europäisches Verteidigungsbündnis mehr Sicherheit als die Beibehaltung der Neutralität bietet ($V = 0.28$) und befürwortet eine klare Stellungnahme bei militärischen Konflikten im Ausland ($V = 0.26$) stärker. Stimmberechtigte, welche die mitgetragenen Sanktionen als richtig erachten, sind auch öfters der Ansicht, dass die Sanktionen mit der Neutralität kompatibel sind ($V = 0.58$) und sehen darin seltener eine Gefährdung der «Guten Dienste» ($V = 0.36$).

Befragte, für die durch die Schweiz ergriffenen Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität vereinbar sind, stimmen der «differenziellen» Auslegung der Neutralität häufiger zu ($V = 0.20$) und sehen darin seltener eine Gefährdung der «Guten Dienste» ($V = 0.34$). Sie stimmen gleichzeitig der Schutzwirkung eines europäischen Militärbündnisses stärker zu ($V = 0.25$).

Stimmberechtigte, die durch das Mittragen der EU-Sanktionen gegenüber Russland die «Guten Dienste» in Gefahr sehen, sind häufiger der Auffassung, dass die Sanktionen nicht mit der Neutralität vereinbar sind ($V = 0.34$) und dass es daher nicht richtig ist, dass die Sanktionen mitgetragen werden ($V = 0.36$).

6 Verteidigungspolitik: Das Verhältnis Armee und Gesellschaft

In diesem Kapitel werden unter dem Begriff Verteidigungspolitik Fragen subsummiert, die das Verhältnis zwischen Armee und Gesellschaft charakterisieren.

Als wichtiges sicherheitspolitisches Instrument erhält die Armee in der Studienreihe «Sicherheit» umfassende Aufmerksamkeit.⁵¹ Traditionellerweise wird das Verhältnis zwischen der Armee und der Gesellschaft (zivil-militärische Beziehungen) anhand von sechs Dimensionen gemessen. Als erste Dimension ist dabei die Wahrnehmung der Notwendigkeit der Armee zu nennen. Zweitens wird der gewünschte Ausrüstungs- und Ausbildungsstand der Armee und drittens die gesellschaftliche Rolle der Armee erfragt. Daneben werden die Einstellungen zur Wehr- und Rekrutierungsform, zur Zufriedenheit mit der Leistung der Armee und schlussendlich die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben als sechste Dimension erhoben. Als Fokusthema der Studie «Sicherheit 2024» wird zudem erfragt, wie die Stimmbevölkerung zur Stärkung des Bewusstseins für die Landesverteidigung steht und ob schulpflichtige Jugendliche über die Aufgaben der Armee informiert werden sollten. Weitere Fokusthemen sind die Anwendung von künstlicher Intelligenz in Einsätzen der Schweizer Armee und die Wichtigkeit von verschiedenen Armeeaufgaben.

6.1 Notwendigkeit der Armee

Für die generelle Legitimation des staatlichen Gewaltinstruments «Armee» ist die Beschreibung der zivil-militärischen Beziehungen ein wichtiges Merkmal. Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee ist hierbei ein genereller Indikator, welcher die Legitimation des Militärs in der Schweiz misst.

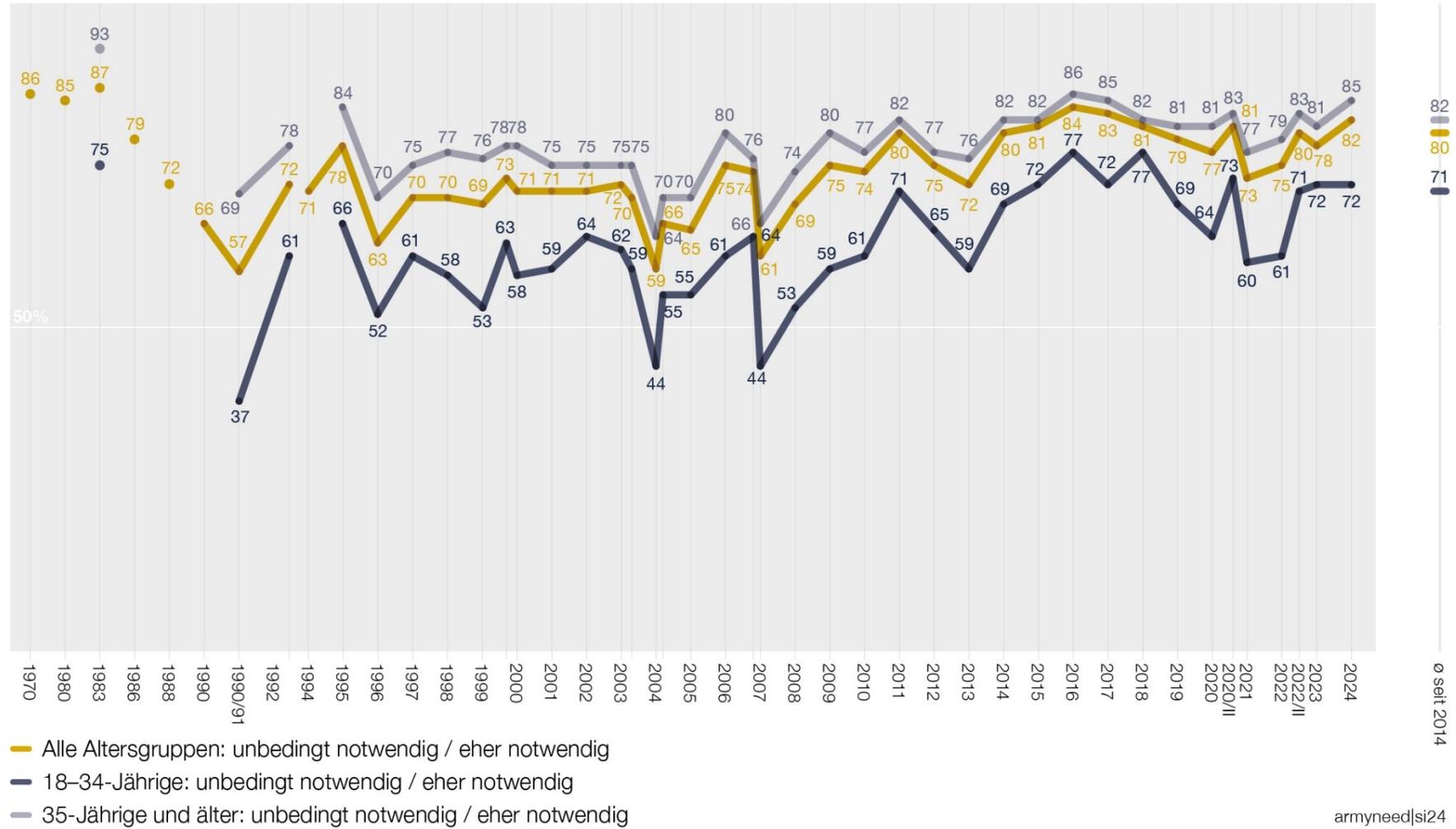
Im Januar 2022, also vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine, erachteten 75% der Stimmberechtigten die Armee als notwendig (siehe Abbildung 16). Ein Jahr später – im Januar 2023 – stieg der Anteil auf 78% (+3 Prozentpunkte; Pp). Im Januar 2024 zeigt sich, dass der Anteil an Personen, welche die Armee als notwendig erachteten, nochmals statistisch signifikant gestiegen ist. Neu liegt der Wert bei 82% (+4 Pp). 40% sehen die Armee als «unbedingt notwendig» (+3 Pp), 42% als «eher notwendig» (+1 Pp). Damit liegt der Anteil an Personen, welche die Notwendigkeit der Schweizer Armee befürworten, leicht über dem zehnjährigen Durchschnitt von 80% (Ø 2014 – 2024). 14% sehen die Armee dagegen als «eher nicht» und 4% als «überhaupt nicht» notwendig an.

⁵¹ Der Bundesrat. (2021). *Die Sicherheitspolitik der Schweiz. Bericht des Bundesrates vom 24. November 2021 (SIPOL B 2021)*. Abgerufen am 29. Februar 2024, von <https://www.fedlex.admin.ch/eli/fga/2021/2895/de>.

Abbildung 16: Notwendigkeit der Armee

«Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?»

Angaben in Prozent, gerundet



Soziodemografische Einflüsse:⁵²

Ob die Armee als notwendig erachtet wird oder nicht, hängt stark von der politischen Orientierung einer Person ab. Besonders Stimmberechtigte aus dem linken politischen Lager gehören seltener zur Gruppe, welche die Armee als notwendig erachtet (links: 67%, Mitte: 87%, rechts: 91%; $V = 0.23$). Anzumerken ist jedoch, dass auch im politisch linken Lager die Befürwortung der Armee gegenwärtig ausgesprochen hoch ist (\emptyset 2014 – 2024 der politisch links Orientierten: 58%).

Üblicherweise sind jüngere Schweizerinnen und Schweizer seltener von der Notwendigkeit der Armee überzeugt. Dieser Altersunterschied setzt sich auch in diesem Jahr fort (18–34-Jährige: 72%, 35–49-Jährige: 84%, 50–64-Jährige: 83%, ab 65-Jährige: 88%; $V = 0.10$).

In der Westschweiz ist im Gegensatz zu den anderen Sprachregionen der Anteil an Personen, welche die Armee als notwendig erachten, gegenüber 2023 nicht gestiegen. Damit ist die Befürwortung der Armeenotwendigkeit in der Romandie am geringsten ausgeprägt (D-CH: 85%, F-CH: 73%, Tessin: 76%; $V = 0.11$). Dies entspricht der grössten Differenz bei der Notwendigkeit der Armee zwischen der deutschsprachigen und der französischsprachigen Schweiz seit mehr als zehn Jahren.

Im Vergleich zu früheren Messungen ist im Januar 2024 auffällig, dass deutlich mehr Stimmberechtigte mit einer hohen Bildung die Armee als notwendig erachten. So liegt zwischen den Bildungsniveaus zurzeit keine unterschiedliche Beurteilung der Armeenotwendigkeit vor, was in der Mehrzahl der Jahre klar der Fall war.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:⁵³

Beinahe alle in der Studienreihe «Sicherheit» untersuchten Aspekte in Zusammenhang mit der Armee (etwa das Vertrauen in die Armee, Meinung zu den Armeeaussgaben, die Zufriedenheit mit der Leistung) stehen in einem positiven Zusammenhang mit der Frage der Notwendigkeit der Armee. Beispielsweise ist die Ablehnung der Wehrpflicht ein wichtiger Faktor dafür, ob jemand die Notwendigkeit der Armee in Abrede stellt ($V = 0.40$). So erachten lediglich 38% der Schweizerinnen und Schweizer, welche «sehr einverstanden» damit sind, die Wehrpflicht abzuschaffen, die Armee als notwendig. Hingegen gibt es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Frage, ob die Schweiz eine Berufs- oder Milizarmee haben soll, und der wahrgenommenen Notwendigkeit der Armee.

⁵² Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben

⁵³ In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

6.2 Ausrüstung und Ausbildung der Armee

Während die Zustimmung zur Notwendigkeit der Armee die allgemeine Akzeptanz der Armee in der Schweizer Stimmbevölkerung widerspiegelt, geben die Antworten zur Ausrüstung und Ausbildung der Armee Auskunft über die funktionale Relevanz⁵⁴, welche Stimmberechtigte der Armee beimessen. Dazu wird spezifisch nach dem Wunsch einer «sehr gut ausgebildeten» sowie einer «vollständig ausgerüsteten» Armee gefragt.

Sowohl die Ausbildung als auch die Ausrüstung der Armee bilden zentrale Elemente im 2023 veröffentlichten Strategiebericht der Armee.⁵⁵ Dort wird beschrieben, dass die Armee im Falle eines bewaffneten Angriffs unter «erheblichen Ausrüstungslücken» leiden würde.⁵⁶ Ebenso wird der Handlungsspielraum aufgezeigt, wie dem Ausrüstungsengpass begegnet werden kann. Hinsichtlich der Ausbildung der Armeeangehörigen wird betont, wie diese zukünftig «konsequent auf die Verteidigung ausgerichtet» werden soll.⁵⁷ Aufgrund dessen ist es interessant zu schauen, wie sich die Haltung der Schweizer Stimmberechtigten zu diesen Themen entwickelt hat.

Die Daten im Januar 2024 zeigen, dass sich statistisch signifikant mehr Schweizerinnen und Schweizer sowohl eine «vollständig ausgerüstete» als auch eine «sehr gut ausgebildete» Armee wünschen (siehe Abbildung 17). Neu sprechen sich 92% (+3 Pp) für eine «sehr gute» Ausbildung aus. 79% (+3 Pp) unterstützen die Forderung nach einer Vollausrüstung. Diese Anteile sind bemerkenswert, da sie in der mehrjährigen Analyse Höchstwerte darstellen. Noch nie in der jüngeren Geschichte war die Schweizer Stimmbevölkerung so deutlich für eine «sehr gute ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee.

Soziodemografische Einflüsse Ausbildung:

Der Wunsch, dass die Angehörigen der Armee «sehr gut» ausgebildet werden, ist in der Bevölkerung breit abgestützt. So findet sich auch im linken politischen Lager eine klare Mehrheit, welche diese Ausbildungsmaxime befürwortet, obschon die Zustimmung signifikant geringer ist als bei der politischen Mitte und rechts davon (links: 85%, Mitte: 94%, rechts: 96%; $V = 0.14$). Im Vergleich zur Zeit vor Ausbruch des Krieges in der Ukraine sind nur noch geringe Altersunterschiede festzustellen, wobei nach wie vor junge Erwachsene die Forderung nach einer «sehr guten» Ausbildung weniger oft teilen (18–34-Jährige: 88%, 35–49-Jährige: 92%, 50–64-Jährige: 91%, ab 65-Jährige: 95%; $V = 0.12$).

Soziodemografische Einflüsse Ausrüstung:

Eine vollständig ausgerüstete Armee wird auch von einer Mehrheit im linken politischen Lager gefordert, allerdings deutlich weniger klar wie von Personen aus der politischen Mitte oder rechts davon (links: 61%, Mitte: 82%, rechts: 88%; $V = 0.22$). Dass eine Mehrheit der politisch links orientierten Stimmberechtigten eine Vollausrüstung der Armee unterstützt, ist erst seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges messbar. Im Januar 2024 ist die Zustimmung zu einer vollständig ausgerüsteten Armee im linken politischen Lager beson-

⁵⁴ Essenzielle Voraussetzungen für die Einsatzfähigkeit der Armee ist neben dem Ausbildungsstand auch die Vollausrüstung. Anhand der beiden Items «sehr gut ausgebildete» und «vollständig ausgerüstete» Armee wird die Relevanz dieser beiden Voraussetzungen aus Bevölkerungssicht gemessen.

⁵⁵ Schweizer Armee. (2023). *Die Verteidigungsfähigkeit stärken. Zielbild und Strategie für den Aufwuchs*. Gruppe Verteidigung.

⁵⁶ ebd., S. 11.

⁵⁷ ebd., S. 5.

ders markant. Am grössten ist zudem die Unterstützung einer vollständigen Ausrüstung bei Personen ab 65 Jahren (18–34-Jährige: 75%, 35–49-Jährige: 76%, 50–64-Jährige: 78%, ab 65-Jährige: 83%; $V = 0.10$). Die Altersunterschiede sind jedoch auch hier weitaus geringer als noch vor wenigen Jahren. Bei der Frage nach einer vollständig ausgerüsteten Armee zeigt sich auch regelmässig, dass Frauen dieses Anliegen seltener unterstützen (Männer: 85%, Frauen: 71%; $V = 0.16$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Die beiden Forderungen für eine sehr gut ausgebildete sowie für eine vollständig ausgerüstete Armee korrelieren stark ($V = 0.50$). 76% der Stimmberechtigten wünschen sich sowohl eine sehr gut ausgebildete als auch eine vollständig ausgerüstete Armee. 13% bevorzugen zwar eine «sehr gut» ausgebildete, jedoch nicht zwingend eine vollständig ausgerüstete Armee. 5% sprechen sich sowohl gegen eine vollständig ausgerüstete als auch «sehr gut» ausgebildete Armee aus.

Wer die Armee nicht als notwendig erachtet, gehört deutlich seltener zur Gruppe, welche sowohl eine vollständig ausgerüstete ($V = 0.44$) als auch eine «sehr gut» ausgebildete ($V = 0.40$) Armee verlangt. Wer der Armee hingegen eine zentrale Rolle in der Gesellschaft zuschreibt, ist nahezu einstimmig der Ansicht, dass die Armee sowohl «sehr gut» ausgebildet ($V = 0.39$) als auch vollständig ausgerüstet ($V = 0.44$) sein soll.

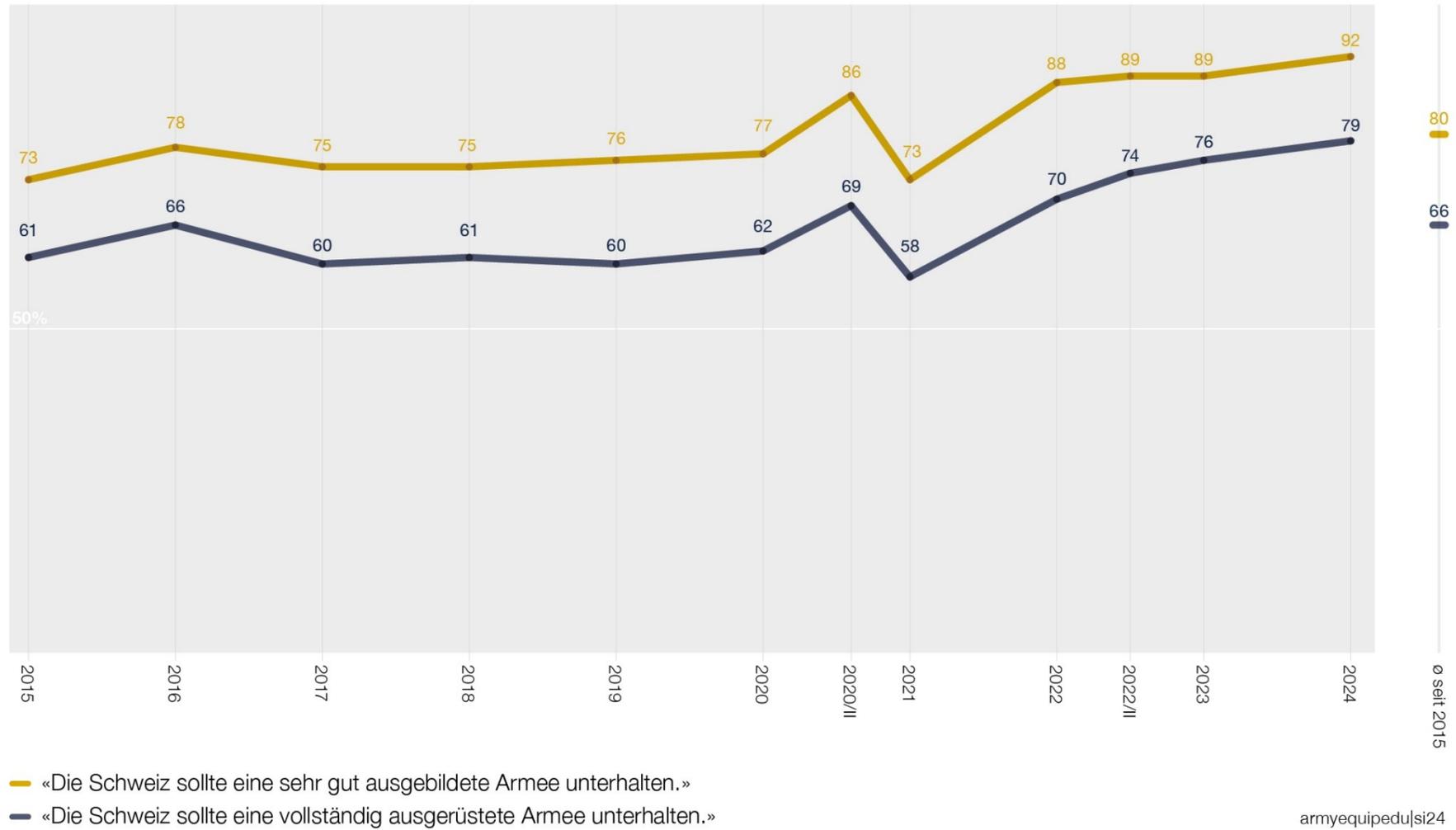
Ob jemand eine vollständig ausgerüstete Armee verlangt, hängt auch sehr stark damit zusammen, wie eine Person die Höhe der Verteidigungsausgaben einschätzt ($V = 0.38$). So unterstützt nur eine Minderheit von 39% derjenigen, welche die Verteidigungsausgaben als «viel zu viel» betrachten, eine Vollausrüstung. Dazu kommt, dass sich Stimmberechtigte, die sich zufrieden mit der Leistung der Armee zeigen, sich eher für eine vollständig ausgerüstete Armee aussprechen, als Stimmberechtigte, welche die Leistungen der Armee negativ bewerten ($V = 0.33$). Interessant ist auch, dass Schweizerinnen und Schweizer, welche hinter der Milizarmee stehen, verstärkt eine Vollausrüstung fordern im Vergleich zu Stimmberechtigten, welche sich eine Berufsarmee wünschen ($V = 0.11$).

Schliesslich zeigt sich, dass Befragte, welche die Ansicht vertreten, dass in der Gesellschaft das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll, häufiger eine vollständig ausgerüstete Armee fordern ($V = 0.38$). Hingegen wünschen sich Stimmberechtigte, welche in den Schulen vermehrte Informationen über die Aufgaben der Schweizer Armee als sinnvoll erachten, öfters eine «sehr gut» ausgebildete Armee ($V = 0.26$).

Abbildung 17: Ausrüstung und Ausbildung der Schweizer Armee

«Welchen der folgenden Aussagen über die Schweizer Armee würden Sie zustimmen?»

sehr einverstanden / eher einverstanden in Prozent, gerundet



6.3 Gesellschaftliche Rolle der Armee

Das Schweizer Militär ist zum einen ein sicherheitspolitisches Instrument der Schweiz und hat zum anderen auch eine gesellschaftliche Integrationsfunktion, die zum Zusammenhalt der Schweizer Bevölkerung beiträgt.⁵⁸ Die gesellschaftliche Rolle der Schweizer Armee wird seit 1976 mit den drei Antwortmöglichkeiten, ob das Militär als zentraler Teil der Gesellschaft, als ein notwendiges Übel oder als eine abschaffungswürdige Institution betrachtet wird, gemessen.

Die Zustimmung zur zentralen Rolle der Armee in der Gesellschaft entspricht mit 48% (+5 Pp) einem der höchsten je gemessenen Werte (Ø 2014 – 2024: 45%; siehe Abbildung 18). Besonders tief liegt demgegenüber der Anteil an Stimmberechtigten, welche die Ansicht vertreten, dass die Armee «ruhig abgeschafft» werden könnte (9%, –3 Pp; Ø 2014 – 2024: 12%). 42% (–2 Pp) sehen in der Armee ein notwendiges Übel, was dem zehnjährigen Durchschnittswert entspricht.

Soziodemografische Einflüsse:

Die politische Orientierung sagt viel darüber aus, welche Rolle der Armee in der Gesellschaft zukommen soll ($V = 0.24$). Eine Mehrheit der politisch rechts orientierten Personen sieht in der Armee eine zentrale Institution für das Land. Die politische Mitte ist diesbezüglich gespalten (links: 24%, Mitte: 52%, rechts: 63%). Bei den politisch links eingestellten Stimmberechtigten dominiert eher das Bild der Armee als ein notwendiges Übel (links: 58%, Mitte: 40%, rechts: 33%). 17% der politisch links eingestellten Personen möchten die Armee abschaffen (Mitte: 7%, rechts: 4%). Dies entspricht dem tiefsten gemessenen Wert seit der erstmaligen Messung der politischen Einstellung im Jahr 1997.

Die Daten aus der Messreihe zeigen auch, dass mit zunehmendem Alter die Armee tendenziell eine wichtigere Rolle in der Gesellschaft einnimmt (zentrale Rolle: 18–34-Jährige: 38%, 35–49-Jährige: 46%, 50–64-Jährige: 50%, ab 65-Jährige: 56%; $V = 0.11$). Ebenso wiederholt sich der Befund, wonach Stimmberechtigte mit einer tiefen oder mittleren Bildung der Armee eher eine zentrale Rolle beimessen (tief: 58%, mittel: 57%, hoch: 40%; $V = 0.12$), während Personen mit einer hohen Bildung die Armee vermehrt mit einem notwendigen Übel in Verbindung bringen (tief: 35%, mittel: 36%, hoch: 48%; $V = 0.12$).

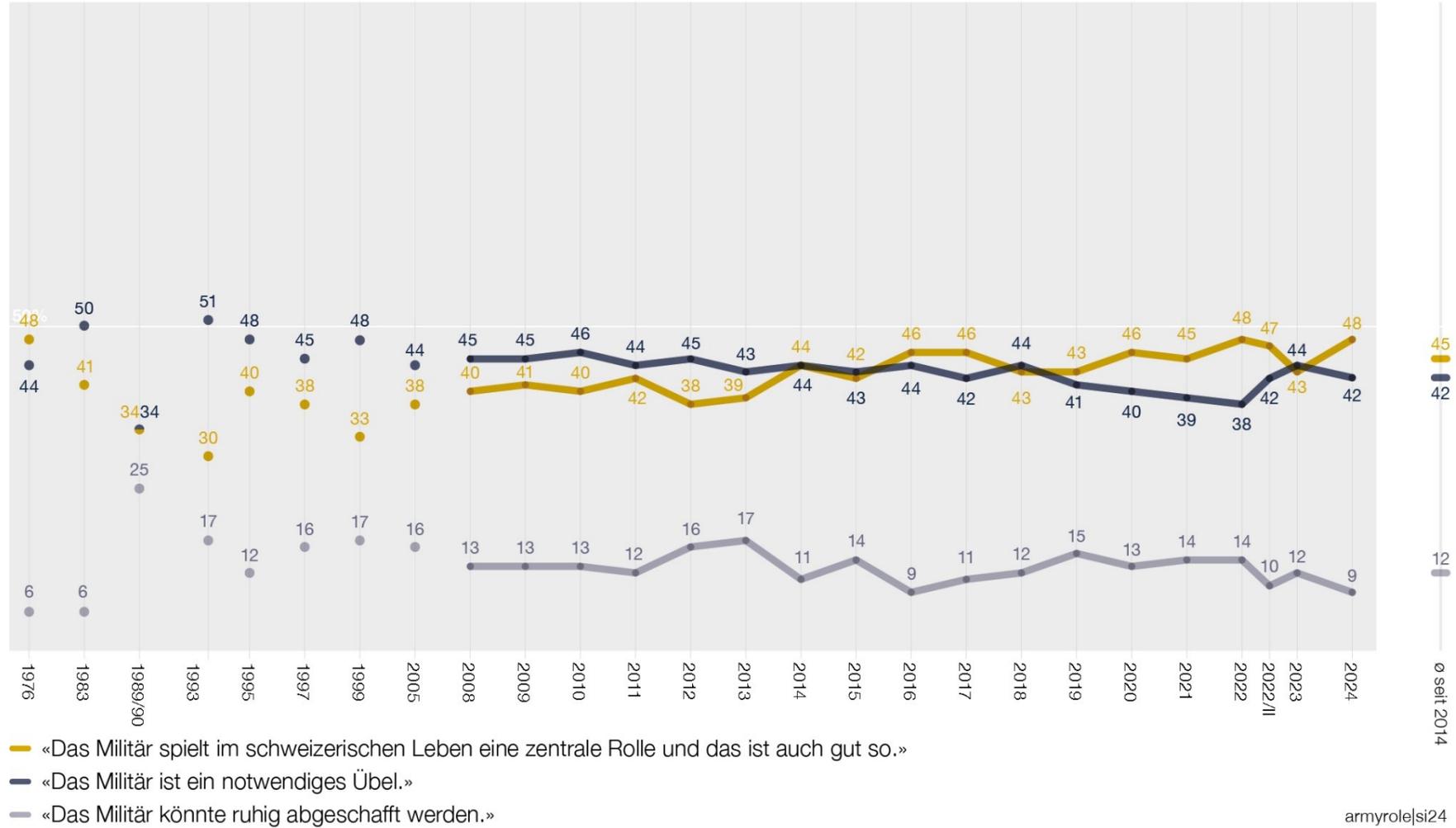
Auffällig ist in diesem Jahr schliesslich die Häufigkeit, mit der die Armee in der Deutschschweiz als zentrale Institution betrachtet wird (D-CH: 52%, F-CH: 36%, Tessin: 49%; $V = 0.11$). Dass also die Armee im Januar 2024 so deutlich als zentral für die Gesellschaft betrachtet wird, ist überwiegend auf das positive Meinungsbild in der Deutschschweiz zurückzuführen.

⁵⁸ Würmli, S. (2015). *Die Entwicklung der zivil-militärischen Beziehungen in der Schweiz. Eine Analyse anhand von stimmbevölkerungsrepräsentativen Meinungsumfragen, 1983–2013*. Buchbinderei Bommer GmbH., 68.

Abbildung 18: Die gesellschaftliche Rolle der Armee

«Über die Bedeutung von dem Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.»

Angaben in Prozent, gerundet



armyrolejsi24

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Gross ist traditionsgemäss der Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Notwendigkeit der Armee und der zugeschriebenen Rolle der Armee innerhalb der Gesellschaft ($V = 0.59$). Dabei muss jedoch betont werden, dass eine Mehrheit derjenigen, welche die Armee als «eher nicht notwendig» empfinden, die Armee als ein notwendiges Übel erachten (54%). Personen, welche die Armee als «unbedingt notwendig» erachten, sind hingegen die einzigen, welche der Armee mit 73% mehrheitlich eine zentrale Rolle zuschreiben.

Weiter zeigt sich, dass je zufriedener Stimmberechtigte mit der Leistung der Armee sind ($V = 0.44$), desto eher attestieren sie der Armee eine zentrale Rolle in der Gesellschaft. Ebenso deutlich ist auch der Zusammenhang zwischen der Befürwortung der Wehrpflicht und der zugeschriebenen gesellschaftlichen Rolle der Armee ($V = 0.40$). Je klarer sich Stimmberechtigte für die Beibehaltung der Wehrpflicht äussern, desto deutlicher ist ihre Befürwortung einer zentralen Rolle der Armee.

Relevant ist darüber hinaus die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben ($V = 0.44$), wobei Stimmberechtigte, welche die Verteidigungsausgaben nicht als zu hoch einstufen, der Armee mehrheitlich eine zentrale Rolle zugestehen. Stimmberechtigte, welche die Verteidigungsausgaben als «eher zu viel» einschätzen, sehen in der Armee tendenziell ein notwendiges Übel. Werden die Verteidigungsausgaben gar als «viel zu viel» beurteilt, wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, dass die Armee ruhig abgeschafft werden könnte.

Schliesslich zeigt sich, dass eine klare Mehrheit der Stimmberechtigten, welche «sehr einverstanden» damit sind, dass die Armee «sehr gut» ausgebildet ($V = 0.39$) und vollständig ausgerüstet ($V = 0.44$) ist, der Armee auch eine zentrale Rolle in der Gesellschaft zuspricht.

6.4 Wehrform

Der Begriff «Wehrform» bezeichnet in der militärsoziologischen Forschung unter anderem die Art und Weise, wie Personal für die Armee rekrutiert wird. Dabei kann die Rekrutierung auf zwei unterschiedliche Arten erfolgen: Erstens, durch eine gesetzlich geregelte Wehrpflicht, also Zwang, oder zweitens durch einen Vertrag und somit auf Freiwilligkeit beruhend. Die Art der Verfügbarkeit des Personals ist dabei ein zweiter wesentlicher Faktor der Wehrform. Hierbei wird zwischen stehenden Armeen bzw. Berufsarmeen/Freiwilligenarmeen und Milizarmeen unterschieden.⁵⁹ Dieses Kapitel zeigt, wie die Stimmbevölkerung über die Art und Weise der Rekrutierung, und über die Frage, welche Streitkräfteform die nationale Sicherheit in Zukunft besser gewährleistet, eingestellt ist.

Miliz- versus Berufsarmee

Eine Mehrheit von 60% (+1 Pp) der Stimmberechtigten ist davon überzeugt, dass die Schweizer Armee auch in Zukunft nach dem Milizprinzip funktionieren soll (siehe Abbildung 19). Seit gut zehn Jahren ist dieser Zustimmungswert vergleichsweise stabil

⁵⁹ Szvircsev Tresch, T. (2005). *Europas Streitkräfte im Wandel: Von der Wehrpflichtarmee zur Freiwilligenstreitkraft: Eine empirische Untersuchung europäischer Streitkräfte 1975 bis 2003* [Dissertation]. Universität Zürich.

(Ø für Milizarmee 2014 – 2024: 58%). Für eine lange Zeit – zwischen dem Ende der 1990er Jahre und 2013 – war die Meinung in der Schweizer Stimmbevölkerung gespalten darüber, ob das Milizprinzip fortgeführt werden soll. Zeitweise sprach sich stattdessen beinahe die Hälfte der Stimmberechtigten für eine Berufsarmee aus. Aktuell sieht rund ein Drittel (34%, –3 Pp) in einer Berufsarmee einen grösseren Nutzen für die Landesverteidigung als in der Beibehaltung der Miliz. Dies entspricht eher einem unterdurchschnittlichen Zustimmungswert (Ø für Berufsarmee 2014 – 2024: 36%).

Soziodemografische Einflüsse:

Männer sprechen sich besonders deutlich für die Beibehaltung der Miliz aus, während Frauen diesbezüglich eine geteilte Meinung aufweisen (Männer: 70%, Frauen: 50%; $V = 0.16$). Die Milizarmee wird gegenüber einer Berufsarmee überdies in der Deutschschweiz stärker präferiert als in den anderen beiden Sprachregionen (D-CH: 63%, F-CH: 50%, Tessin: 55%; $V = 0.10$). Insbesondere in der französischsprachigen Schweiz ist die Stimmbevölkerung üblicherweise deutlich skeptischer bezüglich einer Milizarmee eingestellt.

Hervorzuheben gilt es, dass in diesem Jahr bei der Frage nach der Milizarmee keine altersbedingten Unterschiede zu finden sind. Dies ist auf die hohen Zustimmungswerte der jungen Erwachsenen zugunsten einer Milizarmee zurückzuführen. Umgekehrt liegt der Anteil der 18–34-Jährigen, die sich eine Berufsarmee wünschen, deutlich unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Nicht nur bei jungen Erwachsenen, sondern auch bei Personen aus dem linken politischen Lager ist die Befürwortung der Milizarmee deutlich gestiegen. Deshalb sind aktuell kaum nennenswerte Unterschiede aufgrund der politischen Orientierung festzustellen.

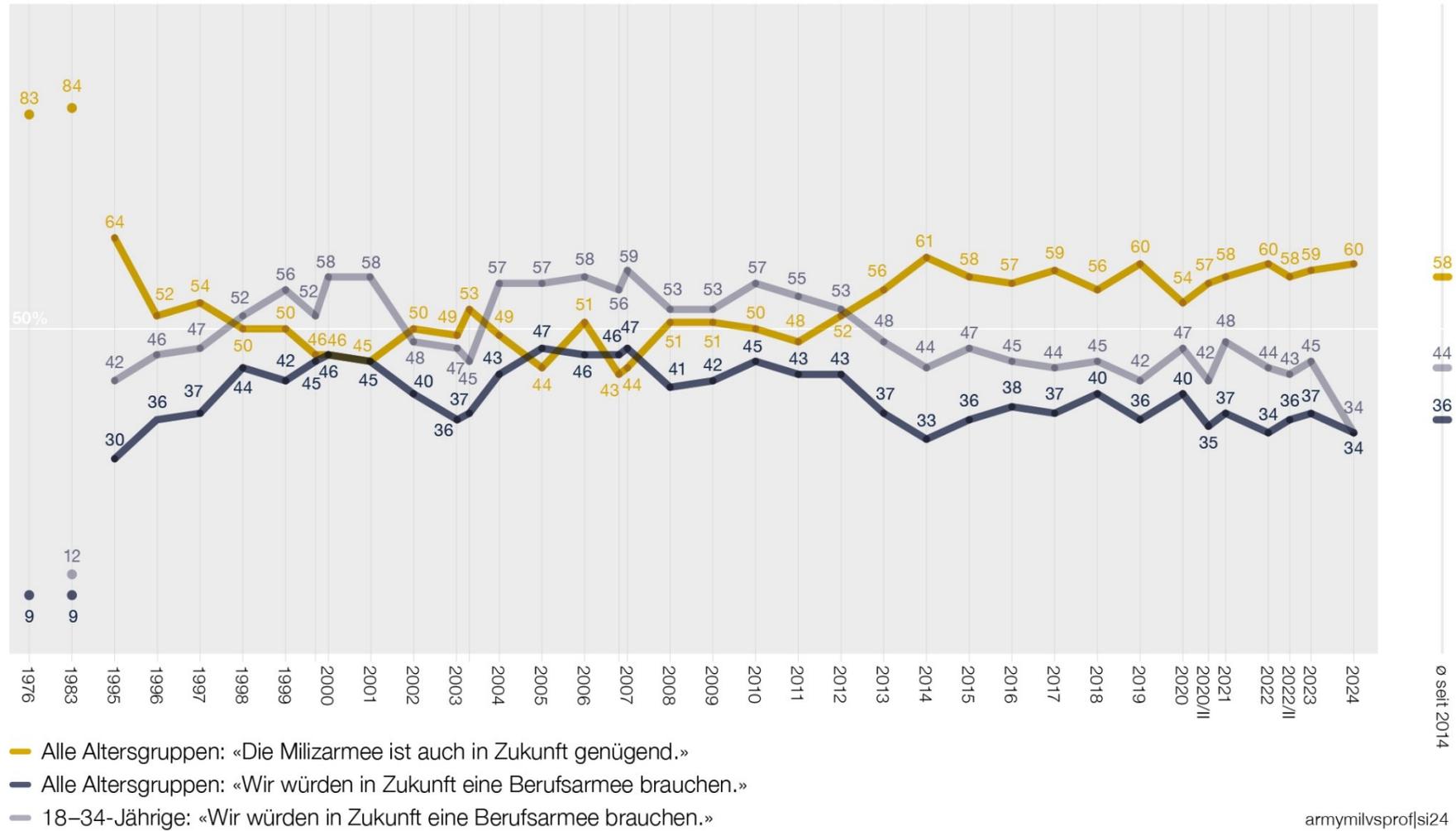
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Je deutlicher sich Stimmberechtigte für die Abschaffung der Wehrpflicht aussprechen, desto eher wird die Einführung einer Berufsarmee befürwortet ($V = 0.38$). Darüber hinaus sind Personen, welche überdurchschnittlich zufrieden sind mit den Leistungen der Armee, öfters der Ansicht, dass die Milizarmee auch in Zukunft genügend ist ($V = 0.22$). Umgekehrt bedeutet dies, dass sich Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche der Armee ein schlechtes Leistungszeugnis aussprechen, stärker eine Berufsarmee wünschen. Schliesslich bekennen sich Personen, welche eine Vollausrüstung der Armee verlangen ($V = 0.11$), sowie Personen, welche das Bewusstsein für die Landesverteidigung in der Schweiz stärken möchten ($V = 0.12$), etwas häufiger zur Milizarmee.

Abbildung 19: Wehrstruktur: Milizarmee versus Berufsarmee

«Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?»

Angaben in Prozent, gerundet



Abschaffung der Wehrpflicht

Mit 31% (–4 Pp) ist der Anteil an Schweizerinnen und Schweizern, die sich für die Abschaffung der Wehrpflicht aussprechen, gegenüber 2023 statistisch signifikant gesunken und liegt damit auf einem sehr tiefen Niveau (siehe Abbildung 20). Somit erachtet eine klare Mehrheit in der Schweizer Bevölkerung es als sinnvoll, dass die Armee auf ein verbindliches Rekrutierungssystem zählen kann. In den vergangenen zehn Jahren sprachen sich durchschnittlich 36% der Stimmberechtigten zugunsten der Wehrpflichtabschaffung aus.

Soziodemografische Einflüsse:

Bei Stimmberechtigten, die sich politisch auf der äusseren linken Seite positionieren, findet sich nach wie vor eine Mehrheit, welche sich die Abschaffung der Wehrpflicht wünscht (ganz links: 61%, eher links: 41%, in der Mitte: 24%, eher rechts: 25%, ganz rechts: 17%; $V = 0.18$). Hingegen ist die Forderung nach der Wehrpflichtabschaffung in der Deutschschweiz besonders wenig verbreitet – auch im Vergleich zu früheren Jahren (D-CH: 25%, F-CH: 48%, Tessin: 38%; $V = 0.16$). Nach wie vor sind Schweizerinnen und Schweizer ab 65 Jahren skeptischer bezüglich des Wunsches, die Armee abzuschaffen (bis 64-Jährige: 34%, ab 65-Jährige: 22% $V = 0.13$). Der Altersunterschied hat sich jedoch deutlich verringert, da sich in diesem Jahr markant weniger junge Erwachsene zwischen 18 und 34 Jahren für die Wehrpflichtabschaffung aussprechen (aktuell 39% Zustimmung, Ø 2014 – 2024: 48%).

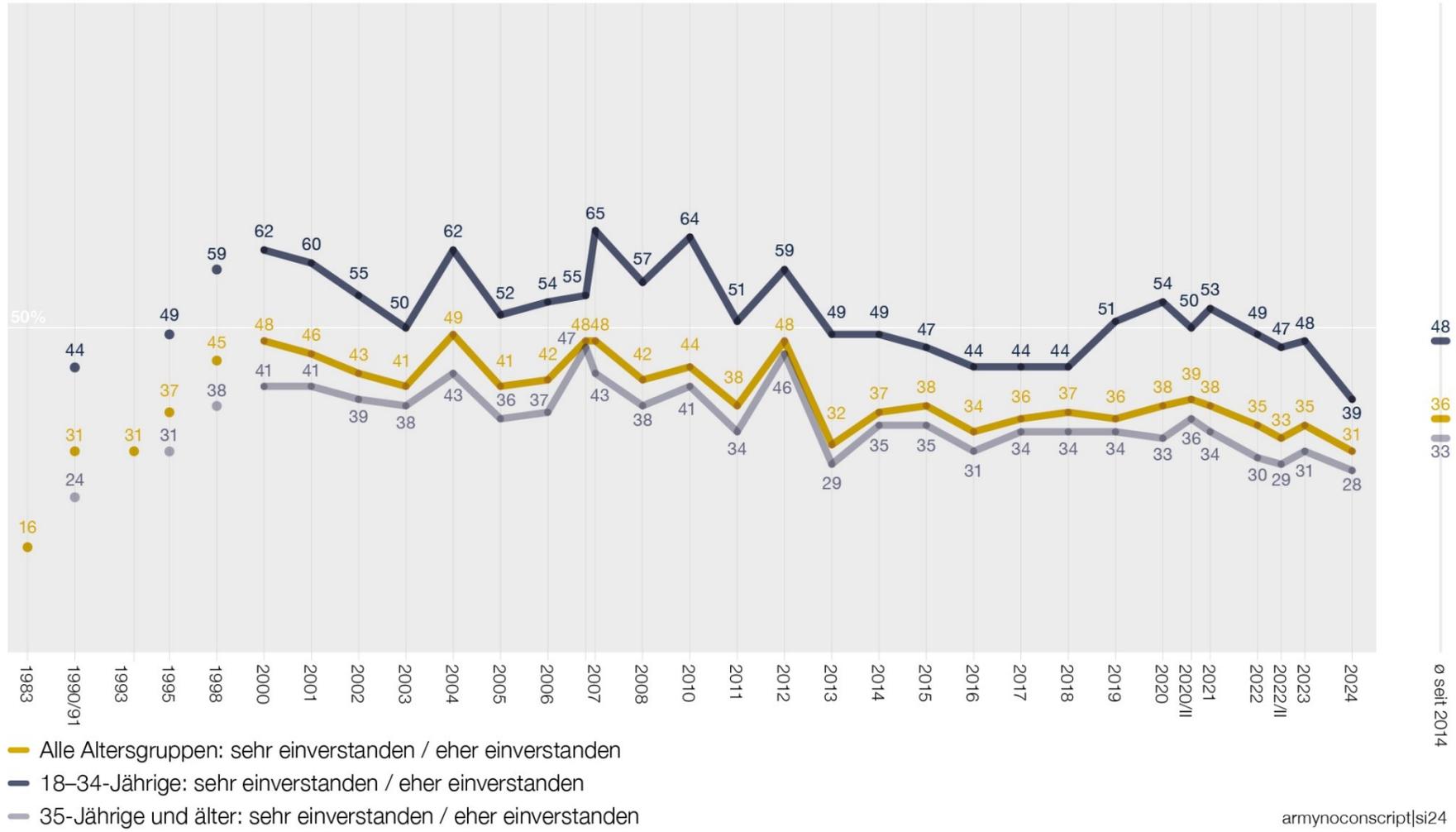
Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Stimmberechtigte, welche die Notwendigkeit der Armee nicht als gegeben betrachten, sprechen sich mehrheitlich zugunsten der Abschaffung der Wehrpflicht aus ($V = 0.40$). Etwa die Hälfte derjenigen, welche sich für die Zukunft eine Berufsarmee wünschen, fordert aktuell die Abschaffung der Wehrpflicht ($V = 0.38$). Wichtig ist auch die Einschätzung zu den Verteidigungsausgaben, da je stärker Stimmberechtigte die Ansicht teilen, dass die Schweiz zu viel Geld dafür ausgibt, desto eher wird die Abschaffung der Wehrpflicht gefordert ($V = 0.35$). Auch zeigt sich, dass lediglich 13% der Stimmberechtigten, welche in der Armee eine zentrale Institution für die Gesellschaft sehen, auf die Wehrpflicht verzichten möchten ($V = 0.40$). Personen, welche keinen Bedarf darin sehen, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll, möchten mehrheitlich auf die Wehrpflicht verzichten ($V = 0.29$).

Abbildung 20: Zustimmung zur Abschaffung der Wehrpflicht

«Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.»

Angaben in Prozent, gerundet



6.5 Zufriedenheit mit der Leistung der Armee

Ein weiteres wichtiges Merkmal für das Verständnis der zivil-militärischen Beziehungen ist die Zufriedenheit mit der Leistung der Schweizer Armee. Im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit» wird aufgrund dessen seit 2011 jährlich erhoben, wie zufrieden die Schweizer Stimmbevölkerung mit der Leistung der Armee ist.

Tabelle 4: Zufriedenheit mit der Leistung der Armee

Gerundete Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10

(1 = «überhaupt nicht zufrieden», 10 = «sehr zufrieden»)

	'11	'12	'13	'14	'15	'16	'17	'18	'19	'20	20II	'21	'22	22II	'23	'24	SD	Δ	Ø
																'24	23/24	11-24	
Zufriedenheit mit der Leistung der Armee	6.0	6.2	6.1	6.3	6.3	6.5	6.5	6.3	6.5	6.5	6.7	6.4	6.6	6.6	6.6	6.7	1.8	+0.1	6.4

SD Standardabweichung

Δ Differenz

Ø Durchschnitt

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee ist mit einem Wert von durchschnittlich 6.7 im Januar 2024 auf einem hohen Niveau stabil (siehe Tabelle 4). Diese vergleichsweise hohe Zufriedenheit zeigt sich seit der Messung im Januar 2022. Der aktuelle Vertrauenswert liegt 0.3 Punkte über dem langjährigen Durchschnitt und ist 0.7 Punkte über dem tiefsten gemessenen Wert aus dem Jahr 2011. Auf der 10er-Skala geben rund 10% der Stimmberechtigten einen Zufriedenheitswert von unter 5 an. Die höchsten Ausprägungen der Zufriedenheit – die Werte 9 und 10 auf der Skala – werden von 9% der Stimmberechtigten gewählt.

Soziodemografische Einflüsse:

Besonders kritisch wird die Leistung der Armee von Schweizerinnen und Schweizern aus dem linken politischen Lager beurteilt. Dies gilt insbesondere für Personen, die sich politisch ganz links verorten (ganz links: 5.2, eher links: 6.1, in der Mitte: 6.9, eher rechts: 6.8, ganz rechts: 7.5; $V = 0.21$). Traditionsgemäss sehen auch Personen aus der Westschweiz (D-CH: 6.8, F-CH: 6.3, Tessin: 6.7; $V = 0.14$), junge Erwachsene (18–34-Jährige: 6.4, 35–49-Jährige: 6.6, 50–64-Jährige: 6.8, ab 65-Jährige: 6.9; $V = 0.12$) sowie Stimmberechtigte mit einer hohen Bildung (tief: 7.0, mittel: 6.9, hoch: 6.4; $V = 0.13$) die Leistungen der Armee kritischer.

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Die Zufriedenheit mit der Leistung der Armee steht in Zusammenhang mit dem Vertrauen in die Armee ($V = 0.33$). Ein hohes Vertrauen geht einher mit einer hohen Zufriedenheit, und umgekehrt. Weiter ist auch die wahrgenommene gesellschaftliche Rolle der Armee relevant, da Personen, welche in der Armee eine zentrale Institution sehen, eine überdurchschnittliche Zufriedenheit aufweisen ($V = 0.44$). Wer hingegen die Armee nicht als notwendig erachtet, weist eine klar höhere Unzufriedenheit mit den Leistungen der Armee auf ($V = 0.39$). Zusammenhänge bestehen auch zwischen der Zufriedenheit mit den Leistungen der Armee und der Bewertung der Verteidigungsausgaben ($V = 0.28$), sowie mit dem Wunsch, eine vollständig ausgerüstete Armee zu haben ($V = 0.33$). Wer die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu viel erachtet und keine vollständig ausgerüstete

Armee verlangt, zeigt sich deutlich kritischer bezüglich der Leistungen der Armee. Schliesslich sind diejenigen, welche sich eine Berufs- anstelle einer Milizarmee wünschen, weniger zufrieden mit der Leistung der Armee ($V = 0.22$). Dasselbe gilt für Personen, welche keine Notwendigkeit darin sehen, dass in der Gesellschaft das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll ($V = 0.32$).

6.6 Verteidigungsausgaben

Auch die Einstellung zu den Verteidigungsausgaben, die aufzeigt, inwieweit die Stimmbewölkerung bereit ist, Ressourcen für das Militär als auch für die Sicherheit der Schweiz bereitzustellen, ist ein weiterer aufschlussreicher Indikator für die Beschreibung der Beziehung zwischen der Gesellschaft und der Armee.

Mit Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 wurde auch in der Schweiz eine kontroverse Diskussion über die Erhöhung der Verteidigungsausgaben ausgelöst. Die Grundsatzentscheidung, längerfristig das Verteidigungsbudget auf 1% des Bruttoinlandprodukts (BIP) zu erhöhen, wurde im Juni 2022 vom Parlament getroffen, also bereits drei Monate nach Kriegsausbruch in der Ukraine. Ursprüngliches Ziel war es, die Höhe von 1% des BIP im Jahr 2030 zu erreichen.⁶⁰ Die konkrete Umsetzung dieser Pläne erwies sich jedoch bald als schwierig. So informierte der Bundesrat im Januar 2023, dass die Armeeausgaben mit Blick auf die gesamten Ausgaben des Bundes erst bis 2035 auf die 1%-Marke erhöht werden sollen.⁶¹ In der parlamentarischen Debatte für die Budgetplanung der Jahre 2025 bis 2027 wurde im Dezember 2023 dann ein knapper Entscheid zugunsten einer langsameren Erhöhung der Verteidigungsausgaben gefällt. Voraussichtlich wird für das Budget der Armee im Jahr 2035 1% des BIP zur Verfügung stehen.⁶²

Die Ergebnisse zu den Verteidigungsausgaben in der aktuellen Studie «Sicherheit 2024» entstanden also unter dem Eindruck dieser Parlamentsdebatte, in der es um die angemessene Verteilung der Bundesfinanzen ging. Erst nach Abschluss der Datenerhebung entbrannte die Diskussion um den vermeintlichen finanziellen Engpass der Armee.⁶³ Auch die Absage mehrerer Armeeveranstaltungen wurde nach Beendigung der Datenerhebung verkündet,⁶⁴ und kann somit nicht direkt die im folgenden abgebildete Meinung zu den Verteidigungsausgaben beeinflusst haben.

Der Anteil an Stimmberechtigten, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu tief erachten, ist im Vergleich zum Januar 2023 deutlich gestiegen (siehe Abbildung 21). 20% (+6 Pp) teilen die Meinung, dass die Schweiz dafür «zu wenig / viel zu wenig» ausgibt. Damit liegt dieser Wert wieder auf dem Niveau, wie er wenige Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gemessen wurde. Dass jede fünfte stimmberechtigte

⁶⁰ Das Schweizer Parlament. (2022). *Motion: Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben*. Abgerufen am 29. Februar 2024, von <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20223374>

⁶¹ Walser, C. (2023, 25. Januar). Keller-Sutter bremst die Militär-Euphorie. *Berner Zeitung*. <https://www.bernerzeitung.ch/keller-sutter-bremst-die-militaer-euphorie-701215416224>

⁶² Das Schweizer Parlament. (2023). *Geschäft des Bundesrates. Voranschlag 2024 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2025-2027*. Abgerufen am 29. Februar 2024, von <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20230041>

⁶³ Meier, D. (2024, 31. Januar). Milliardenloch bei der Armee. *SRF*. <https://www.srf.ch/news/schweiz/finanzen-in-schieflage-milliardenloch-bei-der-armee>

⁶⁴ Schweizer Armee. (2024, 26. Januar). *Armee verzichtet auf die Grossanlässe «AirSpirit 24» und «DEFENSE 25»*. <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/medienmitteilungen.detail.nsb.html/99848.html>

Person die Armeeausgaben als zu gering einstuft, ist in der Längsschnittanalyse seit 1986 betrachtet historisch einmalig. In den Jahren 2014 – 2024 gaben beispielsweise durchschnittlich 13% der Stimmberechtigten an, dass die Schweiz zu wenig für die Landesverteidigung ausbebe.

Der Anteil derjenigen, welche die Ausgaben für die Verteidigung als «zu viel / viel zu viel» betrachten, liegt im Januar 2024 bei 30% (–6 Pp; Ø 2014 – 2024: 35%). Dies entspricht einem der tiefsten je gemessenen Werte. Leicht zurückgegangen ist der Anteil der Schweizerinnen und Schweizer, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung als «gerade richtig» beurteilen. Neu sind es 45% (–2 Pp), welche den bisherigen Kurs von Parlament und Bundesrat in Sachen Armeefinanzien unterstützen.

Der Krieg in der Ukraine hat somit zu einer grossen Dynamik im Meinungsbild der Bevölkerung über das richtige Ausmass des Verteidigungsbudgets geführt. Es gilt vor allem festzuhalten, dass die drei Gruppen «zu wenig / gerade richtig / zu viel» anteilmässig so nahe beieinander liegen wie noch nie seit Beginn der Messreihe. Dies veranschaulicht die gegenwärtige Schwierigkeit, im Eidgenössischen Parlament einen stabilen Konsens über die angemessene Höhe der Verteidigungsausgaben zu finden.

Soziodemografische Einflüsse:

Je weiter links sich jemand auf der politischen Skala positioniert, desto eher werden die Verteidigungsausgaben als zu viel bewertet (ganz links: 61%, eher links: 43%, in der Mitte: 26%, eher rechts: 21%, ganz rechts: 15%; $V = 0.18$). Trotzdem gilt es festzuhalten, wie es seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine gerade im linken politischen Lager zu einem deutlichen Rückgang gekommen ist bei der Meinung, dass die Schweiz zu viel Geld für die Verteidigung ausgibt. Rund die Hälfte der Stimmberechtigten von Mitte-Rechts ist zufrieden mit den Verteidigungsausgaben (links: 35%, Mitte: 50%, rechts: 49%; $V = 0.22$). Der Anteil derjenigen, welche die Verteidigungsausgaben als zu wenig erachten, ist im rechten politischen Spektrum deutlich am grössten (links: 12%, Mitte: 19%, rechts: 29%; $V = 0.22$).

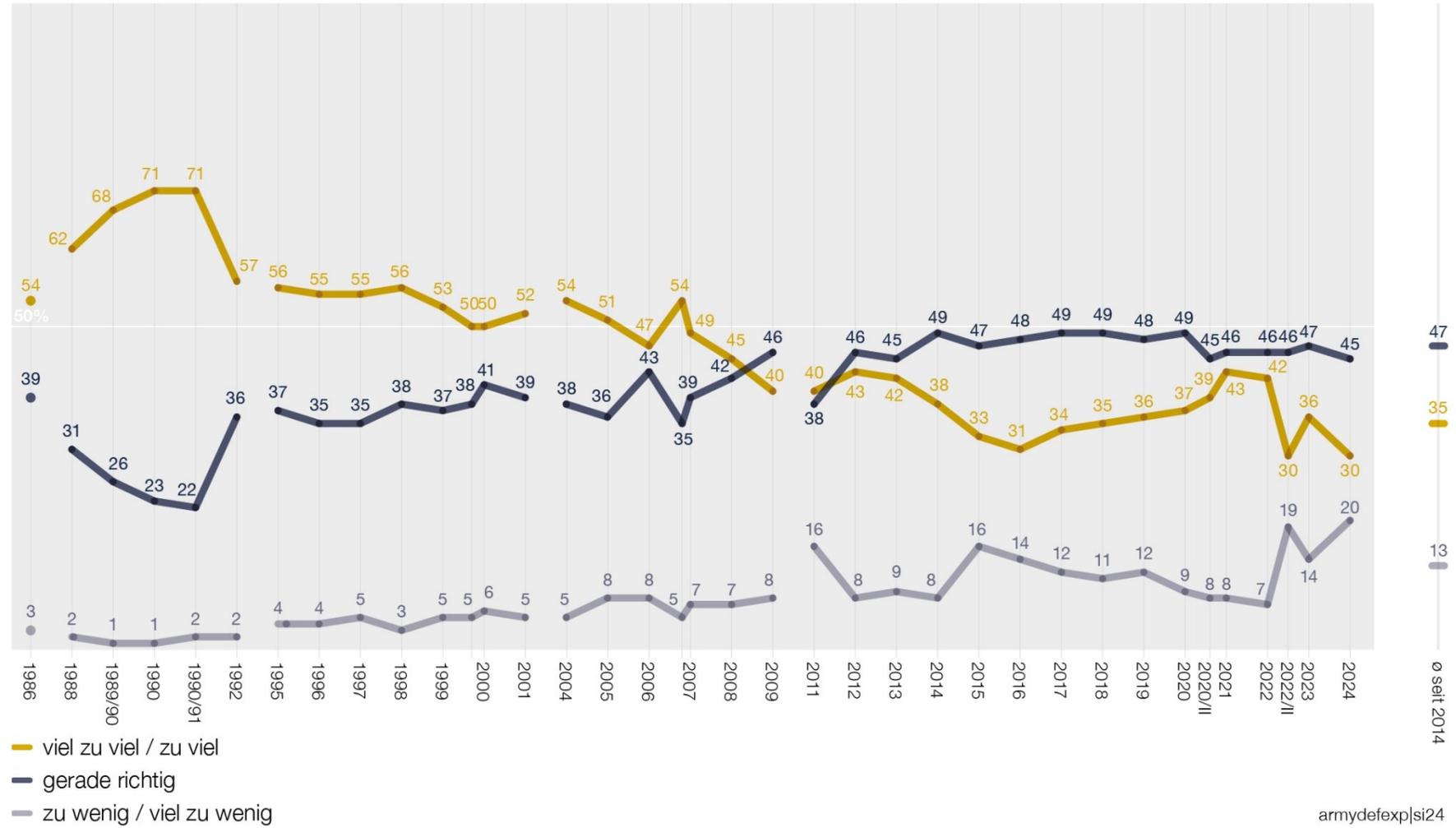
Junge Erwachsene gehören am häufigsten zur Gruppe von Stimmberechtigten, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu viel bewerten (18–34-Jährige: 43%, 35–49-Jährige: 29%, 50–64-Jährige: 30%, ab 65-Jährige: 19%; $V = 0.13$). Überdurchschnittlich stark vertreten ist die Überzeugung, dass zu wenig Geld für die Verteidigung ausgegeben wird, bei Personen ab 50 Jahren (18–34-Jährige: 15%, 35–49-Jährige: 15%, 50–64-Jährige: 24%, ab 65-Jährige: 26%; $V = 0.13$). Gerade bei den älteren Generationen ist die Zustimmung, dass zu wenig Geld für die Verteidigung gesprochen wird, nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine am stärksten gestiegen.

Auffällig ist zudem, wie der historisch hohe Anteil an Personen, welche die Ausgaben für die Verteidigung als zu gering einschätzen, einzig auf die männliche Stimmbevölkerung zurückzuführen ist (Männer: 31%, Frauen: 11%; $V = 0.27$). Etwas mehr als jede dritte Stimmberechtigte sieht die Verteidigungsausgaben nach wie vor als zu viel an (Männer: 23%, Frauen: 37%; $V = 0.27$). Ähnlich sind die Unterschiede bei den Sprachregionen, wo einzig in der Deutschschweiz der Anteil derjenigen, welche die Verteidigungsausgaben als zu wenig einschätzen, einen historisch hohen Wert erreicht (D-CH: 24%, F-CH: 11%, Tessin: 10%; $V = 0.18$).

Abbildung 21: Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben

«Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?»

Angaben in Prozent, gerundet



Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Stimmberechtigte, welche nicht damit einverstanden sind, dass die Armee vollständig ausgerüstet werden soll, empfinden das Verteidigungsbudget grossmehrheitlich als zu hoch ($V = 0.38$). Dasselbe gilt für Schweizerinnen und Schweizer, welche die Wehrpflicht aufheben möchten ($V = 0.35$) und die Armee nicht als notwendig erachten ($V = 0.42$), bzw. diese abschaffen möchten ($V = 0.44$). Weiter zeigt sich, dass mit zunehmendem Vertrauen in die Armee die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die Verteidigungsausgaben als zu wenig bewertet werden ($V = 0.25$). Stimmberechtigte, die sich zufrieden über die Leistungen der Armee zeigen, sagen tendenziell auch häufiger, dass sie zufrieden sind mit der Höhe der Verteidigungsausgaben ($V = 0.26$). Schliesslich geben Personen, welche das Bewusstsein für die Landesverteidigung nicht stärken möchten ($V = 0.27$), sowie Personen, welche in den Schulen nicht mehr Informationen über die Aufgaben der Armee wünschen ($V = 0.20$), mehrheitlich an, dass zu viel Geld für die Landesverteidigung ausgegeben wird.

6.7 Verteidigungsbewusstsein und Wissen über die Armee

Die Schweizer Armee hat sich – in Folge des Krieges in der Ukraine – als Ziel gesetzt, sämtliche Bereiche wieder verstärkt und konsequent auf die Landesverteidigung auszurichten. Um diesen Aufbau an Fähigkeiten (materiell, personell, finanziell) sicherzustellen und einsatzbereit zu halten, braucht es jedoch die Beteiligung weiter Teile der Gesellschaft, wie die Armee in ihrem Strategiebericht erläutert: *«Die Verteidigung von Land und Bevölkerung umfasst wesentlich mehr als die Abwehr eines bewaffneten Angriffs durch die Armee. Im Inland sind dazu ein intensives Zusammenwirken aller sicherheitspolitischen Instrumente und der für die Sicherheit relevanten Politikbereiche auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden erforderlich, ferner eine enge Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und auch eine internationale Abstimmung der von der Schweiz getroffenen Massnahmen.»*⁶⁵ Die Glaubwürdigkeit der Verteidigungsfähigkeit hängt somit nicht zuletzt auch davon ab, wie die Bevölkerung als Ganzes hinter dieser Aufgabe steht.⁶⁶

Im Rahmen der Studie «Sicherheit 2024» wird deshalb erstmals gefragt, inwiefern Schweizerinnen und Schweizer davon überzeugt sind, dass in der Bevölkerung das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll. Auch wird anhand einer zweiten Aussage danach gefragt, ob man den Vorsatz gut findet, dass Jugendliche in der Schule mehr über die Aufgaben der Schweizer Armee informiert werden sollen.

Informationen über Armeeaufgaben in Schulen

Die Frage, ob Jugendliche in der Schule vermehrt über die Aufgaben der Armee informiert werden sollen, eignet sich auch, um herauszufinden, welche Wichtigkeit die Bevölkerung der Armee beimisst. Dieses Vorhaben wird von 73% der Schweizerinnen und Schweizern unterstützt (siehe Abbildung 22). 31% sind damit «sehr einverstanden», 42% «eher». Die Gegner und Gegnerinnen einer solchen verstärkten Information über die Armee an den

⁶⁵ Schweizer Armee. (2023). *Die Verteidigungsfähigkeit stärken. Zielbild und Strategie für den Aufwuchs*. Gruppe Verteidigung, S. 7.

⁶⁶ ebd., S. 18.

Schulen setzen sich zusammen aus 18% «eher nicht einverstanden» und 7% «gar nicht einverstanden». Total besteht die Gruppe also aus einem Viertel der Stimmberechtigten. Es lässt sich also schlussfolgern, dass eine grosse Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten es begrüssen würden, wenn Jugendliche in der Schule mehr Informationen zu den Aufgaben der Armee bekommen würden.

Abbildung 22: **Verteidigungsbewusstsein und Wissen über die Armee**

«Welchen der folgenden Aussagen über die Schweizer Armee würden Sie zustimmen?»

Angaben in Prozent, gerundet

«Jugendliche sollten in der Schule mehr über die Aufgaben der Schweizer Armee informiert werden.»



«In der Schweizer Bevölkerung sollte das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden.»



- sehr einverstanden
- eher einverstanden
- eher nicht einverstanden
- gar nicht einverstanden
- weiss nicht / keine Antwort

armydefinfo|si24

Soziodemografische Einflüsse:

Während sich Personen aus dem ganz linken politischen Spektrum gespalten darüber zeigen, ob in der Schule vermehrt über die Armeeaufgaben informiert werden soll, sind Personen aus allen übrigen politischen Orientierungen mehrheitlich dafür (ganz links: 49%, eher links: 62%, in der Mitte: 75%, eher rechts: 80%, ganz rechts: 86%; $V = 0.18$). Interessanterweise sind Personen in der Altersgruppe zwischen 35 und 49 Jahren etwas seltener der Meinung, dass dieses Vorhaben notwendig sei (35–49-Jährige: 66%, bis 34-Jährige und ab 50-Jährige: 75%; $V = 0.11$). Auch ist die Zustimmung in der Deutschschweiz etwas weniger deutlich ausgeprägt (D-CH: 72%, F-CH und Tessin: 77%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Der Wunsch nach vermehrten Informationen über die Aufgaben der Armee in der Schule geht deutlich einher mit dem Gedanken, dass in der Schweizer Bevölkerung das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden muss ($V = 0.48$). Relevant ist auch, ob Personen die Armee als notwendig erachten. Wer diese nicht als notwendig einstuft, tendiert sehr häufig dazu, keine verstärkten Informationen über die Aufgaben der Armee für Jugendliche zu fordern ($V = 0.22$). Dasselbe gilt zusätzlich für Stimmberechtigte, welche die Ausgaben für die Landesverteidigung eher als zu viel bewerten ($V = 0.23$). Je stärker jedoch jemand eine vollständig ausgerüstete Armee fordert, desto klarer spricht er oder sie sich für eine bessere Vermittlung der Armeeaufgaben in den Schulen aus ($V = 0.27$).

Stärkung des Bewusstseins für die Landesverteidigung

Mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine ist die Möglichkeit, dass im 21. Jahrhundert ein souveräner Staat in Europa militärisch angegriffen wird, zur Realität geworden. In diesem Kontext sind zwischenstaatliche Kriege auch in Europa wieder im Fokus der medialen Aufmerksamkeit gerückt. Die Reaktion der Stimmberechtigten auf diese Entwicklung kann unter anderem mittels der Aussage *«in der Schweizer Bevölkerung sollte das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden»* gemessen werden.

Mit 73% stimmt ein beachtlicher Teil der Stimmberechtigten dem Gedanken zu, dass es in der Bevölkerung ein stärkeres Bewusstsein für Landesverteidigung braucht (siehe Abbildung 22). Mehr als jede vierte Person (27%) ist damit «sehr einverstanden», 46% sind es «eher». Dementgegen teilen 25% diese Ansicht nicht (21% «eher nicht», 4% «gar nicht»). Weite Teile der Gesellschaft erachten somit eine verstärkte Auseinandersetzung mit der Thematik «Landesverteidigung» als sinnvoll.

Soziodemografische Einflüsse:

Eine grundsätzlich unterschiedliche Auffassung, ob in der Schweizer Bevölkerung das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll, besteht aufgrund der politischen Orientierung einer Person. Insbesondere Stimmberechtigte, die sich ganz links im politischen Spektrum verorten, sehen dies seltener als Notwendigkeit an (ganz links: 39%, eher links: 55%, in der Mitte: 77%, eher rechts: 84%, ganz rechts: 94%; $V = 0.25$). Ebenso sind Stimmberechtigte mit einer hohen Bildung etwas seltener davon überzeugt, dass die Landesverteidigung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung sein soll (tief: 77%, mittel: 79%, hoch: 68%; $V = 0.12$). Hingegen stimmen Personen im höheren Alter dem Grundsatz eher zu (18–34-Jährige: 65%, 35–49-Jährige: 69%, 50–64-Jährige: 76%, ab 65-Jährige: 81%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des sechsten Kapitels:

Stimmberechtigte, welche möchten, dass Jugendliche in den Schulen über die Aufgaben der Armee informiert werden, stimmen auch vermehrt dem Gedanken zu, dass das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden soll ($V = 0.48$). Lediglich 9% der Stimmberechtigten möchten zwar, dass Jugendliche besser über die Aufgaben der Armee informiert werden, jedoch nicht zwingend, dass sich die Bevölkerung verstärkt zum Thema Landesverteidigung Gedanken macht.

Weiter zeigt sich, dass nur eine kleine Minderheit derjenigen, welche die Armee nicht als notwendig erachten, dem Grundsatz zustimmt, dass die Bevölkerung sich verstärkt mit der Landesverteidigung auseinandersetzen soll ($V = 0.35$). Ein positiver Zusammenhang besteht jedoch zwischen der Bewertung der Leistung der Armee, dem Wunsch nach einer vollständig ausgerüsteten Armee, sowie der Zustimmung zur Wehrpflicht, mit dem Gedanken, dass die Landesverteidigung stärker im Bewusstsein der Bevölkerung sein soll. Je besser man die Leistung bewertet ($V = 0.32$) und je grösser die Zustimmung zu einer Vollausrüstung ($V = 0.38$) bzw. zur Wehrpflicht ($V = 0.29$) ausfällt, desto klarer ist die zustimmende Haltung. Wer hingegen die Ausgaben für die Landesverteidigung als zu viel erachtet, ist tendenziell seltener der Meinung, dass sich die Bevölkerung verstärkt mit diesem Thema auseinandersetzen soll ($V = 0.33$). Etwas geringer ist auch die Zustimmung, wenn jemand der Überzeugung ist, dass die Schweiz in Zukunft eine Berufsarmee benötigen würde ($V = 0.12$).

7 Momentane Wichtigkeit und zukünftige Bedeutung ausgewählter Armeeaufgaben

Die Schweizer Armee hat gemäss der Schweizerischen Bundesverfassung (BV) den Auftrag, einen möglichen Krieg abzuwehren und den Frieden im Land zu sichern. Ebenso sieht die Verfassung vor, dass die Armee zivile Behörden im Falle von schwerwiegenden Bedrohungen der inneren Sicherheit unterstützt. Im Allgemeinen kann die Armee auch für die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen eingesetzt werden.⁶⁷ Im Militärgesetz werden diese Grundsätze detaillierter aufgelistet.⁶⁸ So wird beispielsweise auch die Friedensförderung im Ausland als Aufgabe der Armee definiert. Vor allem wird aber die Armee als Reserve und schnell einsatzbereites Mittel verstanden, wenn zivile Behörden bei der Bewältigung einer für die Bevölkerung bedrohlichen Situation an ihre Kapazitätsgrenzen stossen. Im Grundsatz lassen sich die Aufgaben der Armee in folgende drei Kategorien einteilen: Aktivdienst (Verteidigung des Landes), Assistenzdienst (Unterstützung ziviler Behörden) und Friedensförderungsdienst (Einsätze zur Friedensförderung im Ausland).⁶⁹ Zivile Akteure können zudem bei Anlässen von nationaler Bedeutung Unterstützung von der Armee beanspruchen,⁷⁰ wie dies beispielsweise im Rahmen von Sportveranstaltungen (u.a. Schwingfeste, Ski-Weltcup) der Fall ist.

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass die Breite der Armeeaufgaben nicht immer so umfassend war, wie es gegenwärtig der Fall ist. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges wurde der Fokus auf weiterführende Aspekte als die Landesverteidigung gelegt.⁷¹ Wörtlich steht im 1992 erschienen Bericht des Bundesrates zur zukünftigen Ausrichtung der Armee: «*Vermehrt wird sie ein Instrument der Hilfeleistung für Behörden und Volk sowie der internationalen Friedensförderung*».⁷² Die Rede ist von einer neuen, multifunktionalen Armee, die vielseitig einsetzbar ist. Während die Armee schon in früheren Jahren Einsätze bei Grossereignissen und Katastrophen leistete, wurden diese Aufgaben in den 1990er Jahren institutionell und formell der Armee zugewiesen. Die drauffolgenden Armeereformen (Armee 95, Armee XXI, WEA)⁷³ sowie der Entwicklungsschritt 08/11⁷⁴ hatten alle das

⁶⁷ Das Schweizer Parlament. (2024). *Bundesverfassung: Art. 58, Abs. II.*

⁶⁸ Das Schweizer Parlament. (2024). *Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG): Art. 1.*

⁶⁹ Das Schweizer Parlament. (2024). *Bundesgesetz über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG): Fünfter Teil: Einsatz der Armee.*

⁷⁰ Der Bundesrat. (2022). *Verordnung über die Unterstützung ziviler oder ausserdienstlicher Tätigkeiten mit militärischen Mitteln. (2022). Verordnung über die Unterstützung ziviler oder ausserdienstlicher Tätigkeiten mit militärischen Mitteln.*

⁷¹ Haas, M. & Vuille, A. (2020). Die Schweizer Armee im Corona-Einsatz: Ein relevantes Szenario für die Streitkräfteentwicklung? In *Bulletin 2020 zur schweizerischen Sicherheitspolitik* (S. 173–204). Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich. <https://doi.org/10.3929/ethz-b-000458200>

⁷² Der Bundesrat. (1992). *Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95)*, S. 854.

⁷³ Im Allgemeinen beziehen sich Armeereformen auf die strategische Ausrichtung und Transformation der Schweizer Armee: Während die «Armee 61» (1961–1995) rund 600 000 Personen umfasste, sank der Armeebestand durch die Reform «Armee 95» (1995–2003) auf rund 378 000. Im Zuge der «Armee XXI» (2004–2017) wurde der Bestand auf 188 000 und durch die «Weiterentwicklung der Armee» («WEA», ab 2018) auf 100 000 Angehörige der Armee reduziert (Personelles der Armee. (2022). *Armeeauszählung 2022*. VBS, 21).

⁷⁴ Der Entwicklungsschritt 08/11 beinhaltet zwar verschiedene Anpassungen der Armee an die damaligen Rahmenbedingungen. Er gilt jedoch nicht als Armeereform (Fellay, L. (2006). Die Entwicklungsschritte 08/11 der Armee. Quo vadis, Heer? *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift ASMZ*, 3, 4–6.).

Ziel, diesem breiteren Aufgabenspektrum gerecht zu werden. Dabei wurde die Landesverteidigung vermehrt als eine von mehreren Aufgaben, welche die Armee erfüllen muss, behandelt. Veranschaulicht wird dies beispielhaft mit der Aussage: *«Mit dem Entwicklungsschritt 2008/11 wurde der Fokus noch stärker auf die subsidiäre Unterstützung der zivilen Behörden gelegt. Die Fähigkeit zur Abwehr eines militärischen Angriffs wurde abermals reduziert. Der Grund lag auch hier vor allem wieder bei den finanziellen Ressourcen»*.⁷⁵

Mit der Invasion Russlands in die Ukraine am 24. Februar 2022 scheint diesbezüglich eine gewisse Zäsur stattgefunden zu haben. Seither will sich die Armee wieder intensiver auf den Auftrag der Landesverteidigung fokussieren. Hierzu wurde seitens der Armee am 17. August 2023 der Strategiebericht der Armee mit dem Titel «Die Verteidigungsfähigkeit stärken» veröffentlicht.⁷⁶ Darin wird aufgezeigt, wie in sämtlichen Bereichen der Armee (Ausbildung, Logistik, Ausrüstung, internationale Kooperation, usw.) in Zukunft der Fokus stärker auf die Verteidigung ausgerichtet werden soll.

Diese klare strategische Positionierung der Schweizer Armee bietet Anlass, im Rahmen der Studie «Sicherheit 2024» nachzufragen, wie die Schweizer Stimmbevölkerung die verschiedenen Aufgaben der Armee wahrnimmt. Dazu wurde zuerst nach der Einschätzung bezüglich der momentanen Wichtigkeit ausgewählter Armeeaufgaben gefragt. Anschliessend beurteilten die Befragten, wie sich die Bedeutung dieser Aufgaben in Zukunft entwickeln wird. Konkret wurden 13 vorgegebene Aufgaben der Armee vorgelegt, welche das gesamte Spektrum der unterschiedlichen Einsatzbereiche abdecken:

- *Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die nur zum Selbstschutz bewaffnet sind*
- *Katastrophenhilfe in der Schweiz*
- *Katastrophenhilfe im Ausland*
- *Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall*
- *Verhinderung von Terroranschlägen*
- *Unterstützung der Grenzschutz bei grossen Flüchtlingsströmen*
- *Unterstützung der Polizei*
- *Bewachung von internationalen Konferenzen*
- *Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes*
- *Einsätze bei Sport- oder Festen von nationaler Bedeutung*
- *Abwehr von Cyber-Attacken*
- *Wahrung der Lufthoheit*
- *Unterstützung bei der Bewältigung einer Pandemie*

Bei einigen dieser erfragten Armeeaufgaben besteht die Möglichkeit für einen Vergleich mit früheren Umfragen im Rahmen der Studienreihe «Sicherheit».

⁷⁵ VBS. (2010). *Flucht in die Reformen. Medienmitteilung*.
<https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-35709.html#:~:text=Mit%20dem%20Entwicklungsschritt%202008%2F11,wieder%20bei%20den%20finanziellen%20Ressourcen.>

⁷⁶ Schweizer Armee. (2023). *Die Verteidigungsfähigkeit stärken. Zielbild und Strategie für den Aufwuchs*. Gruppe Verteidigung.

7.1 Momentane Wichtigkeit von ausgewählten Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung

Zur Einschätzung der momentanen Wichtigkeit von Armeeaufgaben wird eine 10er-Skala verwendet, die von 1 «völlig unwichtig» bis 10 «ausserordentlich wichtig» geht. Schweizer Stimmberechtigte messen den einzelnen Armeeaufgaben durchaus eine unterschiedliche Wichtigkeit zu (siehe Abbildung 23), wie der Vergleich der Mittelwerte der Armeeaufgaben zeigt. Die grösste Wichtigkeit sehen Schweizerinnen und Schweizer aktuell bei einem Assistenzeinsatz der Armee im Falle einer Katastrophe in der Schweiz (Mittelwert von 9.2 auf einer Skala von 1 «völlig unwichtig» bis 10 «ausserordentlich wichtig»). Diesbezüglich besteht ein grosser Konsens in der Stimmbevölkerung. Ebenfalls als ausgesprochen wichtig wird die Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall angesehen (Mittelwert: 9.0). Mit etwas Abstand folgen drei Aufgaben, die in der Stimmbevölkerung auch als überdurchschnittlich wichtig für die Armee angesehen werden: die Verhinderung von Terroranschlägen (8.4), die Abwehr von Cyber-Attacken (8.2) und die Wahrung der Lufthoheit (8.1). Die Unterstützung der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen sowie die Unterstützung bei der Bewältigung einer Pandemie befinden sich mit einem Mittelwert von 7.6 respektive 7.5 im Mittelfeld der Wichtigkeits-Rangliste der Armeeaufgaben. Als ähnlich wichtig wird die Katastrophenhilfe im Ausland und die Unterstützung der Polizei beurteilt (jeweils 7.4). Das Bewachen von internationalen Konferenzen situiert sich mit einem Mittelwert von 7.2 im unteren Mittelfeld gemessen an der Wichtigkeit der anderen Armeeaufgaben. Im Vergleich der erfragten Aufgaben platzieren sich der Umweltschutz (6.8), der Einsatz in Friedensmissionen (Mittelwert: 6.4), sowie Einsätze bei Sport- oder Festanlässen von nationaler Bedeutung (Mittelwert: 6.3) auf den letzten Rängen. Gerade diese letztgenannten Aufgaben polarisieren in der Stimmbevölkerung jedoch mehr als die anderen Aufgaben, wie ein Vergleich der Streuung der Antworten anhand der Standardabweichung zeigt.

Insgesamt erreichen alle erfragten Armeeaufgaben auf der 10er Skala einen Wert von deutlich über 5.5, dem theoretischen Skalenmittelwert. Dies bedeutet, dass allen hier erfragten Aufgaben der Armee eine grundsätzliche Wichtigkeit zugeschrieben wird.

Letztmals wurde in der Studie «Sicherheit 2006»⁷⁷ nach der Wichtigkeit der Armeeaufgaben gefragt. Dies geschah damals im Kontext der Neuorientierung der Armee. Ein Vergleich mit den Werten von damals zeigt, dass die Stimmbevölkerung aktuell den Armeeaufgaben tendenziell mehr Wichtigkeit schenkt. Beispielsweise ist der Mittelwert für die Wichtigkeit der Verhinderung von Terroranschlägen von 7.7 auf 8.4 (+0.7) gestiegen. Die Unterstützung der Polizei erreichte bei der Messung von 2006 einen Mittelwert von 6.4 (2024: 7.4, +1.0). Auch der Bewachung von internationalen Konferenzen wird deutlich mehr Relevanz für die Armee beigemessen als noch 2006 (2006: 6.4; 2024: 7.2, +0.8). Die Verteidigung des Landes im Kriegsfall erreichte bereits 2006 mit einem Mittelwert von 8.6 den zweithöchsten Wichtigkeits-Wert. Neu wird die Wichtigkeit der Verteidigung mit 9.0 (+0.4) bewertet. Die Armeeaufgaben werden somit von der Stimmbevölkerung grundsätzlich als wichtiger wahrgenommen als noch vor knapp 20 Jahren. Die Annahme liegt nahe, dass diese gesteigerte Wahrnehmung der Wichtigkeit der Armeeaufgaben in Zusammenhang mit der erhöhten Notwendigkeit der Armee 2024 (82%) im Vergleich zur Zeit um das Jahr 2006 (75%) steht (siehe Abbildung 16).

⁷⁷ Haltiner, K. W., Wenger, A., Szvircsev Tresch, T. & Würmli, S. (2006). *Sicherheit 2006: Aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH und Militärakademie an der ETH.

Soziodemografische Einflüsse:⁷⁸

Bei der Aufgabe der Armee zur Unterstützung im Falle einer **Katastrophe in der Schweiz** zeigen sich nur geringfügige soziodemografische Unterschiede. So schenken Männer (Männer: 9.1, Frauen: 9.3; $V = 0.11$), junge Erwachsene (18–34-Jährige: 9.0, ab 35-Jährige: 9.3; $V = 0.11$) sowie Stimmberechtigte aus dem Tessin (D-CH: 9.3, F-CH: 9.2, Tessin: 8.9; $V = 0.11$) dieser Aufgabe eine leicht geringere Wichtigkeit.

Der **Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall** wird von den Befragten des politisch linken Spektrums deutlich weniger Wichtigkeit zugesprochen (links: 8.3, Mitte: 9.2, rechts: 9.4; $V = 0.19$). Auch junge Erwachsene (18–34-Jährige: 8.5, 35–49-Jährige: 9.1, 50–64-Jährige: 9.0, ab 65-Jährige: 9.3; $V = 0.11$) und Personen aus der Romandie (D-CH: 9.1, F-CH: 8.5, Tessin: 8.9; $V = 0.14$) sehen darin eine geringere Wichtigkeit.

Ob die **Terrorismusbekämpfung** als wichtige Aufgabe der Armee betrachtet wird, hängt von verschiedenen soziodemografischen Faktoren ab. Beispielsweise sehen Frauen in dieser Aufgabe eine deutlich grössere Wichtigkeit als Männer (Männer: 8.0, Frauen: 8.7; $V = 0.18$). Auch ältere Personen sehen darin eine höhere Relevanz für die Armee (18–34-Jährige: 7.9, 35–49-Jährige: 8.1, 50–64-Jährige: 8.4, ab 65-Jährige: 8.9; $V = 0.13$). Hingegen bewerten politisch links orientierte Personen die Terrorismusbekämpfung eher als eine etwas weniger wichtige Aufgabe für die Armee (links: 7.8, Mitte: 8.6, rechts: 8.5; $V = 0.15$). Dasselbe gilt für Stimmbürgerinnen und Stimmbürger aus der Romandie (D-CH: 8.5, F-CH: 7.9, Tessin: 8.2; $V = 0.12$), sowie für Personen mit hoher Bildung (tief: 8.8, mittel: 8.7, hoch: 8.1; $V = 0.14$).

Auffällig ist, wie der **Abwehr von Cyber-Attacken** Stimmberechtigte ab 65-Jahren mehr Wichtigkeit geben als Personen aus den anderen Altersgruppen (18–34-Jährige: 7.9, 35–49-Jährige: 8.1, 50–64-Jährige: 8.1, ab 65-Jährige: 8.8; $V = 0.15$). In der Romandie (D-CH: 8.3, F-CH: 7.9, Tessin: 8.2; $V = 0.11$) und bei Personen aus dem linken politischen Spektrum (links: 8.0, Mitte: 8.4, rechts: 8.4; $V = 0.11$) erhält diese Armeeaufgabe jedoch etwas weniger Relevanz.

Jüngere Erwachsene (18–34-Jährige: 7.4, 35–49-Jährige: 8.0, 50–64-Jährige: 8.3, ab 65-Jährige: 8.6; $V = 0.17$) sowie politisch links orientierte Personen (links: 7.4, Mitte: 8.4, rechts: 8.5; $V = 0.19$) sehen in der **Wahrung der Lufthoheit** eine etwas geringere Wichtigkeit als die anderen Stimmberechtigten. Dasselbe gilt für Frauen (Männer: 8.3, Frauen: 7.9; $V = 0.16$) und für Personen aus der Romandie (D-CH: 8.3, F-CH: 7.6, Tessin: 8.3; $V = 0.13$).

Bei der Frage, inwiefern es für die Armee wichtig ist, dass sie **im Falle von grossen Flüchtlingsströmen die Grenzwa**che unterstützen kann, zeigen sich grosse Bewertungsunterschiede aufgrund der politischen Orientierung. Personen aus dem linken politischen Spektrum sind diesbezüglich deutlich abgeneigter (links: 6.2, Mitte: 8.0, rechts: 8.3; $V = 0.30$). Auch junge Erwachsene (18–34-Jährige: 7.0, 35–49-Jährige: 7.5, 50–64-Jährige: 7.9, ab 65-Jährige: 7.8; $V = 0.14$), Personen mit hoher Bildung (tief: 8.2, mittel: 8.0, hoch: 7.2; $V = 0.17$) sowie Romands (D-CH: 7.7, F-CH: 7.2, Tessin: 7.9; $V = 0.1$) sehen in der Bewältigung von Flüchtlingsströmen eine geringere Wichtigkeit für die Armee.

⁷⁸ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben

Dass sich die Armee um die **Bewältigung einer Pandemie** kümmern muss, sehen Frauen als etwas wichtiger an als Männer (Männer: 7.2, Frauen: 7.8; V = 0.16). Eine höhere Bildung steht hingegen in Zusammenhang mit einer etwas geringeren eingeschätzten Wichtigkeit, dass die Armee zur Pandemiebewältigung dient (tief: 8.1, mittel: 7.8, hoch: 7.3; V = 0.12).

Die Armee im **Einsatz bei Katastrophen im Ausland** wird von Frauen deutlich häufiger als wichtig erachtet (Männer: 7.0, Frauen: 7.8; V = 0.20). Personen im rechten politischen Spektrum sehen die Katastrophenhilfe im Ausland als weniger wichtig an für die Armee (links: 7.8, Mitte: 7.6, rechts: 7.0; V = 0.15).

Dass die Armee bei Bedarf zur **Unterstützung der Polizei** aufgebildet werden kann, bewerten politisch links orientierte Personen als deutlich weniger wichtig (links: 6.6, Mitte: 7.7, rechts: 7.8; V = 0.20). Auch Stimmberechtigte mit hoher Bildung (tief: 8.1, mittel: 7.8, hoch: 7.1; V = 0.15) und aus der Romandie (D-CH: 7.5, F-CH: 7.1, Tessin: 7.7; V = 0.11) sehen darin eine geringere Relevanz. Frauen (Männer: 7.1, Frauen: 7.8; V = 0.19) und ältere Personen (18–34-Jährige: 7.1, 35–49-Jährige: 7.2, 50–64-Jährige: 7.6, ab 65-Jährige: 7.7; V = 0.12) sehen in der Unterstützung der Polizei durch die Armee hingegen eine grössere Wichtigkeit.

Stimmberechtigte aus dem linken politischen Spektrum sehen in der **Bewachung von internationalen Konferenzen** eine etwas geringere Wichtigkeit (links: 6.7, Mitte: 7.4, rechts: 7.4; V = 0.13).

Inwiefern **Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes** wichtig sind für die Armee, wird sehr unterschiedlich aufgrund der soziodemografischen Zugehörigkeit bewertet. Frauen sehen darin beispielsweise eine deutlich grössere Wichtigkeit (Männer: 6.1, Frauen: 7.6; V = 0.31). Umgekehrt sieht eine Person aus dem rechten politischen Spektrum (links: 7.2, Mitte: 7.3, rechts: 6.3; V = 0.16) sowie mit hoher Bildung (tief: 7.5, mittel: 7.2, hoch: 6.5; V = 0.11) darin eher eine geringere Wichtigkeit.

Personen im rechten politischen Spektrum geben dem **Einsatz als unbewaffnete Friedenstruppen im Ausland** eher eine tiefere Wichtigkeit (links: 6.8, Mitte: 6.5, rechts: 6.0; V = 0.14). Frauen sehen dagegen in dieser Aufgabe etwas mehr Relevanz (Männer: 6.1, Frauen: 6.6; V = 0.14).

Der **Einsatz bei Sport- und Freizeitanlässen von nationaler Bedeutung** wird von Personen mit hoher Bildung (tief: 7.1, mittel: 6.7, hoch: 5.9; V = 0.16) und aus dem linken politischen Spektrum (links: 5.7, Mitte: 6.7, rechts: 6.5; V = 0.15) am seltensten für wichtig erachtet. Frauen sehen darin hingegen eine grössere Relevanz für die Armee (Männer: 6.0, Frauen: 6.6; V = 0.17).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des Kapitels:⁷⁹

Stimmberechtigte neigen jeweils dazu, gewisse Armeeaufgaben im Speziellen als wichtig zu erachten. Beispielsweise geht eine hohe Bewertung der Wichtigkeit des Katastrophenschutzes in der Schweiz einher mit einer hohen wahrgenommenen Wichtigkeit des Katastrophenschutzes im Ausland ($V = 0.20$) sowie der Unterstützung im Falle einer Pandemie ($V = 0.21$).

Wer stattdessen eher die Wahrung der Lufthoheit ($V = 0.32$) und die Verhinderung von Terroranschlägen ($V = 0.26$) als besonders wichtige Armeeaufgaben erachtet, sieht verstärkt auch in der Landesverteidigung eine höhere Wichtigkeit. Wird die Verteidigung als zentrale Aufgabe der Armee besonders stark betont, geht dies einher mit einer geringeren wahrgenommenen Wichtigkeit der Aufgaben im Rahmen von Sport- und Festanlässen ($V = 0.12$).

Diejenigen, welche der Armee besonders in der Terrorismusbekämpfung eine grosse Wichtigkeit beimessen, tun dies auch häufiger im Falle der Abwehr von Cyber-Attacken ($V = 0.27$) und bei der Unterstützung der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen ($V = 0.25$).

Wird die Abwehr von Cyber-Angriffen besonders als Armeeaufgabe betont, geht dies auch einher mit einer höheren Gewichtung der Wahrung der Lufthoheit ($V = 0.23$) sowie der Katastrophenhilfe in der Schweiz als wichtige Aufgaben der Armee ($V = 0.21$).

Stimmberechtigte, welche die Bewältigung von grossen Flüchtlingsströmen als zentrale Armeeaufgabe beurteilen, sehen öfters auch die Unterstützung der Polizei durch die Armee als wichtig ($V = 0.27$). Hingegen sehen sie eine geringere Wichtigkeit beim Einsatz in Friedensmissionen oder bei der Katastrophenhilfe im Ausland ($V = 0.11$).

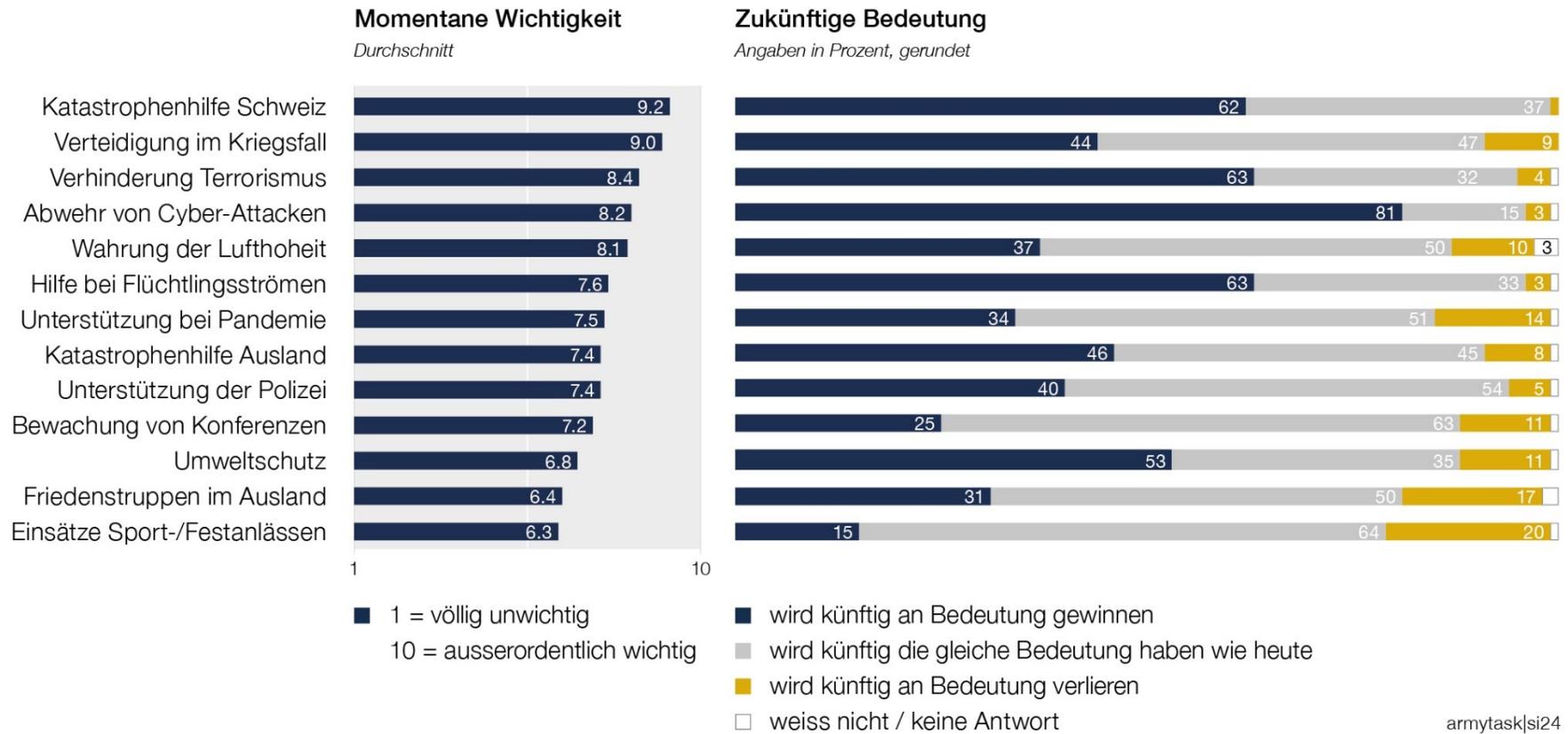
Wer wiederum die Wichtigkeit von unbewaffneten Friedensmissionen im Ausland als hoch einschätzt, tut dies häufiger auch im Falle der Katastrophenhilfe im Ausland ($V = 0.21$).

Schliesslich wird die Wichtigkeit der Bewachung von internationalen Konferenzen vor allem von Personen als hoch beurteilt, welche den Armeeeinsatz bei Sport- und Festanlässen ($V = 0.20$), sowie von Personen, welche Friedensmissionen im Ausland als wichtig erachten ($V = 0.17$).

⁷⁹ In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

Abbildung 23: Momentane Wichtigkeit und zukünftige Bedeutung von Aufgaben der Schweizer Armee

«Für wie wichtig halten Sie persönlich folgende Aufgaben der Schweizer Armee momentan» und «geben Sie bitte zusätzlich für jede Aufgabe, deren zukünftige Bedeutung an.»



7.2 Zukünftige Bedeutung ausgewählter Armeeaufgaben aus Sicht der Stimmbevölkerung

Mit dem Bericht «Die Verteidigungsfähigkeit stärken»⁸⁰ setzt die Armee ein klares Signal, dass sie in Zukunft vermehrt die Landesverteidigung in den Fokus ihrer Tätigkeiten stellen wird. Die bisher erhobenen Daten der Studienreihe «Sicherheit» zeigen, dass die Stimmbevölkerung die Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall stets als einen Kernauftrag der Armee ansieht (siehe Kapitel 7.1). Wie bewerten sie die zukünftige Bedeutung ausgewählter Armeeaufgaben? Hierfür wurden die Befragten der Studie «Sicherheit 2024» aufgefordert, einzuschätzen, inwiefern die 13 ausgewählten Armeeaufgaben zukünftig «an Bedeutung gewinnen», «an Bedeutung verlieren», oder «die gleiche Bedeutung haben werden wie heute».

Die Ergebnisse zeigen, dass eine Mehrheit der Stimmberechtigten bei fünf der 13 erfragten Armeeaufgaben in Zukunft eine zunehmende Bedeutung erkennen (siehe Abbildung 23). Am klarsten zeigt sich dies bei der Abwehr von Cyber-Attacken. Diese Aufgabe wird gemäss 81% der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen in Zukunft bedeutender als heute. Ebenso an Bedeutung gewinnen werden laut den Befragten mit jeweils 63% die Unterstützung der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen sowie die Verhinderung von Terroranschlägen. 62% sehen einen Bedeutungszuwachs bei der Katastrophenhilfe in der Schweiz. 53% der Befragten sind der Meinung, dass Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes für die Armee an Bedeutung gewinnen werden.

Bei drei der 13 erfragten Armeeaufgaben sieht eine Mehrheit der Stimmberechtigten in Zukunft keine Bedeutungsveränderung im Vergleich zu heute. So geben 64% der Befragten an, dass die Unterstützung bei Sport- und Freizeitanlässen den gleichen Stellenwert für die Armee haben wird, wie dies heute der Fall ist. Gemäss 63% wird die Bedeutung der Bewachung von internationalen Konferenzen unverändert bleiben. 54% sind der Ansicht, dass der Unterstützung der Polizei in Zukunft die gleiche Bedeutung zukommen wird wie aktuell.

Fünf der 13 erfragten Aufgaben der Armee erreichen keine eindeutige Mehrheit bei der Einschätzung, ob sie in Zukunft bedeutender werden oder die gleiche Bedeutung haben, aber mit der allgemeinen Tendenz, dass die Bedeutung eher zunimmt. Dies betrifft die Katastrophenhilfe im Ausland, bei der sich 46% für eine höhere Bedeutung und 45% für eine gleichbleibende Bedeutung aussprechen. Ähnlich wird die zukünftige Entwicklung der Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall bewertet: Hier sehen 44% einen Bedeutungsgewinn, 47% eine gleichbleibende Relevanz. Bei der Wahrung der Lufthoheit sehen 50% eine unveränderte Bedeutung in der Zukunft und 37% eine zunehmende Relevanz. Der Einsatz im Rahmen der Pandemiebekämpfung (51% mehr, 34% gleiche Bedeutung) sowie der Einsatz von Friedenstruppen (50% mehr, 31% gleiche Bedeutung) werden hinsichtlich ihrer zukünftigen Bedeutung ähnlich bewertet.

Schliesslich ist anzumerken, dass nur eine kleine Minderheit der Stimmbevölkerung davon ausgeht, dass die erfragten Aufgaben der Armee an Bedeutung verlieren werden. Am ehesten könnte dies gemäss 20% der Befragten im Rahmen der Mithilfe bei Sport- und Festanlässen oder – gemäss 17% – bei Friedenstruppen im Ausland der Fall sein. Die Unterstützung bei der Pandemiebewältigung erwähnen 14% als weniger bedeutsam in der Zukunft. Hingegen rechnet so gut wie niemand damit, dass die Katastrophenhilfe in

⁸⁰ Schweizer Armee (2023). Die Verteidigungsfähigkeit stärken. Zielbild und Strategie für den Aufwuchs. August 2023, Gruppe Verteidigung.

der Schweiz (1%), die Abwehr von Cyber-Attacken (3%), oder die Unterstützung der Grenzwa- che bei Flüchtlingsströmen (3%) in Zukunft als Aufgaben der Armee an Bedeu- tung verlieren werden.

Die Frage nach der zukünftigen Bedeutung bestimmter Armeeaufgaben wurde bereits in früheren Ausgaben der Studienreihe «Sicherheit» in unregelmässigen Abständen er- fasst. Beispielsweise waren im Jahr 2014 lediglich 49% der Stimmberechtigten der An- sicht, dass der Abwehr von Cyber-Attacken in Zukunft eine grössere Bedeutung zu- kommt.⁸¹ Anfangs 2024 ist die Wahrnehmung diesbezüglich mit 81% (+32 Pp) Zustim- mung deutlich höher.

Dass die Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, erachtete in den Jahren 2000 und 2003 jeweils knapp 40% der Befragten als wahr- scheinlich. In den anschliessenden Messungen von 2005 bis 2014⁸² teilten rund 30% die Ansicht, dass die Verteidigung in Zukunft bedeutsamer sein wird. Somit zeigt sich, dass der aktuelle Anteil von 44% der Stimmberechtigten, welche der Landesverteidigung eine steigende zukünftige Relevanz zusprechen, der höchste gemessene Wert in der Studien- reihe «Sicherheit» darstellt.

Die Einschätzung, dass die Bewachung von internationalen Konferenzen in Zukunft an Bedeutung für die Armee gewinnen wird, ist aktuell mit 25% Zustimmung verglichen mit früheren Messungen auf einem sehr tiefen Niveau. Noch in den Jahren 2000 und 2003 war eine Mehrheit von knapp 60% dieser Ansicht. Von 2005 bis 2014⁸³ waren zwischen 35% und 40% der Ansicht, dass die Bewachung von internationalen Konferenzen eine zunehmende Bedeutung im Rahmen der Armeeaufgaben einnehmen wird. Damit liegt der aktuelle Anteil 18 Prozentpunkte unter dem langjährigen Schnitt von 43% Zustimmung.

Erwähnenswert ist schliesslich auch, dass 2014 jede dritte Person (30%) davon aus- ging, dass sich die Armee in Zukunft vermehrt mit Aufgaben bei Sport- und Festanlässen beschäftigen wird. Im Januar 2024 sind es mit 15%, welche diese Ansicht vertreten, deut- lich weniger als noch vor zehn Jahren.

Soziodemografische Einflüsse:

Bei der Bewertung der zukünftigen Bedeutung von Einsätzen bei **Katastrophen in der Schweiz** zeigen sich keine bedeutenden soziodemografischen Zusammenhänge.

Stimmberechtigte ab 65 Jahren sind im Gegensatz zu den jüngeren Altersgruppen klar öfters der Meinung, dass die **Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall** in Zukunft an Be- deutung gewinnen wird (18–34-Jährige: 37%, 35–49-Jährige: 35%, 50–64-Jährige: 43%, ab 65-Jährige: 57%; $V = 0.13$). Hingegen sieht nur eine Minderheit der politisch links ori- entierten Personen in der Landesverteidigung eine zunehmende Bedeutung (links: 29%, Mitte: 49%, rechts: 51%; $V = 0.14$). Auch Befragte mit einer hohen Bildung sehen einen zukünftigen Anstieg der Bedeutung der Landesverteidigung weniger oft (tief: 54%, mittel: 52%, hoch: 36%; $V = 0.12$).

⁸¹ Szvircsev Tresch, T., Wenger, A., Craviolini, J., Vogler-Bisig, E., Krämer, E. & Pfister, S. (2014). *Sicherheit 2014: Aus- sen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich; Militärakademie an der ETH Zürich.

⁸² Zustimmung zur Aussage, dass die Verteidigung im Kriegsfall an Bedeutung gewinnen wird, 2005: 27%; 2006: 34%; 2008: 31%; 2014: 27%.

⁸³ Zustimmung zur Aussage, dass die Bewachung von internationalen Konferenzen an Bedeutung gewinnen wird, 2005: 36%; 2006: 36%; 2014: 39%.

Während sich junge Erwachsene uneins darüber sind, ob die **Verhinderung von Terror-attacken** in Zukunft an Bedeutung für die Armee gewinnen wird, teilen ältere Befragte mehrheitlich klar diese Ansicht (18–34-Jährige: 50%, 35–49-Jährige: 62%, 50–64-Jährige: 63%, ab 65-Jährige: 75%; $V = 0.14$). Auch im linken politischen Lager ist die Meinung weniger stark vertreten, dass sich die Armee zukünftig vermehrt mit Terrorismusbekämpfung beschäftigen wird (links: 56%, Mitte/rechts: 67%; $V = 0.10$).

Die **Abwehr von Cyber-Attacken** wird insbesondere aus Sicht von Stimmberechtigten aus der Deutschschweiz an Bedeutung zunehmen (D-CH: 85%, F-CH: 72%, Tessin: 69%; $V = 0.11$).

Ältere Stimmberechtigte sind vergleichsweise öfters der Meinung, dass die **Wahrung der Lufthoheit** in Zukunft für die Schweizer Armee bedeutsamer sein wird (18–34-Jährige: 26%, 35–49-Jährige: 32%, 50–64-Jährige: 40%, ab 65-Jährige: 49%; $V = 0.14$). Diese Ansicht vertreten Personen aus dem linken politischen Spektrum deutlich seltener (links: 26%, Mitte: 42%, rechts: 43%; $V = 0.12$).

Während sich politisch links eingestellte Personen uneins darüber sind, ob die Armee in Zukunft vermehrt zur **Unterstützung der Grenzwa- che bei grossen Flüchtlingsströmen** eingesetzt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Stimmberechtigte bei dieser Aufgabe eine zunehmende Relevanz erkennen, je weiter rechts sie sich politisch positionieren (ganz links: 50%, eher links: 51%, in der Mitte: 62%, eher rechts: 68%, ganz rechts: 80%; $V = 0.15$).

Dass sich die Armee in Zukunft öfters mit der **Bewältigung einer Pandemie** beschäftigen wird, wird in der Deutschschweiz etwas seltener als wahrscheinlich betrachtet als in den anderen beiden Sprachregionen (D-CH: 32%, F-CH / Tessin: 40%; $V = 0.11$).

Eine Mehrheit der politisch links eingestellten Personen sieht eine zunehmende Bedeutung bei der **Katastrophenhilfe im Ausland**, während Stimmberechtigte aus dem rechten politischen Spektrum diesbezüglich deutlich mehr Vorbehalte haben (links: 57%, Mitte: 48%, rechts: 36%; $V = 0.13$). Auch ältere Stimmbürgerinnen und Stimmbürger (18–34-Jährige: 54%, 35–49-Jährige: 51%, 50–64-Jährige: 44%, ab 65-Jährige: 36%; $V = 0.11$) sowie Männer (Männer: 40%, Frauen: 51%; $V = 0.12$) sind deutlich seltener der Ansicht, dass die Katastrophenhilfe im Ausland für die Armee an Bedeutung zulegen wird.

Dass die Armee zukünftig der **Polizei vermehrt Unterstützung** bieten wird, wird vor allem bei Personen aus dem ganz rechten politischen Spektrum vermehrt als wahrscheinlich erachtet (ganz links: 30%, eher links: 26%, in der Mitte: 44%, eher rechts: 44%, ganz rechts: 56%; $V = 0.17$). Diese Entwicklung sehen Personen mit hoher Bildung hingegen weniger oft (tief / mittel: 47%, hoch: 35%; $V = 0.13$).

Bei der Bewertung der zukünftigen Bedeutung, welche die **Bewachung von internationalen Konferenzen** haben wird, zeigen sich keine soziodemografisch bedingten Unterschiede. Eine klare Mehrheit der politisch links orientierten Personen sieht einen zukünftigen Bedeutungszuwachs bei **Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes** (links: 69%, Mitte: 50%, rechts: 43%; $V = 0.16$). Auch Frauen (Männer: 46%, Frauen: 60%; $V = 0.16$) sehen darin öfters eine zunehmende Relevanz.

Frauen sehen tendenziell auch öfters eine zunehmende Bedeutung von **Friedensmissionen im Ausland** (Männer: 27%, Frauen: 35%; $V = 0.12$). Bedeutsam sind auch die Unterschiede aufgrund der politischen Orientierung, da je weiter rechts sich jemand politisch verortet (ganz links: 45%, eher links: 37%, in der Mitte: 30%, eher rechts: 29%, ganz rechts: 19%; $V = 0.12$), desto unwahrscheinlicher ist es, dass diese Person den Friedensmissionen im Ausland in Zukunft eine grössere Bedeutung beimisst.

Im Gegensatz zu Stimmberechtigten mit hoher Bildung schreiben jene mit tiefer Bildung den **Aufgaben bei Sport- und Freizeitanlässen** durch die Armee eine grössere Bedeutung zu (tief: 31%, mittel: 19%, hoch: 11%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des Kapitels:

Es zeigt sich grundsätzlich, dass je wichtiger jemand eine Aufgabe der Armee momentan findet, desto wahrscheinlicher wird derselben Aufgabe in Zukunft eine zunehmende Bedeutung zugeschrieben. Darüber hinaus zeigt sich etwa, dass Stimmberechtigte, welche davon ausgehen, dass die Katastrophenhilfe im Ausland an Bedeutung zunehmen wird, dasselbe auch von der Katastrophenhilfe im Inland ($V = 0.20$), von Aufgaben im Bereich des Umweltschutzes ($V = 0.24$) sowie von Friedensmissionen im Ausland annehmen ($V = 0.31$).

Stimmberechtigte, welche in Zukunft eine zunehmende Relevanz in Friedensmissionen im Ausland sehen, tun dies auch häufiger für die Bewachung von internationalen Konferenzen ($V = 0.18$). Hingegen gehen sie eher davon aus, dass die Katastrophenhilfe in der Schweiz die gleiche Bedeutung beibehalten wird wie bisher ($V = 0.31$).

Wer davon ausgeht, dass die Wahrung der Lufthoheit in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, geht auch häufiger davon aus, dass die Landesverteidigung eine bedeutendere Rolle spielen wird ($V = 0.37$).

Wenn Stimmbürgerinnen und Stimmbürger der Unterstützung der Grenzwa- che bei grossen Flüchtlingsströmen zukünftig eine grössere Bedeutung beimessen, gehen sie auch bei der Verteidigung der Schweiz im Kriegsfall ($V = 0.21$) sowie bei der Verhinderung von Terrorangriffen ($V = 0.24$) öfters davon aus, dass sie an Relevanz für die Armee gewinnen werden. Dasselbe gilt für Personen, welche davon ausgehen, dass in Zukunft die Abwehr von Cyber-Attacken bedeutsamer werden. Auch sie sehen eine zunehmende Bedeutung im Bereich der Landesverteidigung ($V = 0.15$) und bei der Verhinderung von Terrorangriffen ($V = 0.23$).

Geht man davon aus, dass die Bewachung von internationalen Konferenzen zukünftig bedeutsamer wird, hat man auch öfters den Eindruck, dass die Armee verstärkt zur Unterstützung der Polizei ($V = 0.25$) sowie im Rahmen von Sport- und Freizeitanlässen ($V = 0.21$) eingesetzt wird.

Schliesslich zeigt sich, dass wer der Katastrophenhilfe in der Schweiz eine grössere Bedeutung in der Zukunft beimisst, dies insbesondere auch für die Bekämpfung einer Pandemie tut ($V = 0.18$).

8 Künstliche Intelligenz und Schweizer Armee

Mit dem Aufkommen von auf künstlicher Intelligenz (KI) basierenden Chatbots wie ChatGPT oder Google Bard⁸⁴ Ende 2022 wurden die Fähigkeiten der künstlichen Intelligenz für die Allgemeinheit erfahrbar. Dies führte zu einer breiten akademischen und gesellschaftlichen Debatte über die Verwendung von KI-basierten Technologien.⁸⁵ Anfänglich konzentrierte sich diese Debatte hauptsächlich auf zivile Anwendungen,⁸⁶ doch angesichts des grossen Einflusses der künstlichen Intelligenz auf das Wehrwesen ist es nicht erstaunlich, dass die Diskussion auch den militärischen Bereich erreicht.⁸⁷

Trotz der thematischen Brisanz ist die Meinung der Schweizer Bevölkerung zum militärischen Einsatz von KI noch nicht untersucht worden. Bisherige Umfragen fokussieren vor allem auf zivile Themen. In diesen zeigen sich Schweizerinnen und Schweizer vergleichsweise skeptisch in Bezug auf die Auswirkungen der KI auf den Arbeitsmarkt⁸⁸ oder auf journalistische Inhalte⁸⁹.

Die Bevölkerungsmeinung zum Einsatz von künstlicher Intelligenz im militärischen Kontext durch die Schweizer Armee wird im Rahmen der Studie «Sicherheit 2024» zum ersten Mal erhoben. Der Anspruch ist, mit vier Aussagen die grundsätzliche Einstellung der Schweizer Bevölkerung zum militärischen Einsatz von KI abzufragen. Anhand von zukünftigen Messungen derselben Aussagen sollen dann Veränderung des Meinungsbilds im Verlauf der gesellschaftlichen Debatte der kommenden Jahre abgebildet werden.

Die grundsätzliche Einstellung zur militärischen Nutzung von künstlicher Intelligenz wird mit zwei Fragen ermittelt. Einerseits sollten die Befragten angeben, ob sie mit der Aussage «der militärische Einsatz von künstlicher Intelligenz durch die Schweizer Armee erhöht die Sicherheit von der Schweiz» einverstanden sind oder nicht. Andererseits wurde gefragt, ob die Stimmbevölkerung den militärischen Einsatz von KI als grosses Risiko für die Schweiz empfindet oder nicht.

Zwei weitere Fragen fokussieren auf die Entwicklung von künstlicher Intelligenz. Einerseits wird erhoben, ob die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee gefördert werden soll. Andererseits wird gefragt, ob die Stimmbevölkerung die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee, als grundsätzlich falsch empfindet. Daneben wurde ebenfalls das Vertrauen in KI erhoben (siehe Kapitel 3).

⁸⁴ Google Bard wurde in Februar 2024 in Google Gemini umbenannt. (Vgl.: Richard Nieva: Google Has Renamed Bard After Gemini, The AI Model That Powers It. In: Forbes. 8. Februar 2024).

⁸⁵ Vogler, D., Eisenegger, M., Fürst, S., Udris, L., Ryffel, Q., Rivière, M. & Schäfer, M. S. (2023). *Jahrbuch Qualität der Medien 2023*. <https://doi.org/10.24894/978-3-7965-4894-9>

⁸⁶ Lillemäe, E., Talves, K. & Wagner, W. (2023). Public perception of military AI in the context of techno-optimistic society. *AI & SOCIETY*. <https://doi.org/10.1007/s00146-023-01785-z>

⁸⁷ Süssli, T. (Hrsg.). (2023a). stratos (01–23). <https://www.vtg.admin.ch/de/aktuell/publikationen/stratos.html>

⁸⁸ Europäischen Kommission, Generaldirektion Forschung und Innovation. (2021). *Kenntnisse und Einstellungen der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu Wissenschaft und Technologie: Spezial-Eurobarometer 516 – April–Mai 2021* (Nr. 978-92-76-41144-4). <https://doi.org/10.2775/844093>

⁸⁹ Vogler et al. (2023).

Abbildung 24: Einstellungen zur Verwendung von künstlicher Intelligenz zur Landesverteidigung

«Wie schätzen Sie die folgenden Aussagen zur Verwendung von künstlicher Intelligenz bei militärischen Einsätzen der Schweizer Armee für die Landesverteidigung ein?»

Angaben in Prozent, gerundet



■ sehr einverstanden ■ eher nicht einverstanden □ weiss nicht / keine Antwort
 ■ eher einverstanden ■ gar nicht einverstanden

ai|si24

Obwohl die Fragen zum ersten Mal erhoben werden und die gesellschaftliche Diskussion über Anwendungen der KI erst begonnen hat, wurden die Fragen von beinahe allen Befragten beantwortet. Nur 3% respektive 4% der Befragten antworten nicht auf die vier Aussagen.

8.1 Förderung der Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz

Eine Mehrheit von 63% der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützt die Aussage, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee gefördert werden soll (siehe Abbildung 24). 19% sind «sehr» und 44% «eher» einverstanden. Im Gegensatz dazu ist eine Minderheit von 34% der Bevölkerung mit der Aussage «eher» (25%) oder «gar nicht» einverstanden (9%).

Soziodemografische Einflüsse:⁹⁰

In Bezug auf die Förderung der Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz sind Personen mit tiefem oder mittlerem Bildungsabschluss eindeutig skeptischer als Befragte mit hohem Bildungsniveau (tief: 50%, mittel: 54%, hoch: 71%; $V = 0.16$)⁹¹. Weiter stimmen politisch in der Mitte stehende Schweizerinnen und Schwei-

⁹⁰ Es werden nur soziodemografische Unterschiede diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression mit allen soziodemografischen Variablen einen statistisch signifikanten Einfluss auf die abhängige Variable haben

⁹¹ Im Folgenden wird das Cramer's V mit V abgekürzt. Wertebereich 0 bis 1, $V = 0.1$ kleiner Effekt, $V = 0.3$ mittlerer Effekt, $V = 0.5$ grosser Effekt.

zer der Förderung von künstlicher Intelligenz zu militärischen Zwecken eindeutig weniger oft zu (links: 67%, Mitte: 55%, rechts: 68%; $V = 0.10$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des achten Kapitels:⁹²

Wer die Aussage, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee gefördert werden soll, unterstützt, ist mit grösserer Wahrscheinlichkeit auch der Meinung, dass der Einsatz von künstlicher Intelligenz die Sicherheit der Schweiz erhöht ($V = 0.52$). Dagegen sieht diese Gruppe die Entwicklung von militärischer KI seltener als falsch ($V = 0.45$) und empfindet den Einsatz von KI in der Schweizer Armee weniger häufig als Sicherheitsrisiko ($V = 0.37$). Weiter haben Befürwortende der Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz im Schnitt ein höheres Vertrauen in die KI ($V = 0.26$).⁹³

8.2 Künstliche Intelligenz im militärischen Einsatz als Beitrag zur Sicherheit

61% der Befragten geben an, dass der militärische Einsatz von künstlicher Intelligenz durch die Schweizer Armee die Sicherheit der Schweiz erhöht. 13% sind «sehr» und 48% «eher» einverstanden. Währenddessen sind 26% der Befragten «eher nicht einverstanden» und 9% «gar nicht einverstanden». Es äussern sich also insgesamt 35% der Befragten ablehnend (26% «eher», 9% «gar nicht» einverstanden).

Soziodemografische Einflüsse:

Männer sind im Vergleich zu Frauen öfters der Meinung, dass der militärische Einsatz von KI zur Sicherheit der Schweiz beiträgt (Männer: 66%, Frauen: 56%; $V = 0.12$). Dasselbe gilt für Personen mit hoher Bildung. Sie stimmen der Aussage öfters zu als Befragte mit mittlerem oder tiefem Bildungsniveau (tief: 53%, mittel: 53%, hoch: 67%; $V = 0.12$). Schliesslich gibt es auch zwischen den politischen Lagern gewisse Unterschiede. Verglichen mit Personen der politischen Mitte sind Befragte, die sich links oder rechts einordnen, öfters der Meinung, dass KI im militärischen Einsatz zur Sicherheit der Schweiz beiträgt (Mitte: 51%, links / rechts: 65%; $V = 0.13$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des achten Kapitels:

Innerhalb der Fragebatterie zur künstlichen Intelligenz im militärischen Einsatz bestehen vergleichsweise hohe Zusammenhänge. Befragte, die der Auffassung sind, dass der militärische Einsatz von KI zur Sicherheit der Schweiz beiträgt, unterstützen auch häufiger die Förderung von KI-Entwicklung ($V = 0.52$). Sie erachten die Entwicklung von KI für den militärischen Einsatz auch seltener als grundsätzlich falsch ($V = 0.41$) und empfinden den Einsatz seltener als Risiko ($V = 40$). Ausserdem haben Befragte, welche diese Sichtweise vertreten, durchschnittlich mehr Vertrauen in die KI ($V = 0.27$).

⁹² In diesem Abschnitt werden nur Zusammenhänge diskutiert, die sowohl bivariat (Cramer's V) als auch in einer multivariaten Regression unter Konstanthaltung der soziodemografischen Variablen statistisch signifikant sind. Dabei werden keine Zusammenhänge zu den in anderen Kapiteln beschriebenen Variablen untersucht.

⁹³ Das Vertrauen in die KI (\emptyset 4.6) wurde bereits in Kapitel 3 diskutiert.

8.3 Künstliche Intelligenz im militärischen Einsatz als Risiko

Eine Minderheit von 45% der Befragten stimmt zu, dass der militärische Einsatz von KI ein grosses Risiko für die Schweiz darstellt. Dabei sind 11% «sehr» und 34% «eher» einverstanden. Demgegenüber stehen 51%, die den Einsatz von KI nicht als Risiko sehen (12% «eher», 39% «gar nicht» einverstanden).

Soziodemografische Einflüsse:

Wiederum hängt das Bildungsniveau mit der Einstellung zu KI im militärischen Einsatz zusammen. Für Personen, die einen hohen Bildungsniveau haben, stellt KI im militärischen Einsatz signifikant weniger oft ein grosses Risiko für die Schweiz dar als für Personen mit einem mittleren Abschluss (tief: 39%, mittel: 52%, hoch: 40%; $V = 0.12$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des achten Kapitels:

Personen, die den militärischen Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Schweizer Armee als grosses Risiko empfinden, sehen diesen Einsatz seltener als Beitrag zur Sicherheit ($V = 0.40$) und lehnen auch die Entwicklung von KI für militärische Zwecke öfters ab ($V = 0.37$). Im Gegenzug empfinden sie die Entwicklung von KI häufiger als grundsätzlich falsch ($V = 0.43$). Befragte, die den militärischen Einsatz von künstlicher Intelligenz als grosses Risiko sehen, haben ein tieferes Vertrauen in die KI ($V = 0.22$).

8.4 Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz als Fehler

28% der Schweizerinnen und Schweizer stimmen zu, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee grundsätzlich falsch ist. 9% äussern sich als «sehr», 19% als «eher» einverstanden. Demgegenüber steht eine Mehrheit von 68%, welche die Aussage nicht unterstützen. Diese Gruppe besteht aus 41%, die «eher nicht einverstanden» und 27% die «gar nicht einverstanden» sind.

Soziodemografische Einflüsse:

Wie bei allen bisher beschriebenen Fragen zur Einstellung gegenüber KI spielt auch bei der grundsätzlichen Haltung zur Entwicklung von KI für den militärischen Einsatz das Bildungsniveau eine Rolle. Personen mit hoher Bildung stimmen der Aussage signifikant weniger oft zu als alle anderen (tief: 42%, mittel: 35%, hoch: 21%; $V = 0.19$). Ausserdem sind Personen der politischen Mitte skeptischer gegenüber der Entwicklung von KI für den militärischen Einsatz als Befragte des politischen linken und rechten Spektrums (links: 21%, Mitte: 37%, rechts: 25%; $V = 0.11$).

Weitere signifikante Unterschiede innerhalb des achten Kapitels:

Befürworterinnen und Befürworter der Aussage, dass die Entwicklung von künstlicher Intelligenz für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee grundsätzlich falsch ist, sehen den militärischen Einsatz von KI auch eher als grosses Risiko ($V = 0.43$). Sie sind seltener der Meinung, dass der Einsatz von KI die Sicherheit der Schweiz erhöht ($V = 0.41$) und dass die Entwicklung von KI für militärische Einsätze gefördert werden soll ($V = 0.45$).

9 Fazit der Studie «Sicherheit 2024»

Der Vergleich der im Januar 2024 durchgeführten Studie mit der Haupterhebung im Januar 2022 kurz vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges (24.02.2022), sowie der vier Monate nach Kriegsbeginn durchgeführten Nachbefragung (Juni 2022) als auch der Erhebung im Januar 2023 zeigt Folgendes:

Es ist davon auszugehen, dass die angespannte weltpolitische Lage und Krisen im Allgemeinen, der Ukraine-Krieg und Israel-Gaza-Krieg im Besonderen, als auch die gesellschaftlichen und politischen Diskussionen der Rolle der Schweiz als neutraler Staat das aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild massgeblich beeinflusst haben.

Die weltpolitische Lage wird so pessimistisch wie noch nie seit Messbeginn dieser Frage im Jahr 2015 eingeschätzt. Die Zukunft der Schweiz wird dagegen auch im Januar 2024 von der Mehrheit der Stimmberechtigten (79%) optimistisch gesehen und bleibt somit auf hohem Niveau stabil. Hoch (92%) ist auch das allgemeine Sicherheitsempfinden der Bevölkerung. Auch das allgemeine Vertrauen in die Institutionen ist nach wie vor hoch.

Nach wie vor unterstützt die Stimmbevölkerung eine verstärkte wirtschaftliche Kooperation mit der EU, ohne dass die Schweiz dieser beitreten sollte. Die Zusammenarbeit mit der UNO und «weiche» Kooperationsformen (Konfliktvermittlung, Entwicklungshilfe) werden mehrheitlich unterstützt, obwohl die Unterstützung für mehr Entwicklungshilfe in diesem Jahr tiefer ausfällt. Seit Kriegsausbruch in der Ukraine wird eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung zu einer NATO-Annäherung gemessen. Dies zeigt sich im Januar 2024 mit einem Wert von 52%.

Bezüglich spezifischen Kooperationsformen mit der NATO stossen politische und institutionelle Kooperationen auf breite Zustimmung, solange diese auf der Ebene von Gesprächen und Planungen bleiben. Ebenso spricht aus Sicht einer Mehrheit der Stimmbevölkerung nichts gegen eine technologische Kooperation mit der NATO. Uneinigkeit in der Bevölkerung ist insbesondere bezüglich einer operativen Zusammenarbeit mit der NATO festzustellen. Ein Beitritt zur NATO ist weiterhin ein Minderheitsanliegen. Im Gegensatz dazu unterstützt eine Mehrheit (62%) die Teilnahme an der European Skyshield Initiative.

Seit Kriegsausbruch werden die Neutralität im Allgemeinen sowie ihre Funktionen (Solidaritäts-, Identitäts- und sicherheitspolitische Funktion) im Besonderen weniger stark unterstützt. Stimmberechtigte sind bei der Frage, ob die bewaffnete Neutralität heute noch glaubhaft geschützt werden kann, gespalten. Obschon die Neutralität anhaltend kritischer bewertet wird als noch vor dem Ukraine-Krieg, möchte die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer an ihr festhalten. Von der Richtigkeit der gegenüber Russland ergriffenen Sanktionen als auch von deren Vereinbarkeit mit der Neutralität ist nach wie vor eine Bevölkerungsmehrheit überzeugt, dabei ist aber die Zustimmung zu den Sanktionen statistisch signifikant gesunken. Der Anteil, der durch die Sanktionen die «Guten Dienste» der Schweiz in Gefahr sieht, ist dagegen signifikant gestiegen.

Schweizerinnen und Schweizer wünschen sich eine einsatzfähige Armee. Um dies sicherzustellen, fordert eine grosse Mehrheit sowohl eine «sehr gut ausgebildete» als auch eine «vollständig ausgerüstete» Armee. Die Wehrpflicht als Rekrutierungsform wird so deutlich unterstützt wie seit langem nicht mehr. Eine relative Mehrheit von 45% zeigt sich zufrieden mit den finanziellen Ressourcen für die Landesverteidigung. Jede fünfte Person erachtet die Ausgaben für die Verteidigung als zu tief. Dies entspricht dem höchsten Wert seit Messbeginn im Jahr 1986. Insgesamt erachten 82% der Stimmberechtigten die Armee als notwendig.

Die Befragten sehen in der Katastrophenhilfe für die Schweiz sowie in der Landesverteidigung klar die wichtigsten Aufgaben für die Armee. Auch der Verhinderung von Terrorangriffen, der Abwehr von Cyber-Attacken, sowie der Wahrung der Lufthoheit wird eine überdurchschnittliche Relevanz für die Armee zugesprochen. Insgesamt zeigt sich, dass Stimmberechtigte den Armeeaufgaben eine grössere Wichtigkeit beimessen als noch vor gut 20 Jahren. Laut einer deutlichen Mehrheit wird sich die Armee zukünftig vermehrt mit der Abwehr von Cyber-Attacken beschäftigen müssen. Auch die Katastrophenhilfe in der Schweiz, die Terrorismusbekämpfung, sowie die Unterstützung der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen werden von einer Mehrheit in Zukunft für die Armee als wichtiger erachtet.

Gegenüber dem Einsatz von künstlicher Intelligenz durch die Schweizer Armee sind die Befragten verhalten positiv eingestellt.

Synthese:

Es fällt auf, dass seit der Invasion Russlands einer NATO-Annäherung überdurchschnittlich stark zugestimmt wird, währenddessen die Neutralität seit dann vergleichsweise kritischer bewertet wird.

10 Anhang

10.1 Fragebogen

Begrüssung.

1. Guten Tag,
hier ist ... Ich läute Ihnen im Auftrag vom Bund an. Wir vom Forschungsinstitut LINK sind mit der Durchführung von einer Befragung von Stimmberechtigten zum Thema Sicherheit beauftragt worden. Das Interview dauert rund 25 Minuten. Aufgrund von unserem statistischen Auswahlverfahren sollte ich das Interview mit dem/der [Einblendung Vor- und Nachname, Geschlecht, Alter] führen.
Sind Sie das selber oder können Sie mich mit dieser Person verbinden?

- (1) OK, weiter mit Interview
- (0) Nicht OK, Interviewabbruch
- (-96) keine Angabe

2. Zu Schulungszwecken werden ca. 5 % von den Interviews durch Projektverantwortliche mitgehört.

[INTERN] FALLS DIE BEFRAGTE PERSON ZÖGERT: Dabei geht es aber nur um meine Befragungstechnik und nicht um Ihre Antworten.

- (1) OK, weiter mit Interview
- (0) Nicht OK, Interviewabbruch
- (-96) keine Angabe

Zunächst einige Einstiegsfragen.

3. Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

[INTERN] Alter notieren.

- (1) Long
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

4. Sind Sie in der Schweiz auf eidgenössischer Ebene stimmberechtigt?

[INTERN] Eidgenössische Stimmberechtigung bedeutet, dass die Befragten einen Schweizer Pass oder Schweizer Identitätskarte besitzen müssen.

- (1) Ja
- (0) Nein
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

5. Wie lautet die Postleitzahl von Ihrem Hauptwohnsitz?

- (1) Long
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

6. Bitte geben Sie Ihr Geschlecht an.

[INTERN] InterviewerIn teilt der befragten Person mit, was er/sie ankreuzt und ändert die Angabe bei Widerrede.

- (1) Mann
- (2) Frau
- (3) Anderes
- (-96) keine Angabe
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

7. Ich nenne Ihnen jetzt einige Einrichtungen vom öffentlichen Leben in der Schweiz und möchte wissen, inwiefern diese Ihr Vertrauen geniessen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung anhand von einer 10er Skala, wobei 1 bedeutet, dass diese Einrichtung bei Ihnen «überhaupt kein Vertrauen» geniesst und 10, dass diese Einrichtung Ihr «volles Vertrauen» hat. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen. Inwiefern genießt/geniessen [...] Ihr Vertrauen?

- (1) 1 überhaupt kein Vertrauen
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 volles Vertrauen
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *der Bundesrat*
2. *das Eidgenössische Parlament in Bern*
3. *die Gerichte*
4. *die Polizei*
5. *die Armee*
6. *die Medien*
7. *die Schweizer Wirtschaft*
8. *die politischen Parteien*
9. *die Wissenschaft*

[INTERN] Wissenschaft allgemein, keine präzisere Definition von Wissenschaft

10. *die öffentliche Verwaltung*

[INTERN] Auf Nachfrage: Verwaltung auf allen Ebenen wie Gemeinde-, Kantons- und / oder Bundesverwaltung.

11. *die künstliche Intelligenz (KI)*

[INTERN] Auf Nachfrage was KI ist:

z.B. ChatGPT, das ist ein selbstlernendes Computerprogramm.

8. Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit? Fühlen Sie sich sehr sicher, eher sicher, eher unsicher oder ganz unsicher?

- (2) sehr sicher
- (1) eher sicher
- (-1) eher unsicher
- (-2) ganz unsicher

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

9. Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- (2) sehr optimistisch
- (1) eher optimistisch
- (-1) eher pessimistisch
- (-2) sehr pessimistisch

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

10. Wie sehen Sie die Entwicklung der weltpolitischen Lage in den nächsten fünf Jahren? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- (2) sehr optimistisch
- (1) eher optimistisch
- (-1) eher pessimistisch
- (-2) sehr pessimistisch

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

11. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Schweizer Aussenpolitik. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Definitionen:

EU = Europäische Union.

NATO = Nordatlantikpakt (ist ein westliches Militärbündnis).

UNO = Organisation der Vereinten Nationen.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte der EU nicht beitreten, aber die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU verstärken.*
2. *Die Schweiz sollte der EU ohne Vorbehalte beitreten.*
3. *Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.*
4. *Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.*
5. *Die Schweiz sollte sich der NATO annähern.*
6. *Die Schweiz sollte der NATO beitreten.*

7. *Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.*
8. *Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.*
9. *Die Schweiz sollte sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der UNO einsetzen.*
10. *Die Schweiz sollte der UNO Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.*
11. *Die Schweiz sollte sich an der «European Skyshield Initiative» zur Stärkung der gemeinsamen europäischen Luftverteidigung beteiligen.*

[INTERN] Bei der «European Skyshield Initiative» wollen aktuell 19 europäische Staaten gemeinsam die Luftverteidigung stärken (z. B. Raketen abfangen).

Nun habe ich noch einige Fragen zur Schweizer Neutralität an Sie.

12. Die Schweiz verfolgt seit langer Zeit eine Politik von der Neutralität. Ich lese Ihnen jetzt mehrere Aussagen zur Neutralität vor. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.*
 2. *Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.*
 3. *Die Schweiz sollte bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.*
 4. *Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten.*
- [INTERN] "Gute Dienste" ist ein stehender Begriff. Darum ist "Gute" grossgeschrieben.
5. *Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.*
 6. *Sobald die Neutralität für die Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.*
 7. *Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.*
 8. *Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.*
 9. *Die Mitgliedschaft in einem europäischen Verteidigungsbündnis würde uns mehr Sicherheit bringen als die Beibehaltung der Neutralität.*
 10. *Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.*

Jetzt kommen wir zum nächsten Thema, der Schweizer Armee.

13. Halten Sie die Schweizer Armee für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

- (2) unbedingt notwendig
- (1) eher notwendig
- (-1) eher nicht notwendig
- (-2) überhaupt nicht notwendig

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

14. Über die Bedeutung vom Militär für die Schweiz gibt es heute verschiedene Ansichten. Drei davon nenne ich Ihnen. Sagen Sie mir bitte, welcher Sie am ehesten zustimmen können.

[INTERN] Nur eine Auswahl möglich.

- (3) Das Militär spielt im schweizerischen Leben eine zentrale Rolle und das ist auch gut so.
- (2) Das Militär ist ein notwendiges Übel.
- (1) Das Militär könnte ruhig abgeschafft werden.

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

15. Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie heute in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

[INTERN] Nur eine Auswahl möglich.

- (1) Die Milizarmee ist auch in Zukunft genügend.
- (0) Wir würden in Zukunft eine Berufsarmee brauchen.

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

16. Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig, zu wenig oder viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?

- (2) viel zu viel
- (1) zu viel
- (0) gerade richtig
- (-1) zu wenig
- (-2) viel zu wenig

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

17. Im Folgenden habe ich weitere Aussagen zur Schweizer Armee. Sagen Sie mir bitte wiederum zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte eine vollständig ausgerüstete Armee unterhalten.*
2. *Die Schweiz sollte eine sehr gut ausgebildete Armee unterhalten.*
3. *Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.*
4. *Jugendliche sollten in der Schule mehr über die Aufgaben von der Schweizer Armee informiert werden.*
5. *In der Schweizer Bevölkerung sollte das Bewusstsein für die Landesverteidigung gestärkt werden.*

18. Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit der Leistung von der Schweizer Armee? Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie zufrieden Sie sind. 1 bedeutet, dass Sie «überhaupt nicht zufrieden» sind. 10 bedeutet, dass Sie «sehr zufrieden» sind. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- (1) 1 überhaupt nicht zufrieden
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 sehr zufrieden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

19. Ich lese Ihnen jetzt einige Aufgaben für die Schweizer Armee vor. Bitte geben Sie mir auf einer Skala von 1 bis 10 an, wie wichtig Sie persönlich diese Aufgabe finden. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.

- (1) 1 völlig unwichtig
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 ausserordentlich wichtig
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die nur zum Selbstschutz bewaffnet sind*
2. *Katastrophenhilfe in der Schweiz*
3. *Katastrophenhilfe im Ausland*
4. *Verteidigung von der Schweiz im Kriegsfall*
5. *Verhinderung von Terroranschlägen*
6. *Unterstützung von der Grenzwehr bei grossen Flüchtlingsströmen*
7. *Unterstützung von der Polizei*

8. *Bewachung von internationalen Konferenzen*
9. *Aufgaben im Bereich vom Umweltschutz*
10. *Einsätze bei Sport- oder Festanlässen von nationaler Bedeutung*
11. *Abwehr von Cyber-Attacken*
12. *Wahrung von der Lufthoheit*
13. *Unterstützung bei der Bewältigung von einer Pandemie*

20. Ich lese Ihnen noch einmal die gleiche Liste mit den Aufgaben vor. Denken Sie jetzt an die Zukunft und sagen Sie mir bitte für jede Aufgabe, ob die in Zukunft für die Schweizer Armee an Bedeutung gewinnen wird, die gleiche Bedeutung haben wird wie heute oder an Bedeutung verlieren wird.

- (1) wird künftig an Bedeutung gewinnen
- (0) wird künftig die gleiche Bedeutung haben wie heute
- (-1) wird künftig an Bedeutung verlieren

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Einsatz im Ausland als Friedenstruppen, die nur zum Selbstschutz bewaffnet sind*
2. *Katastrophenhilfe in der Schweiz*
3. *Katastrophenhilfe im Ausland*
4. *Verteidigung von der Schweiz im Kriegsfall*
5. *Verhinderung von Terroranschlägen*
6. *Unterstützung von der Grenzwaache bei grossen Flüchtlingsströmen*
7. *Unterstützung von der Polizei*
8. *Bewachung von internationalen Konferenzen*
9. *Aufgaben im Bereich vom Umweltschutz*
10. *Einsätze bei Sport- oder Festanlässen von nationaler Bedeutung*
11. *Abwehr von Cyber-Attacken*
12. *Wahrung von der Lufthoheit*
13. *Unterstützung bei der Bewältigung von einer Pandemie*

Nun noch zu einigen aktuellen Themen.

21. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Verwendung von «künstlicher Intelligenz» bei militärischen Einsätzen von der Schweizer Armee für die Landesverteidigung. Unabhängig von Ihrem Wissensstand, sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Wenn Fragen: Militärischer Einsatz im Kontext der Landesverteidigung. D.h. Einsätze für Katastrophenschutz, Verwaltung oder dergleichen sind NICHT gemeint.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Entwicklung von «künstlicher Intelligenz» für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee ist grundsätzlich falsch.*
2. *Der militärische Einsatz von «künstlicher Intelligenz» durch die Schweizer Armee erhöht die Sicherheit von der Schweiz.*
3. *Der militärische Einsatz von «künstlicher Intelligenz» durch die Schweizer Armee stellt ein grosses Risiko für die Schweiz dar.*
4. *Die Entwicklung von «künstlicher Intelligenz» für den militärischen Einsatz in der Schweizer Armee sollte gefördert werden.*

22. Wegen dem Krieg in der Ukraine sind Sanktionen gegen Russland verhängt worden. Im Folgenden habe ich einige Aussagen zur Rolle von der Schweiz. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Bewusst keine Definition und Erklärungen. Wir wollen die subjektive Einschätzung der Befragten.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Ich bin der Meinung, dass die Sanktionen gegenüber Russland mit der Neutralität von der Schweiz vereinbar sind.*
2. *Es ist richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegenüber Russland mitträgt.*
3. *Weil die Schweiz die Sanktionen mitträgt, kann sie ihre Guten Dienste nicht mehr anbieten.*

Nun kommen wir zum letzten Thema:

23. Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zu der Annäherung von der Schweiz an die NATO vor. Unabhängig davon, ob Sie allgemein eine Zusammenarbeit mit der NATO befürworten oder ablehnen, sagen Sie mir bitte für jede Aussage, ob Sie mit dieser sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

[INTERN] Die Item-Einleitung "Die Schweiz" muss nicht immer zwingend vorgelesen werden, sondern es kann, wenn passend bei "sollte..." begonnen werden.

- (2) sehr einverstanden
- (1) eher einverstanden
- (-1) eher nicht einverstanden
- (-2) gar nicht einverstanden
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

1. *Die Schweiz sollte keine Gespräche mehr mit der NATO führen.*
2. *Die Schweiz sollte ein «Individuelles Partnerschaftsprogramm» mit der NATO planen.*
3. *Die Schweiz sollte vermehrt Gastgeberin von gemeinsamen Veranstaltungen von der NATO sein.*

4. *Die Schweiz sollte zusammen mit der NATO militärisch nutzbare Technologien weiterentwickeln.*
5. *Die Schweiz sollte vor allem Waffensysteme bevorzugen, wo zusammen mit der NATO verwendet werden können.*
6. *Die Schweiz sollte ihre Luftüberwachung ohne die Hilfe von der NATO durchführen.*
7. *Die Schweiz sollte Milizsoldaten an gemeinsame Verteidigungsübungen mit der NATO schicken.*

24. Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet. Wie stark interessieren Sie sich für Fragen von der nationalen Sicherheit?

- (3) sehr stark
- (2) eher stark
- (1) ein bisschen
- (0) überhaupt nicht

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

Zuletzt noch ein paar Fragen zu Ihrer Person.

25. Sind Sie in der Schweizer Armee eingeteilt oder eingeteilt gewesen und haben mindestens die Rekrutenschule gemacht?

- (1) Ja
- (0) Nein

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

26. Sind Sie von Geburt an Schweizer/Schweizerin?

- (1) Ja
- (0) Nein

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

27. Welches ist die höchste Ausbildung, wo Sie abgeschlossen haben oder wo Sie zurzeit machen?

[INTERN] Kategorien nicht vorlesen, sondern den untenstehenden Items zuordnen. Bei Unklarheiten nachfragen.

- (0) keine
- (1) obligatorische Schule, aber nicht abgeschlossen
- (2) obligatorische Schule
- (3) 1-2 jährige Ausbildung / Brückenangebot / Anlehre / Berufslehre EBA
- (4) Fachmittelschule / Diplommittelschule
- (5) Berufslehre EFZ / Handelsschule
- (6) Gymnasiale Maturität / Lehrkräfteseminar
- (7) Berufs- / Fachmaturität
- (8) Berufsprüfung mit eidg. Fachausweis / Meisterdiplom
- (9) Höhere Fachschule (HF)
- (10) Bachelor (z.B. Universität, Fachhochschule)
- (11) Master / Lizentiat (z.B. Universität, Fachhochschule)
- (12) Doktorat / Habilitation

- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

28. «Links, Mitte und Rechts» sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo Sie selber auf einer Skala von 0 «ganz links» bis 10 «ganz rechts» etwa stehen?

- (0) 0 ganz links
- (1) 1
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 ganz rechts
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

29. In der heutigen Zeit gibt es immer wieder politische Veränderungen. Wie stehen Sie selbst zu Veränderungen in der Schweiz? Bitte geben Sie an, wo Sie selbst ungefähr stehen. 0 bedeutet „In der Schweiz soll alles bleiben, wie es ist.“ und 10 bedeutet „Die Schweiz soll sich neuen Gegebenheiten sehr schnell anpassen.“

- (0) 0 In der Schweiz soll alles bleiben, wie es ist.
- (1) 1
- (2) 2
- (3) 3
- (4) 4
- (5) 5
- (6) 6
- (7) 7
- (8) 8
- (9) 9
- (10) 10 Die Schweiz soll sich neuen Gegebenheiten sehr schnell anpassen.
- (-98) weiss nicht
- (-99) keine Antwort

30. Damit sind wir am Ende vom Interview.

Es kann vorkommen, dass wir für eine Nachfrage oder bei einer Unklarheit nochmals kurz anrufen müssen. Das passiert allerdings sehr selten.

Wir danken Ihnen für Ihre wertvollen Auskünfte und wünschen Ihnen noch einen schönen Abend/Tag!

- (1) Hat keine Einwände
- (0) Verweigert ausdrücklich
- (-96) keine Angabe

Herzlichen Dank für Ihre Teilnahme!

Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich

Die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich ist die Aus- und Weiterbildungsstätte für Berufsoffiziere. Neben der Lehrtätigkeit wird an der MILAK Forschung in den Bereichen Führung und Kommunikation, Militärgeschichte, Militärpädagogik und -psychologie, Militärökonomie, Militärsoziologie und Strategische Studien betrieben. Die Ergebnisse schlagen sich in einer regen Vortrags- und Publikationstätigkeit nieder und bilden eine wichtige Grundlage für die Lehre.

Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich

Das Center for Security Studies der ETH Zürich (CSS) wurde 1986 gegründet und befasst sich in Forschung und Lehre mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Das Center ist Mitglied des Zentrums für Vergleichende und Internationale Studien (CIS).

Studienreihe «Sicherheit»

Die Studienreihe «Sicherheit», welche die Militärakademie (MILAK) an der ETH Zürich und das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich gemeinsam publizieren, dienen der Ermittlung langfristiger Trends und Tendenzen in der aussen-, sicherheits-, und verteidigungspolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen und beinhalten die Wiederholung von Kernfragen zur Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie Erhebungen zu ausgewählten Vertiefungsthemen.